



zwei tausend 22

Jahresbericht

Inhalt

JAHRESRÜCKBLICK

Das Jahr 2022 und seine Herausforderungen 5

EUROPA

Zehn Diskussionen über die Europäische Union 22

Cyberspace zwischen Utopie und Dystopie 24

Die junge Generation in Zeiten der globalen Krisen: Das Ventotene Forum 28

Wie hält es Nachbar Tschechien mit der Energie? 32

„Der Weg nach Europa bedeutet für uns Demokratie, Recht und Zukunft“ 36

KRIEG IN DER UKRAINE

Eine schnelle Lösung ist nicht in Sicht 40

Und plötzlich ist Krieg 44

Putin scheitert an überzogenen Ambitionen 48

Wichtige Hilfe für Ehrenamtliche und Geflüchtete: „Starterpaket“ erscheint in 4. Auflage 54

„Goebbels würde es schätzen.“ Was Putins Informationskrieg für unsere Freiheit bedeutet 58

„Waren wir naiv?“ Die Partnerkonferenz der SLpB im Zeichen des Krieges 62

GESCHICHTE

Zweiter Weltkrieg: 500.000 Zwangsarbeiter in Sachsen 68

„Pro Tag bekamen wir eine Schnitte Brot“ 74

DIGITALES

Social Media, Gaming und Histotainment. Digitale Formate und Strategien zur Erinnerungskultur 76

Ein kritisches Vertrauen in Wissenschaft und Medien 80

DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT

Finanzexperte Friedbert Damm: Wir sollten uns vor Panik hüten 84

Das Feld nicht rechten „Erweckern“ abgehängter Räume überlassen 86

Einander zuhören: beim ersten Demokratie-Tag im Gewandhaus Leipzig 90

„Die Fußball-WM in Katar ist das umstrittenste Sportereignis der Geschichte“ 94

Muslimische Gefängnisseelsorge 96

Impressum 103



Das Jahr 2022 und seine Herausforderungen

Von Dr. Roland Löffler

2022 war ein Jahr, das die Welt in Atem hielt. Es war das Jahr, in dem die Pandemie sich langsam in eine Endemie verwandelte. Doch insbesondere zum Auftakt – in den Winter- und Frühjahrsmonaten – gab es in Sachsen heftige Diskussionen über die sogenannte einrichtungsbezogene Impfpflicht für medizinisches Personal in Kranken- und Pflegeheimen – und zahlreiche Demonstrationen.

Wir alle mussten uns orientieren in einer Welt, die monatelang von den Themen Masken und Abstandsregeln, Impfbefürwortung und Impfabkehrung, dem digitalen Unterricht an Schulen und digitaler Vermittlung in der politischen Bildung geprägt war – und betraten schließlich den Weg zurück in die analoge Veranstaltungs- und Begegnungs-Welt.

Eine Frage verschwand allerdings weitgehend unbeantwortet aus unserem Bewusstsein: Was hat diese fast dreijährige Pandemie eigentlich mit uns als Menschen und mit unserer Gesellschaft gemacht?

Und dann kam der 24. Februar 2022. Seitdem ist die Welt auch außen- und sicherheitspolitisch nicht mehr dieselbe, die sie zuvor war. Russland griff die Ukraine mit fadenscheinigen Begründungen an, um ihren Weg in die westliche Wertegemeinschaft zu unterbinden. Dem Land wurde die Eigenstaatlichkeit mit dem Ziel abgesprochen, sie im imperialen Sowjetstil in die Russische Föderation einzugliedern. Die Rede, die Russlands Präsident Wladimir Putin zur Begründung der sogenannten „militärischen Spezialoperation“ hielt, lässt wenig Interpretationsspielräume, was die russischen Kriegsziele angeht.

Die politischen Diskussionen der folgenden Monate in Deutschland, Europa, den Vereinigten Staaten – und weltweit – über die politische und militärische Unterstützung der Ukraine, bis hin zur Lieferung von Kriegsgeschütz sind bekannt – und müssen an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Unstrittig ist, dass genau diese Fragen aber auch die deutsche und konkret die sächsische und ostdeutsche Gesellschaft spalten. Nach dem ARD-Deutschland-Trend vom Januar 2023 lehnen rund 60% der Bevölkerung zwischen Schwerin und Görlitz die Lieferung schwerer Waffen ab.

Die politischen Bildungsangebote der SLpB

Was bedeutete dies alles für die Arbeit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung im Jahre 2022?

Es führte dazu, dass die bereits durch die verschiedenen Pandemie-Wellen ungewissen Planungen den Arbeitsplan 2022 nicht in allen, aber doch in vielen Punkten veränderten. Im ersten Halbjahr 2022 verblieb eine große Zahl an Veranstaltungen im Online-Bereich. Kurz vor und dann verstärkt nach der Sommerpause boten wir wieder in der Breite des Landes analoge Veranstaltungen an, erlebten aber – wie

Theater und Konzertveranstalter – ein verunsichertes Publikum, das gerade im Frühherbst noch sehr zögerlich auf unsere Angebote reagierte. Das führte zu sinkenden Teilnehmerzahlen, die wiederum auch eine sinkende Abnahme an Büchern mit sich brachte. Wo keine Veranstaltungen stattfinden oder schlecht besucht werden, finden auch Büchertische keine Abnehmer. Während wir 2021 mit den 32 Wahlforen zur Bundestagswahl medial und veranstaltungsmäßig eine breite Präsenz zeigten, gab es 2022 ein solches Großprojekt nicht.



Und plötzlich ist Krieg

Der überraschende Angriff Russlands auf die Ukraine forderte nicht nur die europäische Gemeinschaft, sondern auch die politische Bildung heraus.

Wir reagierten bereits Anfang März mit einer Veranstaltung, an der sich 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland beteiligten: Unser seit der Pandemie etabliertes und sehr erfolgreiches Online-Dialog-Forum „Was. Schule. Bewegt“ setzte aufgrund der aktuellen Lage das Thema „Und plötzlich ist Krieg“ auf die Tagesordnung. Hierfür konnten wir prominente Expertinnen und Experten zum Gespräch mit Pädagoginnen und Pädagogen gewinnen.

Im Laufe des Jahres folgten weitere Debatten zum Thema: online und auch analog. Im Rahmen unserer Reihe „Kontrovers vor Ort“ etwa boten wir ein Vortrags- und Diskussionsformat mit dem Diplomatischen Korrespondenten der Chefredaktion des Tagesspiegels, Dr. Christoph von Marschall, an. Er thematisierte die je aktuelle Lage in der Ukraine im Zusammenhang mit

der Debatte um historische Ursachen und die mutmaßlichen globalen Auswirkungen des Krieges.

Auf unserer Website bauten wir ein Dossier zu Themen rund um den Krieg und außen-, kultur-, medien-, sozial- und religionspolitische Fragen auf. Als Interviewpartner und Autorinnen konnten wir namhafte Expertinnen und Experten wie Professorin Jennifer Wasmuth, Horst Bacia, Sabine Adler oder Manfred Quiring gewinnen.

Im Publikationsbereich haben wir in kurzer Zeit bereits vorhandene Studien zum Themenkomplex wie „Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991“ ergänzt durch neue Bücher: „Welt im Alarmzustand. Die Wiederkehr nuklearer Abschreckung“ und „Die Überlebenskünstler. Menschen in Putins Russland zwischen Wahrheit, Selbstbetrug und Kompromissen“ sowie „Russland, Ukrainekrieg und Weltmachtträume“. Von den genannten vier Titeln wurden insgesamt bis Jahresende etwa 1.900 Exemplare nachgefragt.

Ersatz für russisches Gas

Der russische Krieg gegen die Ukraine wird von einem Wirtschaftskrieg mit dem Westen begleitet. Für Deutschland wurde die Energie-Abhängigkeit von Russland zu einer besonderen Herausforderung. Das ehemals billige sibirische Gas musste schnell ersetzt werden. Durch den Ukraine-Krieg erfuhr unsere viertägige energiepolitische Studienreise im Oktober nach Tschechien unter der Fragestellung: „Ist die Energiepolitik des Nachbarn grüner?“ eine weitere, höchst aktuelle Dimension.

Die Reise kombinierte Führungen, Besichtigungen sowie Diskussionen vor Ort und deckte fast alle Bereiche der aktuellen tschechischen Energiepolitik ab: von Kohle über Atom und Erneuerbare Energien bis zum Wasserstoff. Hochrangige Beamte der tschechischen

Regierung, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie Journalistinnen und Journalisten lieferten Einordnungen und diskutierten die Themen kontrovers.

Es zeigte sich, dass Tschechien – anders als Deutschland – in den nächsten Jahren sehr stark auf den Ausbau der bereits bestehenden Atomkraft setzt, auch um damit mittelfristig die auslaufende Kohleförderung zu kompensieren, während die regenerative Energiegewinnung und die Wasserstoffökonomie nur langsam vorankommen. Die Befindlichkeiten in unserem Nachbarland sind etwas anders gelagert als bei uns, Fragen der Energieautonomie, der Forschung und des Klimaschutzes stellen sich in Böhmen und Mähren aber genauso wie in Sachsen.

Zeitenwende in der politischen Bildung?

Zum Ende des Jahres widmeten wir unsere Partnerkonferenz der Fragestellung „Zeitenwende? Verteidigungspolitik als Leerstelle der politischen Bildung“. Als Landeszentrale wollten wir mit Partnerinstitutionen aus Sachsen diskutieren, ob nicht auch die politische Bildung die Beschäftigung mit der Außen- und Verteidigungspolitik, mit der Rolle der Bundeswehr und Deutschlands in der Welt in den letzten Jahren deutlich vernachlässigt hat. Schließlich dominierten andere, vor allem innenpolitische Themen die Agenda der politischen Bildung.

Ein Ziel der Bearbeitung innenpolitischer Problemfelder ist der Aufbau demokratischer Resilienz in der Bevölkerung. Ist es nicht aber genauso notwendig, auch unter außen- und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten Resilienz aufzubauen, wie es etwa in unseren Nachbarländern Polen, Tschechien und dem Baltikum weitaus selbstverständlicher ist? Unter breiter Beteiligung zahlreicher Partnerinnen und Partnern aus der pluralen Trägerlandschaft Sachsens, von Soldatinnen und Soldaten sowie zahlreichen Gästen aus Politik, Wissenschaft, außen- und verteidigungspolitischer Bildung erlebten wir am 8. November 2022 eine Thematisierung lang vernachlässigter Fragen der politischen Bildung in Dresden.

Schließlich: Um den vielen ukrainischen Familien und weiterhin auch Geflüchteten aus anderen Regionen

der Welt das Ankommen in Deutschland zu erleichtern, legten wir gemeinsam mit dem Sächsischen Ausländerbeauftragten die vierte Auflage des „Starterpakets“ auf. Es unterstützt explizit Ehrenamtliche bei der Vermittlung der deutschen Sprache und bietet neben didaktischem Unterrichtsmaterial und großen Schautafeln auch eine Handreichung zum interkulturellen Dialog. Die Pakete sind seit August 2022 bei der SLpB abrufbar.





Präsenz und Veranstaltungsvielfalt in thematischer und regionaler Breite

Neben diesen zeitbedingten Umstrukturierungen unseres Programms – die aber zugleich dem Anspruch unseres Hauses folgen – auf aktuelle Themen einzugehen, konnten wir eine Reihe größerer und kleiner Projekte auch so realisieren, wie wir sie uns vorgenommen hatten.

Insgesamt konnte die SLpB 344 Veranstaltungen mit einem zeitlichen Volumen von 927,5 Arbeitseinheiten (1.855 Stunden) anbieten, im Vorjahr waren es 247 Veranstaltungen mit 574 Arbeitseinheiten. 11.253 Teilnehmende konnten gezählt werden, das waren im

Durchschnitt 32,7 Teilnehmende pro Veranstaltung, ein deutliches Minus gegenüber dem Vorjahr.

217 Veranstaltungen (63,1% aller Veranstaltungen) wurden konzeptionell neu entwickelt und in dieser Form erstmalig durchgeführt. Die Zusammenarbeit mit Partnern wurde 2022 weiter ausgebaut. 286 Veranstaltungen entstanden in Kooperationen, dabei arbeitete die SLpB mit 103 Partnern zusammen (2021: 79). 114 Veranstaltungen (33,1% aller Veranstaltungen / 2021: 8 VA) wurden durch das Info-Mobil oder Infostände begleitet.

Öffentlichkeitsarbeit

(In Klammer die Vergleichszahl von 2021)



8 Online Newsletter
1.086 Abos (934)



191 Presseberichte
zur Tätigkeit der SLpB (330)



11 Redaktionskonferenzen

Arbeitsschwerpunkt Westsachsen

Mit Blick auf die Europäische Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 nahmen wir uns vor, uns stärker als bisher in der drittgrößten sächsischen Metropole zu engagieren. Die SLpB war deshalb Kooperationspartnerin der POCHEN-Biennale 2022 in Chemnitz. Unter dem Titel „Die (neue) Vermessung der Welt“ setzte die Ausstellung mit Exponaten von mehr als 25 internationalen Kunstschaffenden den Impuls, sich mit digitalen Daten auseinanderzusetzen.

Entwickelt wurde außerdem eine Bürger/innen-Ausstellung, sowie eine mehrstufige Online-Umfrage, „Data-Walk“-Workshops und Diskussionsabende.

Wir gestalteten bei Pochen zudem einen spannenden Abend zum Thema „Wer bist Du bei Google?“. Gezeigt wurde der Film „Made to Measure“ in einer interaktiven Version, bei der sich das Publikum direkt beteiligen konnte. Das anschließende Gespräch mit dem Regisseur Hans Block rund um das Konzept und die Entstehung des Filmes führte tief in den Kaninchenbau der „Datenkrake“ Google.

In Chemnitz beriet unser Haus zudem gemeinsam mit der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie an der TU Dresden (JoDDiD) bei der

Weiterentwicklung des Kosmos-Stadtfestivals. Es entstand das Konzept für die „Kosmos-Bürgerwerkstatt“, mit nach dem Prinzip eines Bürgerrates zufällig ausgewählten Teilnehmenden aus Chemnitz. SLpB und JoDDiD moderierten die zweitägige Werkstatt, die viele neue Ideen für das Festival brachte und kontroverse Diskussionen ermöglichte.

Ebenfalls schon länger geplant, verankert im sächsischen Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus, und auf Anfrage der Stadtverwaltung Zwickau sowie des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz in der Zwickauer Region“ entwickelte die Landeszentrale mit den genannten Partnern eine öffentliche Dialogreihe zur Auseinandersetzung mit den NSU-Verbrechen in der Stadt Zwickau. Die Teilnehmenden diskutierten, wie die Erinnerung an die Opfer und die Aufarbeitung des NSU-Komplexes gestaltet werden kann.

Die vier Abende über den Herbst 2022 und Winter 2023 sorgten für intensive, zum Teil emotionale und kontroverse Debatten über den passenden Weg der Stadt Zwickau bei diesem gesellschaftlich weiterhin sehr sensiblen Thema. Es gelang, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen an einen Tisch zu bringen, die bisher kaum konstruktiv miteinander sprachen.



41 ⁽⁵⁷⁾
Pressemitteilungen



35 ⁽⁸⁾
Digitale Anzeigen

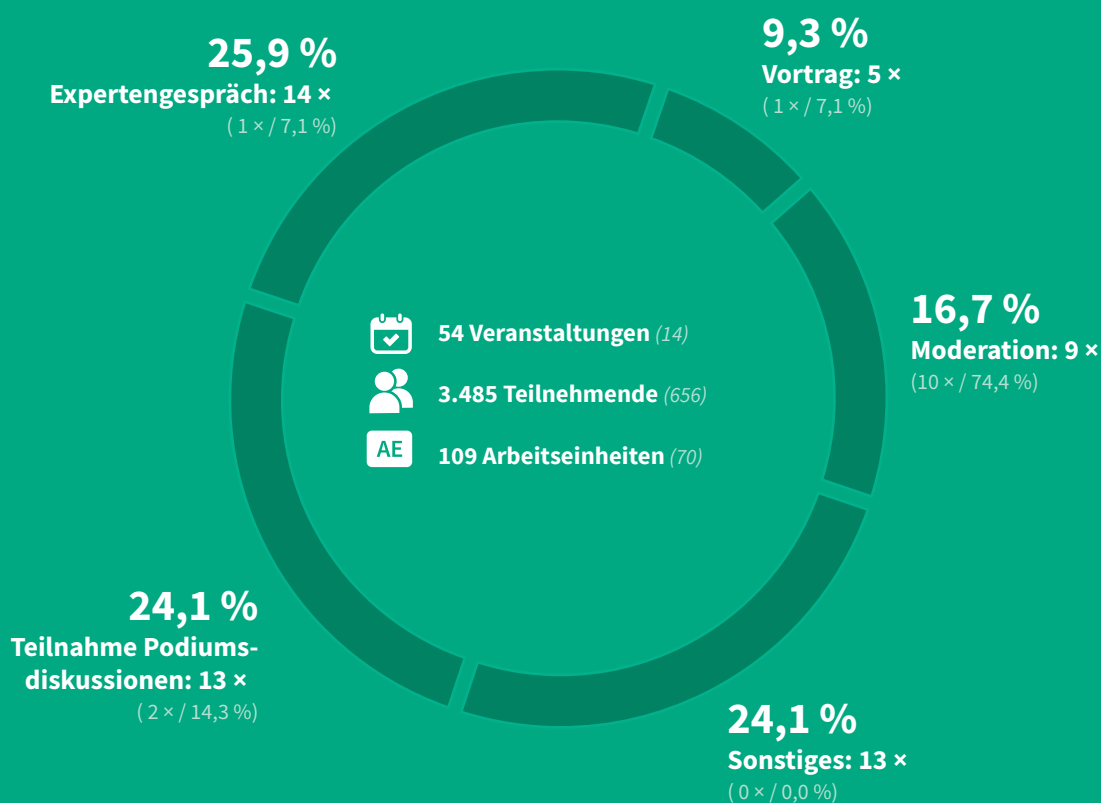


50 ⁽²⁵⁾
Anzeigen



53 ⁽⁴³⁾
Blogbeiträge

Beteiligung an Fremd-Veranstaltungen



SLpB-Veranstaltungen in Kooperation



286 Veranstaltungen / 83,1 %

wurden mit Kooperationspartnern durchgeführt

(155 Veranstaltungen / 62,8 %)

Die SLpB kooperierte 2022 mit 103 Partnern (79):

- // AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte
- // Aktion Zivilcourage e.V.
- // Ausländerbeauftragte des Landkreises Bautzen
- // Bundespolizei
- // Bundeszentrale für politische Bildung
- // Bündnis für Demokratie und Toleranz der Zwickauer Region
- // CJD-Jugendhilfebüro Löbau
- // CWE mbH
- // Denk Mal Fort! e.V.
- // Die Erinnerungswerkstatt Dresden
- // DenkRaum Sophienkirche, Dresden
- // Der Sächsische Ausländerbeauftragte
- // Deutsche Gesellschaft e.V.
- // Deutsche Kinder- und Jugendstiftung
- // Deutsch-Polnische Gesellschaft
- // Die Buntmacher*innen
- // Erich Kästner Haus für Literatur e.V. Dresden
- // Europa Union Sachsen
- // Junge Europäische Föderalisten Sachsen
- // EUROPE DIRECT Dresden
- // Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen
- // Filminitiative Dresden e.V.
- // Filmverband Sachsen e.V.
- // Förderverein Putzjatinhaus e.V.
- // Freundeskreis Schloss Hubertusburg e.V.
- // Gewandhausorchester Leipzig
- // Hillersche Villa gGmbH, Zittau
- // Hammer Weg e.V.
- // Herbert-Wehner-Bildungswerk für Kommunalpolitik
- // Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum
- // Hole of Fame e.V.
- // Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal
- // Johannstädter Kulturtreff e.V.
- // John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie JoDDiD
- // Jungagiert e.V.
- // Jugend- und Kulturzentrum Alte Brauerei Annaberg e.V.
- // Jungagiert e.V.
- // Käthe-Kollwitz-Gymnasium Zwickau
- // Katholische Akademie des Bistums Dresden-Meißen
- // Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen e.V.
- // Koordinierungsstelle Medienbildung
- // Kulturinitiative Zwenkau e.V.
- // Kulturfabrik Hoyerswerda
- // Kulturkino Zwenkau
- // Landratsamt Bautzen
- // Landeshauptstadt Dresden, Gleichstellungsbeauftragte
- // Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Bayern
- // Literaturkreis der Evang.-Luth. Kirchengemeinde Klotzsche
- // Medienkulturzentrum Dresden
- // Mediennetzwerk Lausitz
- // MEETINGPOINT MEMORY MESSIAEN, Europäisches Zentrum Erinnerung, Bildung, Kultur
- // Museum für Werte Berlin
- // Netzwerk Medienpädagogik Sachsen
- // Pochen Biennale Chemnitz
- // Polizei Sachsen
- // Polnisches Institut Berlin / Filiale Leipzig
- // Sächsische Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus
- // Stiftung Frauenkirche Dresden
- // Sächsische Landjugend e.V.
- // Sächsischer Landtagspräsident
- // Sächsischer Volkshochschulverband
- // Sächsisches Staatsarchiv
- // Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
- // Sächsische Staatsoper
- // Schulstiftung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens
- // Second Attempt e.V.
- // Seniorenakademie Plauen
- // Soziokulturelles Zentrum Dresden
- // Social Web macht Schule
- // Spinnerei e.V. Chemnitz
- // Staatsschauspiel Dresden
- // Stadt Delitzsch
- // Stadt Leipzig
- // Stadt Plauen
- // Städtische Bibliotheken Dresden
- // Steinhaus Bautzen
- // Stiftung Entwicklung und Frieden
- // Stiftung Frauenkirche Dresden
- // Stiftung Sächsische Gedenkstätten
- // Steinhaus Bautzen
- // Telux Soziokulturelles Zentrum Weißwasser
- // Thalia – Haus des Buches
- // Theodor-Litt-Gesellschaft
- // Thespis-Zentrum
- // TU Dresden
- // Verein Elbe Model United Nations e.V.
- // Volkshochschule Bautzen
- // Volkshochschule Chemnitz
- // Volkshochschule Dreiländereck
- // Volkshochschule Dresden
- // Volkshochschule Erzgebirgskreis
- // Volkshochschule Görlitz e.V.
- // Volkshochschule Hoyerswerda
- // Volkshochschule Landkreis Leipzig
- // Volkshochschule Leipzig
- // Volkshochschule Meißen
- // Volkshochschule Mittelsachsen
- // Volkshochschule Nordsachsen
- // Volkshochschule Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
- // Volkshochschule Vogtland
- // Volkshochschule Zwickau
- // Zentralbibliothek im Kulturpalast Dresden
- // Zwickau, Stadtverwaltung

Konferenzen als Orte der Vernetzung und des vertieften inhaltlichen Austauschs

Konferenzen sind ein Rückgrat unserer Arbeit, weil sie es ermöglichen, Themen gründlicher als in Einzelveranstaltungen zu bearbeiten und weil sie ein besonderer Ort für die Vernetzung von Teilnehmenden aus bestimmten Zielgruppen sind. Neben der bereits genannten Partnerkonferenz und dem gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft e. V. sowie der Litt-Gesellschaft verantworteten 26. Litt-Symposium, das im September 2022 in Leipzig zum Thema „Demokratie im Stresstest? Entfremdung, Protest, Partizipation – Herausforderungen für die politische Bildung“ stattfand, haben wir folgende Konferenzen veranstaltet:

Die mittlerweile dritte Vernetzungstagung von „Schule im Dialog Sachsen“ brachte am 20. Januar 2022 zahlreiche Pädagoginnen und Pädagogen aus Schule und schulischem Umfeld. Das Thema lautete: „Vielfalt ist Chance. – Wie wir die Chance nutzen und Vielfalt fördern können“. Ein sehr gut besuchtes Online-Barcamp zeigte, dass die unterschiedlichen Dimensionen von Vielfalt in Sachsens Bildungslandschaft noch stärker als bisher diskutiert werden müssen.

Auf der gemeinsam mit dem Hammer Weg e. V. ausgerichteten zweitägigen Tagung „Muslimisches Leben und Strafvollzug“ im Mai diskutierten Ehrenamtliche und Fachkräfte aus dem Strafvollzug und der Arbeit mit Gefangenen und Haftentlassenen über gelingendes interkulturelles Zusammenleben im Vollzug. Schwerpunkte der Debatte lagen in der Deradikalisierungsarbeit und dem Wunsch nach verstärkter muslimischer Seelsorge in den Haftanstalten.

Das schon als legendär geltende jährliche Seminar in Schmochitz zu ausgewählten Themen der Zeitgeschichte – 2022 über „Teilung und spätere Wiedervereinigung Deutschlands im internationalen Kontext“ – ist immer schon ausgebucht, noch bevor es beworben wird, obwohl die Gruppe keinesfalls jedes Jahr gleich ist. Ein neues Seminar über den Weg zum Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 ist für 2023 bereits konzipiert, und auch hier ist die Anmeldeleiste schon wieder übevoll.

Das Ventotene-Forum „Rethinking the Future of Europe“ (20. bis 23. Oktober) – in Kooperation mit der Europa-Union Sachsen e.V., den Jungen Föderalisten und dem Sächsischen Europaministerium – brachte junge Menschen der Partnerregionen Sachsen und Latium (Italien) in Dresden zusammen. Vier thematische Panels gaben 30 Teilnehmenden interessanten

Input zu den Themen „Europäische Migrationspolitik“, „Europäische Außenpolitik“, „Globale Krisen und die Krisengeneration“ und „Die Reform der EU“. Die Tagungsergebnisse werden als Positionspapier den Mitgliedern des Europäischen Parlaments vorgelegt. Das Forum verbindet fachliche, kulturelle und persönliche Perspektiven beider Länder und soll zukünftig im jährlichen Wechsel in Sachsen und im Latium stattfinden.

Keine Konferenz, aber ein prominent besetztes fragte: „Welche Zukunft hat Europa? Fragen zu 30 Jahren Europäische Union“. Partner waren hier die TU Dresden und das Politische Bildungsforum Sachsen der Konrad-Adenauer-Stiftung. Mit Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland wurden die Herausforderungen analog und digital diskutiert, denen sich der Staatenverbund in der europäischen Außenpolitik, bei Klima- und Umweltschutz, Demokratie, Flucht und Migration, der Währungsunion oder der EU-Erweiterung stellen muss.

Eine digitale Konferenz befasste sich im Spätherbst mit „Autobiographie als besondere Form von Zeitzeugenschaft und historischer Quelle“. Die Teilnehmenden kamen aus den Bereichen Gedenkstättenarbeit, Archiv, Pädagogik/Lehrerschaft, Universität und Museum. Treffend fasste der Schriftsteller und Dozent Marko Martin zusammen: „Eine Autobiographie ist umso wertvoller, je stärker sich ihr Protagonist als Fragender und Diskurswilliger – und nicht als Wissender – an sein Publikum wendet.“

Ebenfalls zeit- und erinnerungsgeschichtlich ausgerichtet war die unter der Leitung der Sächsischen Bibliotheksgesellschaft ausgerichtete Tagung „Erinnerungskultur digital – Impulse, Herausforderungen, Strategien“, Anfang Oktober in Dresden. Sie brachte mehr als 100 Teilnehmende aus mehr als 60 Vereinen, Initiativen und Einrichtungen zusammen, die in zahlreichen Vorträgen, Inputs und Workshops zu Lücken und Herausforderungen bei der Digitalisierung von Quellen, zu Chancen digitalen Vermittelns, zur Gamification in der Erinnerungsarbeit und zu Fragen von „Citizen Science“ und geschichtlicher Aufarbeitung in Austausch traten.

Die SLpB war zudem am Sonnenstein-Symposium in Pirna beteiligt, das seit vielen Jahren in Kooperation mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein stattfindet. Hervorzuheben sind zudem die Buchvorstellungen der neuen Eigenpublikationen „Frauen in Sachsen“ und „NS-Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft 1939-1945“.



Schule und politische Medienbildung

Die erfolgreiche Online-Reihe „Was.Schule.bewegt“ wurde in bewährter Kooperation mit der Evangelischen Schulstiftung und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung fortgeführt. Sie richtet sich an alle, die das Thema Schule bewegt: Lehrerinnen und Lehrer, Kinder, Eltern, Schulleitungen, Träger unterschiedlicher Projekte für Schulen, Schulsozialarbeitende oder auch Mitarbeitende der Stadtverwaltung.

28 Veranstaltungen mit 1212 Teilnehmenden haben gezeigt, dass diese ein attraktives Angebot sind. Interessierte können ohne großen zeitlichen Aufwand mit Personen aus anderen Schulen und Institutionen, mit Eltern oder Projektverantwortlichen in einen offenen Austausch kommen und sich vernetzen.

In Zeiten der Digitalisierung wird Medienbildung immer wichtiger. Medienkompetenz gilt inzwischen neben Schreiben, Lesen und Rechnen als vierte Schlüsselqualifikation. In der Konsequenz wird Medienbildung von den verschiedensten Institutionen mit teilweise erheblichen Mitteln gefördert, was zu einer unübersichtlichen Vielfalt von Projekten geführt hat. Problematisch an dieser Entwicklung ist jedoch aus Sicht der politischen Bildung das Fehlen von Qualitätskriterien, an denen diese Angebote gemessen werden können.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Landeszentralen für politische Bildung zusammengetan und im April 2022 ein Positionspapier zur politischen Medienbildung veröffentlicht. Eine erste öffentliche Diskussion der Inhalte des Papiers fand am 21./22. September 2022 bei der Fachtagung „Politische Medienbildung?“

Perspektiven für politische Bildung und Medienpädagogik“ in Dresden statt. 120 Expertinnen und Experten aus dem gesamten Bundesgebiet diskutierten an diesen beiden Tagen, wie sich politische Bildung und Medienbildung besser miteinander verzahnen können – im Interesse einer qualitativ hochwertigen politischen Medienbildung. Zahlreiche Akteure aus ganz Sachsen nahmen an dieser Veranstaltung teil.

Auch 2022 boten wir zahlreiche Veranstaltungen zu aktuellen netzpolitischen Themen mit spannenden Gästen und Partner an:

Bereits im Januar diskutierten wir unter dem Titel „Telegram regulieren?“ über einen angemessenen Umgang mit diesem Messengerdienst. Zu Gast waren Vertreter und Vertreterinnen von Ce-Mas, der Gesellschaft für Freiheitsrechte und von Netzpolitik.org.

Über die neue Macht der Desinformation und die Kunst des Miteinander-Redens kamen wir in der VHS Chemnitz mit dem bekannten Medienwissenschaftler Professor Bernhard Pörksen unter dem Titel „Fakt und Fake“ ins Gespräch.

Auch die Aktionstage Netzpolitik und Demokratie 2022 boten wieder Anlass für die Beschäftigung mit aktuellen Entwicklungen im Bereich der politischen Medienbildung. Gemeinsam mit der sächsischen Datenschutzbeauftragten, einer Vertreterin von „Frag den Staat.de“ und dem Verwaltungsbürgermeister von Leipzig beschäftigten wir uns mit der Informationsfreiheit und dem neuen Transparenzgesetz, das ab 2023 in Sachsen gültig ist.

Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemitismus

Zu Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit und dem Umgang damit fanden zahlreiche Veranstaltungen statt. Die Debattenreihe „Politische Sekten als Triebkräfte der gesellschaftlichen Spaltung: Reichsbürger, Querdenker und Co.“ zog in ganz Sachsen Publikum an. Die Positionen im Publikum waren stark gemischt und es kamen Gäste, die üblicherweise selten an Veranstaltungen der politischen Bildung teilnehmen. Daraus entstanden oft lebhafte Debatten. Die Bekämpfung von Antisemitismus auf Social Media war Gegenstand eines Seminars für Multiplikatoren in der politischen Bildung. Die Teilnehmenden der dreiteiligen Online-Diskussionsreihe „Rechte Landnahme“ setzten sich mit rechter Esoterik, „Völkischen Siedlern“ und Souveränisten sowie dem aktiven Umgang mit Ansiedlungen rechtsradikaler Akteure in Sachsen auseinander.

Verstärkt engagieren wir uns in der Fortbildung der Landes- und der Bundespolizei: Mit der Bundespoli-

zei in Gottleuba-Berggießhübel entstand eine neue Ausbildungskooperation, die politischen Extremismus sowie Reichsbürger, Delegitimierer und „Querdenker“ thematisiert.

Weiterer wichtiger Bestandteil ist die 2022 begonnene Kooperation mit dem Fortbildungszentrum Meißen. Sie umfasst jährlich zwei ganztägige Weiterbildungen zum Umgang mit Rechtsextremismus sowie die vierwöchige Blended-Learning-Fortbildung „Gemeinsam gegen Extremismus“. Außerdem fanden zwei Gedenkstättenfahrten nach Mittelbau-Dora in Kooperation mit der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) in Rothenburg / Oberlausitz statt. Die Zusammenarbeit wird 2023 intensiviert werden. Auch bei diesen Themen zeigt sich, dass die Landeszentrale konsequent den Weg gehen will, analoge und digitale Formate gleichberechtigt und zielgruppenspezifisch zu nutzen sowie sich zunehmend den Methoden des „blended learning“ zu öffnen.



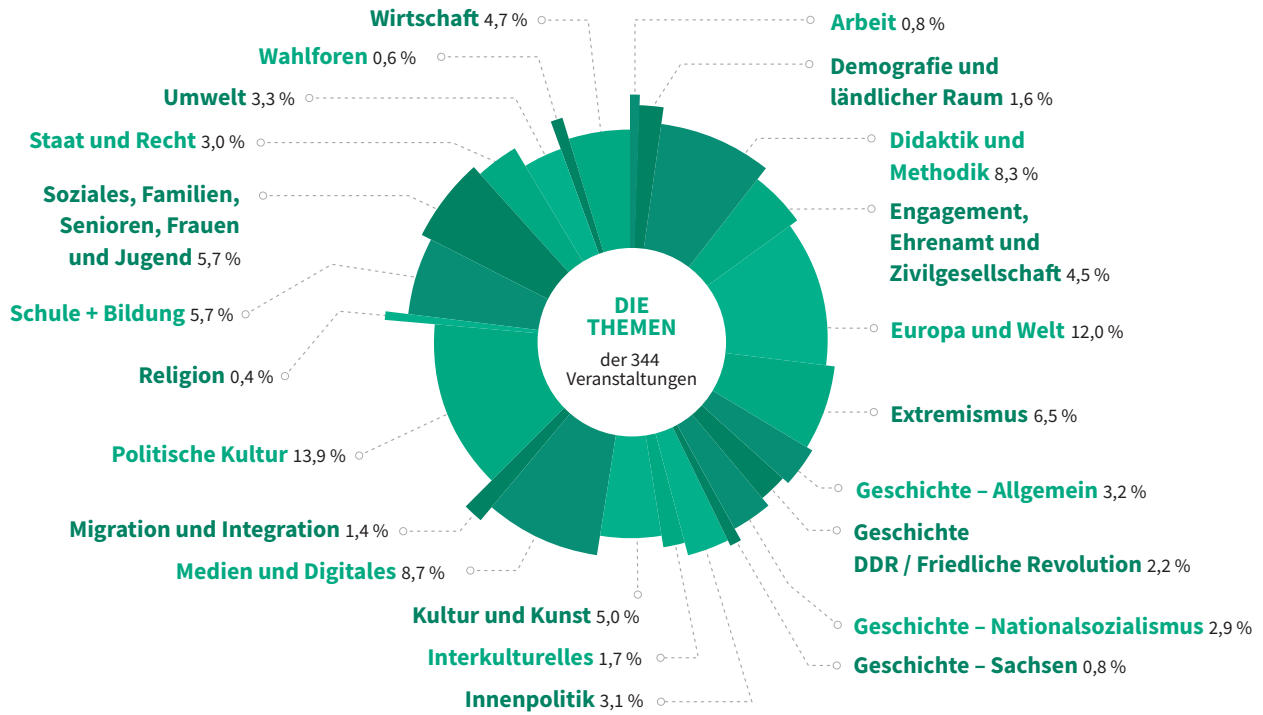
Preisträgerinnen und Preisträger des Projektes „Macher von morgen“. Foto: augenscheinlich Fotografie

Engagement-Politik

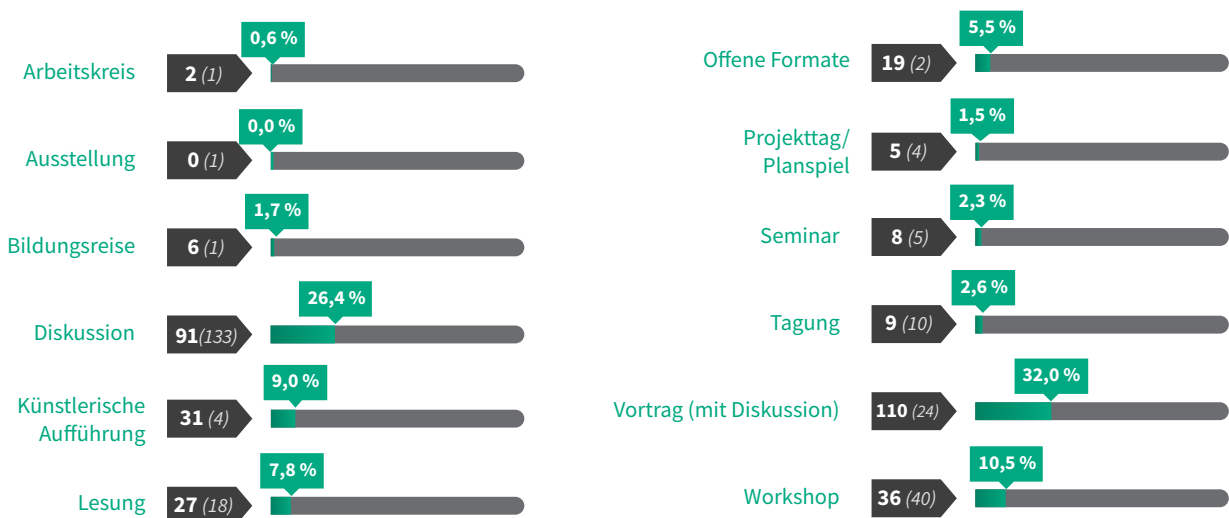
Fragen des bürgerschaftlichen Engagements und der Engagement-Politik, die wir zum thematischen Kern unserer Arbeit zählen, durften auch 2022 nicht fehlen. Die Landeszentrale zeichnete innerhalb des Wettbewerbs „Macher von morgen“ drei Jugendliche für ihr demokratisches Engagement aus. Die in dieser Kategorie prämierten jungen Menschen setzen sich in der evangelischen Jugendarbeit, im Schülerrat und einem Jugendparlament ein. Das Projekt wird von der Sächsischen Landjugend verantwortet und umfasste neben den Preisverleihungen sechs regionale Jugend-Engagement-Werkstätten.

Neu im Jahr 2022 war der Beginn einer Online-Reihe „Eva-Maria Zehrer im Gespräch mit ...“. Die Interviewpartner unserer Kollegin und Leiterin des Veranstaltungsreferats waren keine prominenten Gäste, sondern Menschen, die mit ihrer Lebensleistung Andere dazu ermuntern können, sich etwas zuzutrauen, nicht vorschnell aufzugeben, Krisen zu durchstehen, oder auch Unbequemlichkeiten in Kauf zu nehmen, Werte nicht nur materiell zu verstehen und auch die eigenen Haltungen zu überdenken.

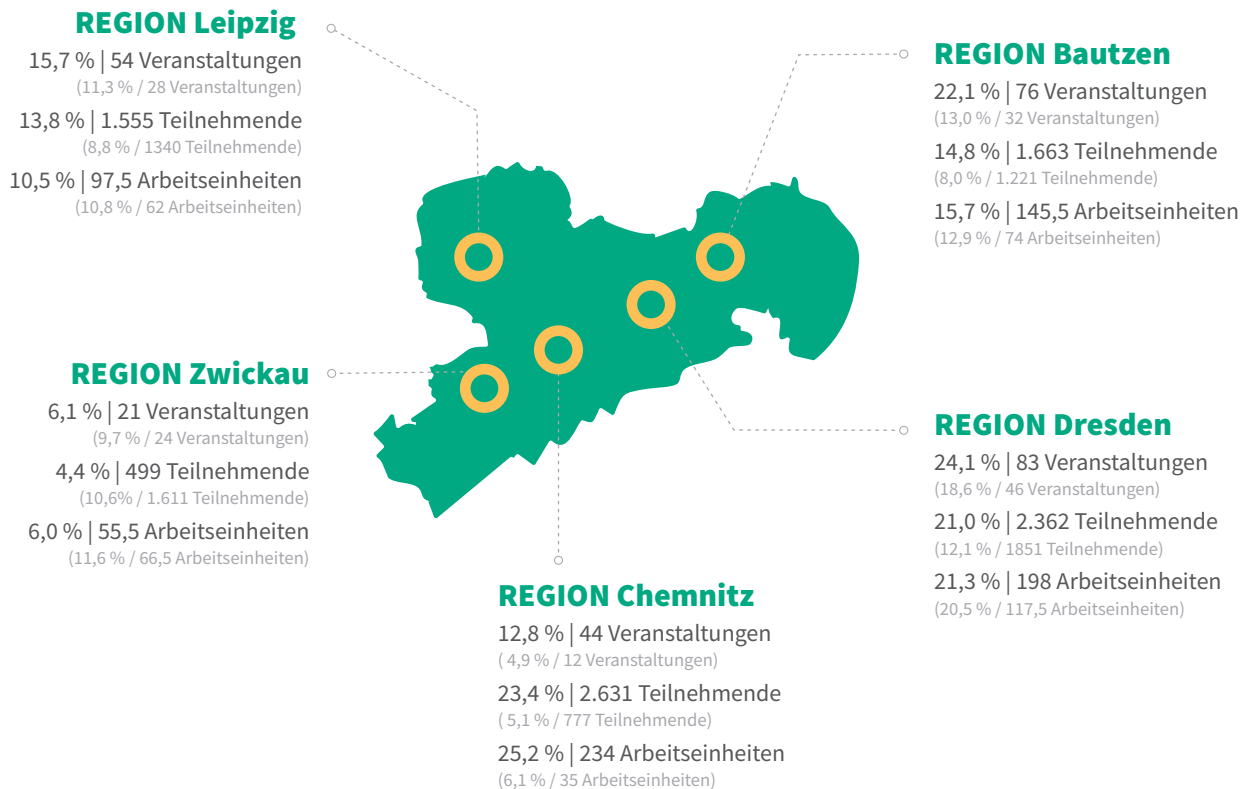
Veranstlungsthemen



Veranstlungsformen



Regionale Verteilung



SLpB

3,5 % | 12 Veranstaltungen
 (0,8 % / 2 Veranstaltungen)
 2,0 % | 228 Teilnehmende
 (0,2% / 24 Teilnehmende)
 4,9 % | 45,5 Arbeitseinheiten
 (0,5 % / 3 Arbeitseinheiten)



Deutschland

1,2 % | 4 Veranstaltung
 (0,4 % / 1 Veranstaltung)
 1,1 % | 121 Teilnehmende
 (0,1 % / 16 Teilnehmende)
 2,9 % | 27 Arbeitseinheiten
 (2,1 % / 12 Arbeitseinheiten)



EU + Israel

0,6 % | 2 Veranstaltungen
 (0 % / 0 Veranstaltungen)
 0,4 % | 45 Teilnehmende
 (0 % / 0 Teilnehmende)
 4,1 % | 38 Arbeitseinheiten
 (0 % / 0 Arbeitseinheiten)



Online

14,0 % | 48 Veranstaltungen
 (41,3 % / 102 Veranstaltungen)

19,1 % | 2.149 Teilnehmende
 (55,3 % / 8.460 Teilnehmende)

9,3 % | 86,5 Arbeitseinheiten
 (35,5 % / 204 Arbeitseinheiten)

Politische Bildung und kulturelle Bildung

Im Schnittfeld von kultureller und politischer Bildung konnten wir gemeinsam mit Partnern oder als Co-Ausrichter und Unterstützer einige Highlights im Veranstaltungsbereich realisieren:

Die Deutsch-Deutschen Filmtage in Plauen und Hof sind ein überregionaler Renner. Daran nimmt seit Jahren eine hohe Anzahl an Menschen teil, die das vielfältige, spannende und lehrreiche Format zu schätzen wissen. Die meisten Plauener Schulen integrieren diese Tage in ihren Unterricht, und das Angebot wird von Schülerinnen und Schülern gern angenommen – aber auch von den Erwachsenen.

Mit den kulturellen Angeboten im Rahmen des gemeinsam mit den Volkshochschulen und den Sozio-kulturellen Zentren realisierten Projektes „Kontrovers vor Ort“ konnten neue Zielgruppen im ländlichen Raum gewonnen werden. Der Dokumentarfilm „Courage“ nahm die Zuschauerinnen und Zuschauer mit nach Belarus im Jahr 2020, als Demonstrationen gegen den Machthaber Lukaschenko blutig niedergeschlagen wurden. Die zwei Kurzfilmprogramme – „Voll politisch“, erwachsen aus dem von der SLpB beim Filmfest Dresden verliehenen Filmpreis, und „Kurz & sächsisch“ – boten die Gelegenheit, sich mit diversen politisch-gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen.

Im Vorgriff auf das für Sachsen historisch bedeutsame, weil von revolutionären Spannungen gekennzeichnete

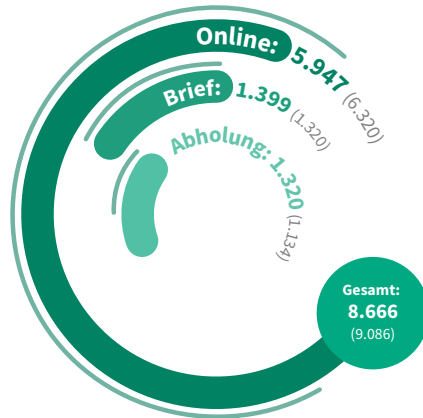
Jahr 1923 setzen wir unsere Kooperation mit dem Ensemble „OPUS 45“ um den aus Bautzen stammenden Schauspieler Roman Knižka fort. Im Programm „In diesem Land. Deutschland 1923 – Das Krisenjahr“ verbindet die Dramaturgin Kathrin Liebhäuser Zeitungsschlagzeilen zu Inflation und Aufruhr mit literarischen Texten von Tuscholsky, Brecht und Rilke. Verwoben werden diese mit zeitgenössischer Musik, etwa von Carl Nielsen, Paul Hindemith und Hanns Eisler. Die Verdichtung von Texten, Musik und Ereignissen offenbart auch Bezüge zu aktuellen Entwicklungen unserer Zeit. Im Herbst 1923 setzen wir dieses Angebot fort, das um zwei Bücher zu 1923, eines extra zu Sachsen, ergänzt wird.

Ein Höhepunkt des letzten Jahres war zweifelsfrei die Kooperation mit dem Gewandhausorchester Leipzig. Es ist eine seltene Ehre für uns als Landeszentrale, von einem internationalen Spitzenorchester eingeladen zu werden, das Saisonöffnungswochenende um einen „Demokratietag“ zu ergänzen und diesen gemeinsam zu gestalten. Und es ist bemerkenswert, dass sich das Gewandhausorchester dazu entschieden hat – vor dem Hintergrund seiner bewegten Geschichte – alle Leipzigerinnen und Leipziger jeweils zum Saisonstart zum lebendigen Austausch über gesellschaftliche Themen einzuladen. Neben dem Auftaktkonzert, das durch eine Rede des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, gerahmt wurde, gab es am 17. September 2022 zwei Paneldiskussionen mit prominenten Gästen und Musikern zum Thema „einander zuhören.“

Ausstattung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung



Publikationsarbeit, Bücherzentrum und Logistik



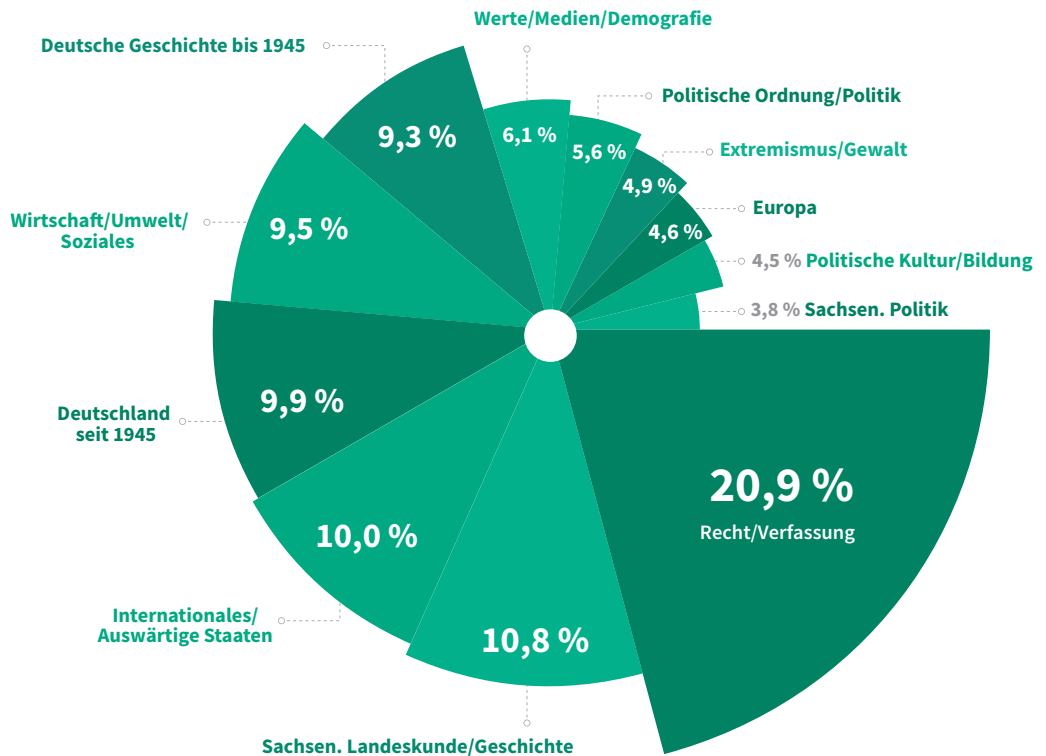
Anzahl der Einzelbestellungen von Publikationen

Im Bücherzentrum der Landeszentrale, mit Bibliothek und Publikationsausgabe, konnte 2022 erstmals seit Beginn der Corona-Pandemie wieder weitgehend normal gearbeitet werden. Es wurden auch wieder 13 Besuchergruppen begrüßt, die Informationen über das Angebot und die Aufgaben der Landeszentrale erhielten und anschließend die Buchausgabe nutzten. Am Ende des Jahres bilanzierte das Bücherzentrum – im Unterschied zur Anzahl der Online- und Briefbesteller – einen Aufwärtstrend.

Im Jahr 2022 gab es insgesamt 8.666 Einzelbestellungen von Publikationen. Die Zahl der Abholer in der Ausgabestelle des Bücherzentrums (1.320) ist leicht gestiegen, hat aber den Wert zum Vor-Corona-Jahr 2019 (2.305) noch lange nicht wieder erreicht. Online lösten 5.947 Personen ihre Bestellung aus (2021: 6.320). Die Anzahl der Briefbestellungen belief sich auf 1.399 (2021: 1.632).

2022 gab es mehrere Sonderbestellaktionen für Schulen und Bibliotheken, welche zu 454 zusätzlichen Bestellungen führten.

Abgegebene Publikationen nach Themenbereichen



Unsere Bestseller

Nach langer Zeit lag „Dein Sachsen. Das Land und seine Verfassung“ mit 1.570 Exemplaren nicht an der Spitze der am meisten nachgefragten Bücher. Den ersten Platz belegte 2022 „Und jetzt? Der Survival Guide für das Leben nach der Schule“ mit 2.667 Exemplaren. Die hohe Nachfrage dieser beiden Titel, die sich an ein junges Publikum richten, erklärt sich zum Teil damit, dass diese Publikationen speziell beworben und oftmals als Klassen- oder Seminarsätze von Schulen angefordert wurden.

An dritter Stelle der meistbestellten Bücher steht die Eigenpublikation „NS-Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft 1939-1945“ mit 1.237 Exemplaren. Wie schon der Vorgängerband „NS-Terror und Verfolgung“ wird diese Eigenpublikation der Landeszentrale sehr positiv von Geschichtsinteressierten und Heimatforschern aufgenommen.

Als Sonderpublikationen außerhalb des Standardprogramms konnten zusätzlich 177 „Starterpakete“ als Lernmaterialien, besonders für die sprachliche Ausbildung von Flüchtlingen, und etwa 5.300 Stück verschiedener Ausgaben der Hefreihe „wtf-Magazin“ für Jugendliche bereitgestellt werden.

Beliebteste Bücher 2022 Allgemeines Angebot



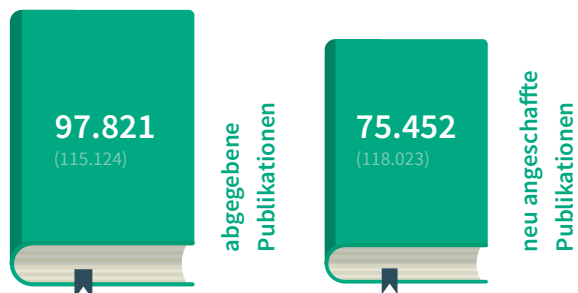
Schwierige Rahmenbedingungen für die Publikationsarbeit

Die Corona-Pandemie und der russische Krieg gegen die Ukraine haben in der gesamten Buchbranche zu Lieferengpässen und erheblichen Preiserhöhungen geführt. Dies hatte auch für die Landeszentrale zur Folge, dass die Stückpreise für die Publikationen deutlich teurer geworden sind. Durch eine gemeinsame Beauftragung zahlreicher Titel seitens mehrerer Landeszentralen oder auch gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung konnte die Kostensteigerung ein wenig abgemildert werden. Die Zusammenarbeit mit den anderen Zentralen für politische Bildung erfolgt maßgeblich während der Fachkonferenz Publikationen, zu der sich halbjährlich das bundesweite Publikationskollegium trifft.

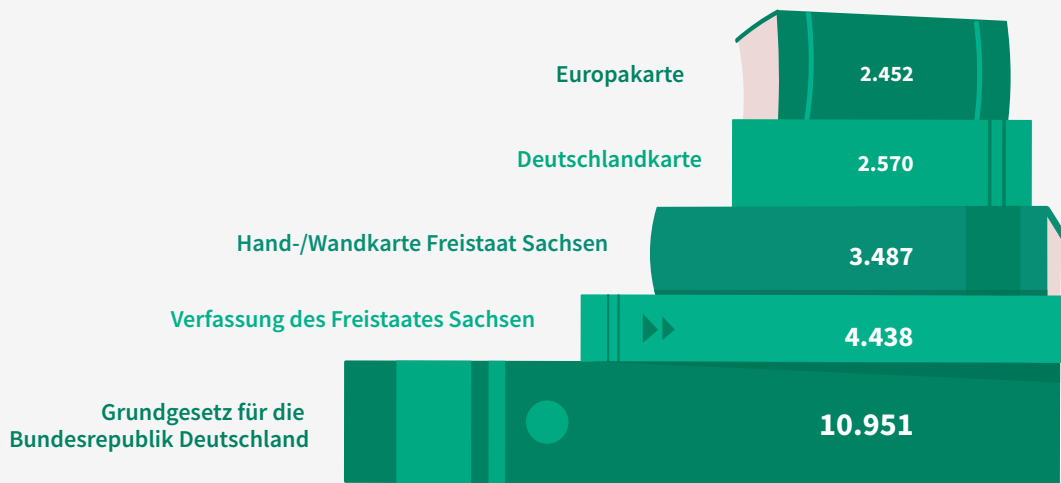
In absoluten Zahlen wurden 2022 insgesamt 97.821 Publikationen abgegeben (2021: 115.124) und 75.452 Publikationen neu angeschafft (2021: 118.023). Bei 122 Veranstaltungen der Landeszentrale (oder mit Beteiligung der Landeszentrale) wurden Bücher aus dem Publikationsprogramm für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereitgestellt (2021: 69). Es fehlten jedoch

Großveranstaltungen wie die Leipziger Buchmesse oder der Tag der Sachsen, die 2022 nicht stattgefunden haben.

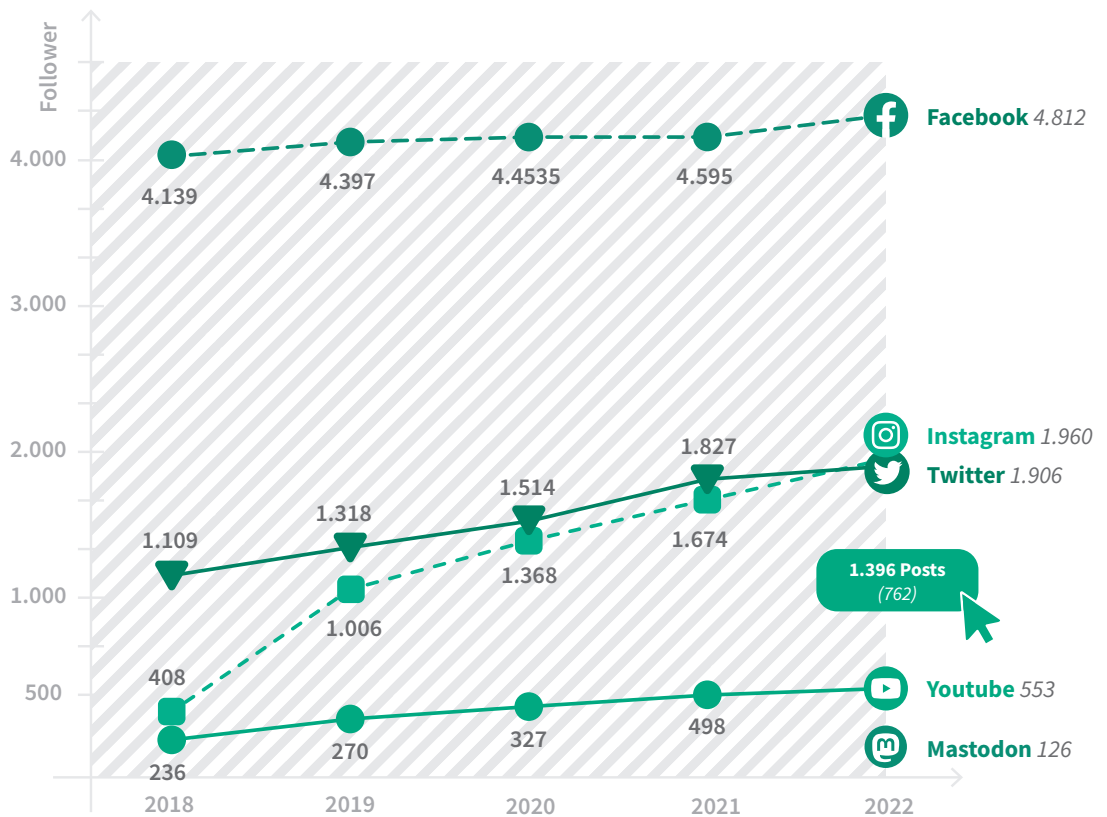
Sowohl zum Jahresanfang als auch zum Jahresende geriet der Publikationsversand ins Stocken, weil die JVA Dresden als Versandzentrum der Landeszentrale aus personaltechnischen Gründen nur eingeschränkt arbeitsfähig war. Es kam deshalb zu deutlich längeren Bearbeitungszeiten bei der Buchzustellung.



Bestellte Standardtitel 2022



Social Media

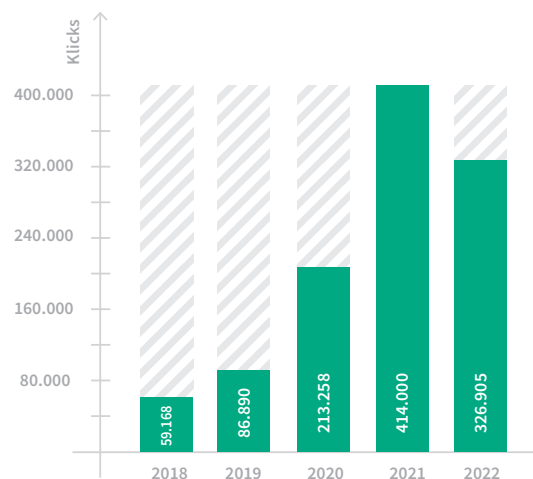


Website, Social Media und neue Online-Angebote

Auch im Jahr 2022 erfüllten die Online-Kanäle der SLpB zentrale Aufgaben in den Bereichen Information, Kommunikation und Transparenz. In einem redaktionell gleichermaßen ambitionierten wie erfolgreichen Jahr konnte die Webseite in einer Reihe von Themen aktualisiert und überarbeitet werden. So wurde beispielsweise zu den Landratswahlen im Juli 2022 die Unterseite zu Kommunalwahlen überarbeitet. Es wurden auch neue Themen auf der Webseite integriert, so bieten wir z.B. seit 2022 auch Inhalte zum Thema Verschwörungstheorien, dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und Rechtsextremismus in Sachsen an. Im Schnitt wurde die Webseite monatlich ca. 27.200 Mal besucht. Im gesamten Jahr 2022 haben wir ca. 326.900 Besuche auf der slpb.de empfangen.

Wichtig war uns zudem, den Neustart der Jugendmarke WTF auf den Weg zu bringen: Mit neuem Look, Workshops und Aktionen sowie einem neuen Online-Portal will WTF ab 2022 die politische Medienkompetenz junger Menschen zwischen 14 und 20 Jahren verbessern. Das Peer-to-Peer-Projekt hat 2022 mit etwa 100 Jugendlichen aus ganz Sachsen bei der Konzeption und der Erstellung der Inhalte des neuen Online-Portals zusammengearbeitet. In einem Aktionsworkshop erstellten und präsentierten Schülerinnen und Schüler eine Riesengraphik zum Thema „Das gute Netz“ welche vor der Stadtbibliothek in Chemnitz ausgelegt wurde.

Auch für die noch jüngeren Sächsischen und Sachsen hat die SLpB eine Neuerung entwickelt: Seit 2022 verfügt die Landeszentrale erstmals über ein Online-Angebot im Bereich der Landeskunde für Kinder. Auf der Basis des erfolgreichen Kinderbuches „Dein Sachsen. Das Land und seine Verfassung“ wurde ein Online-Spiel entwickelt. Große und kleine Kinder ab 10 Jahren begleiten dabei die beiden Protagonisten des Buches Lucy und Oskar bei ihrer virtuellen Reise durch Sachsen. Dabei müssen eine Menge kniffliger Aufgaben gelöst werden und ganz nebenbei lernt man auch noch allerhand über die Grundrechte, die in der sächsischen Verfassung verankert sind.



Fazit

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung versucht auch in krisenhaften Zeiten ein aktuelles und vielfältiges Angebot vorzulegen. Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen im Bereich Innenpolitik und Engagement-Politik, Geschichte, Europa und Internationales sowie Schule, kulturelle Bildung und politische Medienbildung. Sie strebt danach, politische Bildungsangebote dezentral, möglichst partizipativ, digital anzubieten und dabei immer wieder internationale Perspektiven einzubinden. Dies gelingt nur mit unseren über 100 Partnerorganisationen in

ganz Sachsen, mit denen wir in 2022 vertrauensvoll zusammengearbeitet haben, und denen wir herzlich für die gute Zusammenarbeit danken. Ein guter Kooperationsgeist ist auch in den kommenden Jahren notwendig, die Gesellschaft, Politik und politische Bildung vor neue Herausforderungen stellen werden, ohne dass die alten immer schon gelöst sind. Es wird auch in den kommenden Jahren darum gehen, globale Herausforderungen in lokale und regionale Kontexte zu übersetzen. Dieser Aufgabe stellen wir uns als Haus und gemeinschaftlich mit unseren Partnern.

Zehn Diskussionen über die Europäische Union

Von Doreen Reinhard

■ Anlässlich des 30. Jahrestags des Vertrags von Maastricht wurde in Dresden ein Jahr lang über Themen der EU debattiert. Es ging unter anderem um Wirtschafts-, Digital- und Klimapolitik und immer wieder um den Krieg in der Ukraine.

Mit dem Vertrag von Maastricht rückte Europa zusammen. Am 7. Februar 1992 trafen sich Helmut Kohl, Francois Mitterrand und zehn weitere Staatschefs und Regierungsvertreter in der niederländischen Stadt, um das Dokument zu unterschreiben. Mit dem Maastrichter Vertrag wurde die Europäische Union gegründet, es entstand die Unionsbürgerschaft, eine Wirtschaftsunion, Zuständigkeiten für Außen- und Finanzpolitik wurden geschaffen. Europa sollte ein gemeinsames Fundament bekommen, das war die Erwartung. Vieles davon hat sich erfüllt. Die EU ist eine starke Gemeinschaft, das wird in den aktuellen Krisenzeiten deutlich. Doch es gibt auch Entschei-

dungen und Strukturen der EU, die kritisch diskutiert werden. Ein Forum dafür bot in den vergangenen Monaten die Veranstaltungsreihe „Welche Zukunft hat Europa? – Gespräche zu 30 Jahren Europäische Union“. Mit Expertinnen und Experten wurde sowohl über die gegenwärtige Lage der EU diskutiert als auch über rechtliche und politische Herausforderungen, die in den kommenden Jahren zu bewältigen sind. Das Format war eine Kooperation der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, der Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen, dem Zentrum für Internationale Studien und dem Institut für Internationales Recht der TU Dresden.

Viele Themen und viel Publikum

Mit insgesamt zehn Veranstaltungen schlug die Reihe ein Jahr lang einen spannungsreichen Bogen zu vielen Themen der EU, es ging unter anderem um Wirtschafts- und Klimapolitik, um Digitalreformen und um Migration in die EU. Zu Gast als Referenten waren unter anderem: Reinhard Bütikofer, Grünen-Politiker und Mitglied des Europäischen Parlaments, sprach über europäische Außen- und Sicherheitspolitik in globalen Zusammenhängen. Der Soziologe Gerald Knaus diskutierte mit dem Grünen-Politiker und EU-Abgeordneten Erik Marquardt über Asyl in der EU und die Lage an den EU-Außengrenzen. Günther Oettinger, ehemaliger Vizepräsident und Mitglied der Europäischen Kommission, referierte über Möglichkeiten und Grenzen der demokratischen Beteiligung im EU-Parla-

ment. Gesine Schwan, SPD-Politikerin und Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform, debattierte mit Christoph Degenhart, früherer Richter des Verfassungsgerichtshofs des Freistaates Sachsen, über europäische Wirtschaftspolitik. Es gab einige Veranstaltungen der Reihe, die bedingt durch die Corona-Pandemie, als Online-Formate durchgeführt wurden; ein regelmäßiger Live-Veranstaltungsort war das Dresdner Stadtmuseum, mit viel Publikum, das sich an den Debatten beteiligte. Zum Auftakt sprach im November 2021 Theo Waigel, der den Vertrag von Maastricht als damaliger Finanzminister der Bundesrepublik unterzeichnet hatte, im Dresdner Kulturpalast über Inhalte und die historische Bedeutung des Vertrags.



Flaggen am Europäischen Parlament in Straßburg. Foto: IMAGO / Dirk Sattler

„Die Ukrainer sehen ihre Zukunft im Westen“

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine wurde ab dem Februar 2022 zu einem präsenten Thema bei vielen Diskussionen. Im Mai ging es bei einer Veranstaltung um die EU-Beitrittsgesuche der Ukraine, Georgiens und Moldaus. Zur Debatte waren zwei Gäste geladen: Tim B. Peters, Leiter des Auslandsbüros Ukraine der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Maria Degtiarenko, Direktorin des Bayerischen Hauses in Odessa; sie ist kurz nach dem Kriegsausbruch aus ihrer Heimat nach Deutschland geflohen. „Uns Ukrainern ist bewusst, dass der EU-Beitritt ein langwieriger Prozess ist“, sagte Degtiarenko. Sie schilderte Reformen, die im Land noch nötig sind. Ob die Ukraine zu Europa gehört? Diese Frage sei für sie jedoch noch klarer beantwortet

seit dem Beginn des Kriegs. „Putin hat den Angriff auf die Ukraine damit begründet, dass die Ukraine sich nach Westen orientiert“, sagte Maria Degtiarenko. „Die Ukrainer sehen ihre Zukunft im Westen. Das haben sie nicht nur mit den Protesten auf dem Maidan, sondern auch mit der tapferen Verteidigung im Krieg deutlich gemacht.“ Tim B. Peters verwies ebenfalls auf noch zu bewältigende Probleme in der Ukraine. „Eine Justizreform fehlt noch, das Rechtssystem ist noch nicht reformiert“, stellte er fest. „Aber man muss sagen, dass im Großen und Ganzen die Richtung stimmt.“ Auch für ihn sei klar, wohin das Land gehöre: „Mit jedem Jahr hat sich die Ukraine weiterentwickelt, ist das Land europäischer geworden.“

An den Stärken der EU gibt es keine Zweifel

Bei der vorletzten Veranstaltung der Gesprächsreihe im Oktober 2022 ging es um den Euro, ein kontroverses Thema. Unter der Überschrift: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa?“ diskutierten die SPD-Politikerin Gesine Schwan und Christoph Degenhart, früher Richter in Sachsen. An ein Scheitern des Euros glauben beide nicht. Dennoch sehen sie Probleme in der EU-Wirtschaftspolitik, allerdings haben Schwan und Degenhart zum Teil unterschiedliche Perspektiven darauf. Gesine Schwan bilanzierte, dass keine gleichberechtigte europäische Wirtschaftseinheit entstanden sei, wie ursprünglich erhofft, vielmehr „ein Standortwettbewerb zwischen europäischen Staaten“. „Die Unterschiede zwischen arm und reich wurden immer größer“, sagte sie. Das habe die Solidarität untergraben, die sie aber in schwierigen Zeiten wie aktuell wichtiger denn je. „In den Krisen zeigt sich, dass die Staaten es allein nicht schaffen.“ Christoph Degenhart kann mit dem

Begriff „Solidarität“ nur wenig anfangen. Er kritisierte, dass nicht alle EU-Staaten stabil genug aufgestellt gewesen seien für einen EU-Beitritt, das habe Probleme im EU-Verbund verursacht. „Solidarität bedeutet, ich halte mich an die Regeln und, wenn ich Hilfe brauche, wird mir geholfen“, sagte er. „Es entspricht nicht dem Geist des Maastricht-Vertrags, wenn sich ein Staat nicht an die Schuldenbegrenzung hält. Solidarität ist keine Einbahnstraße.“

Ein Abend mit regen Debatten, so wie viele der EU-Gesprächsreihe. Die EU hat Schwächen und darüber gibt es Gesprächsbedarf, das hat sich bei den Veranstaltungen gezeigt. Einigkeit herrschte bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Diskussionen, egal bei welchem Thema, mindestens in einem Punkt: An den Stärken und den verbindenden Werten der Europäischen Union gibt es keine Zweifel.

1:01 ↗

Elon Musk
20.488 Tweets

eets

Tweets & Antworten



Elon Musk ✓ @elonmus
Reinstate former President

Yes

No ✓

8.321.459 Votes · 14 Stunden

↻ 161K

Cyberspace zwischen Utopie und Dystopie

Von Doreen Reinhard

Am Anfang standen soziale Medien für grenzenlose Freiheit. Doch längst gibt es Probleme und Debatten über Regulierungen. Was sind Gefahren im Internet? Welche Lösungen gibt es? Darüber wurde bei einer Veranstaltung im Dresdner Stadtmuseum diskutiert.

Soziale Medien gehören noch nicht besonders lange zu unserem Leben. 2004 hat Mark Zuckerberg Facebook gegründet, es wuchs schnell zu einem der größten Netzwerke der Welt. Es ist längst nicht das einzige, es gibt auch Twitter, Telegram und Tik Tok, nur einige der mittlerweile zahlreichen sozialen Medien, die von Millionen Menschen genutzt werden. Einst begann das Leben im Internet als Utopie, von digitaler Freiheit war die Rede, doch bald tauchten auch fundamentale Probleme auf, Hate Speech und Desinformationen, die sich im Cyberspace verbreiten.

Unter dem Motto „Gefahr für die Demokratie? Die EU und die sozialen Medien“ wurde am 15. November im Dresdner Stadtmuseum diskutiert. Es war der letzte Teil einer Gesprächsreihe zum 30-jährigen Jubiläum des Maastrichter Vertrags. In den vergangenen Monaten wurden zu verschiedenen Themen der Europäische Union diskutiert, von Klima- bis Finanzpolitik. Die Reihe ist eine Kooperation der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, der Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen, dem Zentrum für Internationale Studien und dem Institut für Internationales Recht der TU Dresden. Zum Abschluss war nun der digitale Raum im Fokus, dafür waren zwei Referenten geladen: Katharina Kaesling, Juniorprofessorin für Bürgerliches Recht, Geistiges Eigentum sowie Rechtsfragen der Künstlichen Intelligenz an der Technischen Universität Dresden, und Joshua Helmer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung Göttingen.

Soziale Medien als Spiegel der Gesellschaft

Joschua Helmer, der unter anderem zu den Zusammenhängen von Digitalisierung und Demokratie forscht, begann sein Referat mit einer These: „Soziale Netzwerke sind nicht hauptsächlich verantwortlich für die Krisen der aktuellen Demokratien. Beides hängt miteinander zusammen, aber es ist eine Co-Entwicklung, kein Ursache-Wirkung-Verhältnis.“ Demokratien werden nicht zerstört von sozialen Medien, sie wirken eher wie ein Brennglas, um Prozesse schärfer wahrzunehmen, beobachtet Helmer.

Er höre oft diesen Eindruck: Soziale Medien schaffen Filterblasen, jeder liest nur noch das, was er möchte, alle reden aneinander vorbei. Tatsache sei jedoch, dass es auch in der Realität schon länger eine „Differenzierung von Lebensentwürfen in Gesellschaften“ gebe, sagt der Wissenschaftler. „Das sind Prozesse, die den sozialen Zusammenhalt unter Druck setzen.“ Eine andere Wahrnehmung sei, dass es heute eine stärkere Politisierung gibt. Liegt das auch an sozialen Medien? Helmer zweifelt daran. Politisch aufwühlend seien Ge-

sellschaften schon früher gewesen, die vergleichsweise ruhigen Nuller-Jahre seien historisch betrachtet in Deutschland eher eine Ausnahmephase gewesen.

Joschua Helmer legt eine differenzierte Analyse vor. Er bringt – neben der Problembetrachtung – auch viele Pro-Argumente in Bezug auf soziale Medien. Es gebe Studien, die belegen, dass Menschen, die häufig soziale Medien nutzen, eher vielfältige Inhalte rezipieren. „Es zeigt sich bei Untersuchungen, dass sie mehr von der Welt mitbekommen, eine größere Bandbreite, ein dissonantes Bild mit vielen Inhalten und Widersprüchen.“ Netzwerke stünden auch für eine Emanzipation, Menschen könnten abseits von klassischen Massenmedien eine Stimme bekommen, sich vernetzen.

Aber es gibt auch negative Begleiterscheinungen: Menschen können Ziel von Bedrohungen werden, in sozialen Medien treffe das besonders häufig Frauen und marginalisierte Menschen.



Joschua Helmer: „Soziale Netzwerke sind nicht hauptsächlich verantwortlich für die Krisen der aktuellen Demokratien.“



Katharina Kaesling: „Mittlerweile hat sich gerade vor dem Hintergrund von Hate Speech und Fake News eine Utopie zur Dystopie entwickelt.“

Radikalisierung als zentrales Problem

Als größte Gefahr im Internet sieht Joshua Helmer den Einfluss von Extremen. „Die wichtigste Krise der Demokratie ist die Radikalisierung im politischen Wettbewerb, besonders von rechtsextremen Akteuren, weil diese ihre Anhängerschaft oft mit sich ziehen“, sagt er. Ein fundamentales Problem, für das Helmer noch keine Lösungen sieht. Allgemein im Umgang mit sozialen Medien rät er unter anderem zu einem kritischen Umgang, das heißt: auch mal das Handy weglegen, sich nicht ständig mit Aufreger-Themen beschäftigen.

In Bezug auf soziale Medien hat sich in den letzten Jahren eine Debatte um Regulierungen entwickelt. Dabei ist auch die Justiz gefragt, über den aktuellen Stand, Möglichkeiten und Probleme referiert Katharina Kaesling. Sie skizziert noch einmal die kurze Geschichte des Cyberspace. Es begann mit der Utopie eines freien, nicht den Gesetzmäßigkeiten von Gesellschaften unterliegenden Internets. „Mittlerweile hat sich gerade vor dem Hintergrund von Hate Speech und Fake News eine Utopie zur Dystopie entwickelt“,

sagt die Juristin. „Die Gefahren sind in den Mittelpunkt der Debatten gerückt.“ Das Internet wird nicht mehr als von staatlicher Regulierung unantastbarer Bereich angesehen. „Heute geht es nicht mehr um die Frage, ob man reguliert, sondern wie man es tut.“

Wie schwierig sich das allerdings nach wie vor gestaltet, wird im Vortrag von Kaesling deutlich. Beleidigungen könnte heute zwar nicht nur offline, sondern auch online als Strafbestand gewertet werden. Nur stelle sich unter anderem die Frage, ob man das in jedem Fall durchsetzen könne, „denn online finden wir eine relativ hohe Anonymität von Nutzern vor“. Im Laufe der Jahre habe etliche soziale Medien Verhaltenskodexe für Nutzer entwickelt. Es gibt also Regeln und Mechanismen, Verstöße anzuzeigen und zu ahnden, allerdings läuft dies meist innerhalb der Netzwerke ab, der Einfluss von außen ist nach wie vor begrenzt. Besonders transparent würden solche Verfahren nicht ablaufen. In sozialen Medien gebe es zum Beispiel „Tendenzen zu Overblocking, also Löschungen von Inhalten, die nicht rechtswidrig sind“, sagt Katharina Kaesling.

Grenzen nationaler Gesetzgebung

Die Gesetze versuchen mit der stetig fortschreitenden Digitalisierung mitzuhalten, doch einfach ist das nicht. Es gibt inzwischen nationale Gesetze, etwa das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Deutschland, gut gemeint, aber, wenn man die global agierenden Netzwerke betrachtet, schwierig. Man sollte versuchen, einheitliche Regeln zu schaffen, sagt Kaesling. Grundsätzlich als Fortschritt sieht sie den kürzlich in der EU beschlossenen Digital Services Act, ein umfassendes Regelwerk. Aber auch das habe noch Unschärfen in Formulierungen, die geklärt werden müssen.

Anschließend gibt es noch eine kurze Diskussionsrunde. Ein Mann aus dem Publikum erzählt von Bekannten, die klassische Medien abbestellt hätten,

stattdessen immer mehr soziale Medien konsumieren. „Seitdem kriege ich von ihnen immer mehr Zeug zugeschickt, wo es mir grauselig wird. Da stimmen Sachen nicht, werden aus dem Zusammenhang gerissen“, erzählt er besorgt. „Die Leute haben sich radikalisiert über das Internet.“ Patentrezepte hat keiner im Raum. „Ich denke, da liegt eher eine Bedürfnislage vor, dass einige Menschen solche Inhalte konsumieren und glauben wollen“, sagt Joshua Helmer. „Da ist es, glaube ich, nicht der erste Weg mit Medien-Kompetenztrainings heranzugehen, sondern die Bedürfnislage dieser Menschen in den Blick zu nehmen. Aber auch das ist schwierig.“ Der Umgang mit den noch jungen sozialen Medien bleibt also kompliziert, das ist ein Fazit dieses Abends.

Die junge Generation in Zeiten der globalen Krisen: Das Ventotene Forum



„Wir fühlen uns als europäische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.“ Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Ventotene Forum der Jungen Europäischen Föderalisten in Dresden. Foto: Fabian Klaproth

Von Fabian Klaproth

Vier Tage dauerte das Ventotene Forum der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) im Impact Hub in Dresden.

Während dieser Zeit versammelten sich Menschen aus Sachsen und Italien, um über Europa und aktuelle Herausforderungen zu diskutieren. Zu Gast waren Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft.

Der Samstag, 22. Oktober 2022, stand dabei ganz unter dem Zeichen eines Wortes, das in politischen Diskussionen unausweichlich geworden ist: Krisen. Unter dem Titel „Die Krisengeneration: Eine globale Perspektive auf aktuelle Herausforderungen“ versuchte am Vormittag ein rein männlich besetztes Podium Ideen zu formulieren und zu Gedanken anzuregen. Vor Ort waren dafür Fabian Funke als Mitglied des Bundestages und Antonio Argenziano von der JEF Europa. Per Video dazugeschaltet wurden Virgilio Falco von der International Young Democrat Union (IYDU) und Jacopo Barbati, Redakteur von „The Federalist“.



Junge Leute wollen Lösungen

Funke, Abgeordneter für den Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge für die SPD machte den Anfang. Mit 25 Jahren gehört er zu jüngsten Mitgliedern im aktuellen Bundestag. Im Panel zieht er den Begriff Polykrise heran, um zu verdeutlichen, wie verschiedene Krisen unser aktuelles Leben prägen. „In Europa haben wir auch eine Krise der Demokratie“, stellt er fest. An vielen Stellen wird bei dem Forum auf den Rückbau des Rechtsstaates in Polen und Ungarn verwiesen und wie die Regierungen dort ein geschlossenes Handeln der EU blockieren. Doch dass die Bedrohung für die Demokratie auch vor Deutschland und Italien nicht halt macht, das erkennen die

Teilnehmenden ebenfalls an. Gerade wurde Giorgia Meloni zur neuen italienischen Ministerpräsidentin vereidigt, sie wird fortan eine, zumindest in Teilen, rechtsradikale Regierung anführen.

Virgilio Falco, der der konservativen IYDU angehört, forderte im Panel: „Junge Leute wollen Lösungen.“ Diese seien wichtiger als politische Ausrichtungen oder Parteienbindung. Er verweist dabei auf die Volatilität des italienischen Parteiensystems, in dem selbst etablierte Parteien massiven Schwankungen in den Wahlergebnissen unterliegen. Argenziano von der JEF Europa schließt an die Forderung von Lösungen an. Er betonte auch: „Krisen und dazugehörige Lösungen formen die Identität unserer Generation.“

Diese gemeinsamen Lösungen werden beim Forum vor allem in der Vertiefung europäischer Beziehungen gesucht. Journalist Barbati sagte: „Eine gemeinsame Politik und eine gemeinsame Strategie sind notwendig.“

Gleichzeitig betont er auch, wie wichtig eine Unabhängigkeit von außereuropäischen Kräften, wie China und Russland sei. Dies zeige sich aktuell in der Energiekrise in Europa, die durch eine jahrelange Abhängigkeit von russischem Gas herbeigeführt wurde.



Ein föderales Europa ist nötig und möglich

Nachdem die Panelteilnehmer ihre Ideen vorgestellt hatten, wurde in Kleingruppen weiter diskutiert. An drei Tischen tauschten sich die Teilnehmenden über ihr Krisenverständnis aus und versuchten gemeinsame Lösungen zu entwickeln. Im Zentrum standen dabei Ansätze im Kampf gegen die Klimakrise und das europäische Verhältnis zu Staaten wie Russland, den USA und China.

Was die Teilnehmenden eint, ist der Glaube daran, dass ein föderales Europa nötig und möglich ist. Engere politische Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten sehen sie als Voraussetzung für Frieden und Sicherheit. Eine von ihnen ist Sophie Schönebeck. Die 25-jährige studiert aktuell „Internationale Beziehungen“ in Dresden und war vorher bereits im Landesverband der JEF in Sachsen-Anhalt aktiv. „Auf internationaler Bühne muss

man seine Kräfte bündeln und da sehe ich die Lösung in der europäischen Integration.“, sagt sie.

Auch die Teilnehmenden aus Italien betonten die wichtige Rolle der EU. Maria Gabriella Taboga kommt, wie alle italienischen JEF Vertreterinnen und Vertreter, aus der Region Lazio, die sich um die Hauptstadt Rom erstreckt. „Wir sind die europäische Generation. Wir sind in die EU reingeboren und seitdem hat sie sich stark verändert“, sagt sie. Das Ziel der JEF sei dabei, so betont sie, dass Europa „inkluisiver wird und geschlossener auftritt.“

Die 18-jährige Morena Casafredda ist erst seit letztem Jahr bei der JEF und freut sich über die Möglichkeit in andere Länder zu reisen und neue Menschen kennenzulernen. „Ich bin Föderalistin und ich denke, die Werte des Föderalismus sind die der Zukunft“, sagt sie.

Globale Krisen erfordern globale Antworten

Hendrik Förster studiert im Master „European Studies“ an der Universität Leipzig. Er war bereits viele Jahre im Landesverband der JEF in Nordrhein-Westfalen tätig und ist erst vor kurzem nach Sachsen gezogen. Das Ventotene Forum war für ihn die ideale Möglichkeit sich innerhalb der JEF neu zu vernetzen. Auch er glaubt, dass zukünftige Politik supranationale Organisationen wie die EU braucht. „Ich glaube, dass Nationalstaaten langfristig nicht der Weg sind, um ein politisches Miteinander in Zeiten von Atombomben zu etablieren“, meint Förster.

Die reflexhafte Forderung nach einer stärkeren Europäisierung sieht er aber gleichzeitig kritisch. „Wir reden über multiple Krisen und da wir hier ein pro-europäisches Forum haben, waren wir schnell bei der Lösung: Europäisierung. Aber der Widerspruch ist eigentlich

offensichtlich. Natürlich kann Europäisierung nicht die Antwort auf globale Probleme sein.“

Besonders die Klimakrise ist eine Herausforderung, die keine nationalen Grenzen kennt, sagt auch Antonio Argenziano. Globale Krisen erfordern auch globale Antworten, so wird im Laufe des Forums klar.

Dabei betonen die Teilnehmenden regelmäßig, wie wichtig Forderungen ihrer, der jungen, Generation sind. „Wir sind in der numerischen Minderheit, aber wir müssen mit den Konsequenzen des gegenwärtigen Handelns leben“, sagt Sophie Schönebeck. Da junge Menschen selten in wichtigen politischen Positionen vertreten sind, betonen die Anwesenden die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft.

Europäische Vision: inklusiv, gerecht und friedlich

Am Nachmittag wurde in einem zweiten Panel über die Reform der EU diskutiert. Die geladenen Gäste waren Matthias Ecke, Mitglied des Europäischen Parlaments; Virgilio Dastoli, der die Europäische Bewegung Italiens vertritt; Christopher Glück, ehemaliger Präsident der JEF Europa und Emely Marie Schäfer, Landesvorsitzende der JEF Sachsen. Gemeinsam diskutierten sie Forderungen nach einer europäischen Verfassung und eine Neuregelung des Europawahlsystems.

Das Forum ermöglichte den Austausch all derer, die der Wunsch nach starkem europäischem Zusammenhalt vereint. Gemeinsam arbeiteten sie an einer Vision für ein Europa, das inklusiv, gerecht und friedlich ist. Sie wollen sich aufkeimendem Nationalismus entgegenstellen, denn, wie Maria Taboga sagt, „Wir fühlen uns als europäische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.“



Video

Nachwuchs aus Sachsen und Italien beraten sich in Dresden

Beim "Ventotene"-Forum in Dresden tauschen sich junge Menschen aus Sachsen und der mittel-italienischen Partnerregion Latium aus. Thema ist vor allem die Zukunft Europas und wie die Zusammenarbeit besser werden kann.



Das Schloss Jezeří und die Gemeinde Horní Jiřetín waren vom Tagebau bedroht. Beide konnten erhalten bleiben. Foto: IMAGO / agefotostock

Wie hält es Nachbar Tschechien mit der Energie?

Von Steffen Neumann

■ In Zeiten, in denen sich Deutschland aufgrund des russischen Krieges gegen die Ukraine gezwungen ist, seine Energieversorgung umzustellen, kann es aufschlussreich sein, ins Ausland zu blicken, wie andere Länder mit dem gleichen Problem umzugehen. Aus sächsischer Sicht liegt nahe, sich bei den Nachbarn zu informieren. Unter dem Motto „Ist die Energiepolitik des Nachbarn grüner?“ lud die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) in der zweiten Oktoberhälfte zu einer Studienreise nach Tschechien ein. Das Interesse war hoch und die Erwartungen ebenso.

Die viertägige Reise berührte in einer Kombination aus Führungen und Besichtigungen vor Ort und Podiumsdiskussionen in der Landeszentrale sowie dann als Dreh- und Angelpunkt im Sächsischen Verbindungsbüro in Prag fast alle Bereiche der aktuellen tschechischen Energiepolitik. Am Anfang stand eines der wenigen echten Streitthemen - die Erweiterung des polnischen Tagesbaus Turów direkt an der Grenze zu Sachsen und Tschechien. Der Streit verläuft mehr zwischen Tschechien und Polen, wo es bis zu einer Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit einstweiliger Verfügung sowie daraufhin einer zwischenstaatlichen Einigung auf höchster Ebene kam. Inwiefern die Einigung für Frieden zwischen beiden

Parteien gesorgt hat, bleibt offen. Thema war auch die tschechische Eigentümerschaft der Braunkohlegruben sowohl in der Lausitz als auch in Mitteldeutschland.

Themen- und Ortswechsel an Tag 2. Es ist kurz nach vier am Nachmittag und Ende der Tagschicht in Dukovany. An den Drehkreuzen bildet sich eine Schlange. Jeder Mitarbeiter des tschechischen Atomkraftwerks muss sich neben einer Chipkarte auch mit seiner eingescannten Handfläche ausweisen. Die Sicherheitsvorkehrungen sind hoch, aber der Schichtschluss läuft geschmeidig ab. Auch für die Besuchergruppe aus Sachsen gilt: Sicherheit zuerst.

Atomkraft – ja bitte!

Mehrere Tausend Menschen arbeiten in dem Kraftwerk im Süden Mährens, keine 50 Kilometer von der zweitgrößten Stadt Tschechiens Brno (Brünn) entfernt. Zuverlässig deckt das Kraftwerk sowjetischer Bauart seit 35 Jahren fast ein Fünftel des Strombedarfs der Tschechischen Republik ab.

Eine Betriebsverlängerung für weitere 20 Jahre ist fest eingeplant. „Wir rechnen mit einem Betrieb bis in die 2040er Jahre hinein“, bestätigt Dana Drábová, Chefin des tschechischen Amtes für Reaktorsicherheit SÚJB, Stunden zuvor auf einem Podium im Verbindungsbüro des Freistaats Sachsen. Sollten die Pläne der tschechischen Regierung aufgehen, könnte dann in Dukovany bereits ein ganz neuer, fünfter Block Energie ins Netz einspeisen. Dieses Vorhaben biegt gerade jetzt in seine entscheidende Phase ein. „Bis Ende Dezember erwarten wir Angebote“, sagt Jan Prášil vom Wirtschaftsministerium, nächstes Jahr fällt die Entscheidung, wer den Block baut. Die Ausschreibung sieht übrigens die Abgabe eines Angebots vor, das den Bau weiterer Blöcke auch am bisher zweiten

tschechischen Standort Temelín in Südböhmen einschließt, betont Prášil. Die Qualität des Gesamtpaketes hat entscheidenden Einfluss auf die Auftragsvergabe.

Die Menschen in Třebíč, der Kleinstadt in der Nähe des Werkes, wo viele Kraftwerker leben, hören das gern. Die Stadt lebt vom Atomkraftwerk. „Wir haben hier mehr Bedenken davor, dass das Kraftwerk einmal nicht mehr sein wird, als vor der Atomkraft selbst“, sagt Petr Šmejkal, der seit diesem Jahr die örtliche Wirtschaftskammer leitet. Ob hier überhaupt jemand kritisch gegenüber der Atomkraft eingestellt ist? „Mir ist niemand bekannt“, sagt Šmejkal. Auch in ganz Tschechien gibt es nur wenig nennenswerten Widerstand. Zu den Ausnahmen zählt Edvard Sequens vom Verein Calla, den die Regierungspläne beunruhigen. „Mit dem Bau neuer AKWs zementieren wir die jetzige Energieversorgung für weitere 80 Jahre“, sagt er. Elektrischer Strom kommt heute in Tschechien zu über 40 Prozent aus Kohle, fast genauso viel liefern die zwei Atomkraftwerke und der Rest sind Gas und Erneuerbare.



Die Bremsen bei Erneuerbaren lösen

Die Ursachen für den schleppenden Ausbau Erneuerbarer sind vielfältig und Thema des dritten Tages. Der Bau Erneuerbarer ist mit vielen bürokratischen Hürden konfrontiert. Windräder sucht man fast vergebens. Weit verbreitet ist die Annahme, in Tschechien wehe kein Wind und auch die Sonne scheine nicht so häufig.

Darüber kann Lukáš Minařík, Experte für Energie und Klimaschutz im tschechischen Umweltministerium, auf einem weiteren Podium im Verbindungsbüro nur müde lächeln. Eine Studie der Akademie der Wissenschaften hat ein Windpotenzial ergeben, das mit den südlichen Bundesländern Deutschlands vergleichbar ist. Bis 2040 könnte Tschechien seinen Energiebedarf zu fast einem Drittel allein aus Windkraft decken. Nötig wäre dazu eine starke gesellschaftliche Unterstützung, die es aber bisher nicht gibt. Neben fehlender staatlicher Unterstützung werden Neubauten durch die Ablehnung der Gemeinden blockiert. Doch die Energiekrise und der Krieg in der Ukraine führen zu einem Umdenken. Drei erste Windräder könnten in einer Gemeinde entstehen, die ein ähnliches Vorhaben noch vor vier Jahren abgelehnt hat.

Ähnlich, wenn auch etwas besser, ist die Situation bei der Photovoltaik. „Bis 2009 waren wir auf einem guten Weg, hatten in ganz Tschechien eine installierte Kapazität von 2 Gigawatt“, sagt Jan Krčmář von der Solar-Allianz. Doch dann kürzte der Staat massiv die Unterstützung. Dazu kommen ein veraltetes Verteilernetz und lang andauernde Genehmigungsverfahren.

Seit Beginn der Energiekrise entwickelte sich aber ein regelrechter Solarboom. Installationsfirmen melden einen Auftragsanstieg um das 26-fache. Der Boom könnte noch größer sein, meint Krčmář: „Aber es fehlt ein stabiles unternehmerisches Umfeld.“

Der Staat baue Barrieren nicht schnell genug ab. Dazu halten sich ähnlich wie beim Wind Narrative, die falsch sind und den Ausbau unnötig behindern. „Solar gehört aufs Dach“, ist so eine feste Überzeugung, die nur schwer zu brechen ist, sagt Krčmář, und erwähnt neue Trends wie Agriphotovoltaik, also die doppelte Flächennutzung von Landwirtschaft und Energieerzeugung durch Solaranlagen.

Kohlekraftwerk Počerady. Es ist eines der größten und zugleich schmutzigsten Kraftwerke Tschechiens.



Was kommt nach der Kohle?

Die aktuelle Regierung bereitet Erleichterungen vor. Dazu wird sie auch von der sich verändernden Energieerzeugung gezwungen. Denn Anfang der 2030er Jahre könnte es mit der tschechischen Energieautarkie vorbei sein. Bis 2033 möchte Tschechien aus der Kohle aussteigen. Doch bis dahin wird weder der neue Reaktorblock in Dukovany fertig sein, noch wird er ausreichen. Trotzdem strebt die Regierung wenig ambitioniert nur 20 Prozent Energie aus Erneuerbaren bis 2030 an. Stattdessen setzt sie auf kleine modulare Atomkraftwerke, deren Bau weniger aufwändig, schneller und günstiger zu machen sein soll als ein herkömmliches Atomkraftwerk. Doch diese Technologie steckt noch in den Kinderschuhen.

Sieht es bei der Versorgung mit Elektroenergie noch gut aus, hat Tschechien beim Erdgas ein echtes Problem. Das wird neben der Kohle zum Heizen und vor allem in der Industrie als Prozessenergie eingesetzt. Tschechien ist viel stärker von russischem Gas abhängig als Deutschland. Immerhin kann Tschechien in seiner EU-Ratspräsidentschaft führend europäische Lösungen voranbringen. Allerdings konnte sich Tschechien mit seinem Wunsch, Gas gemeinsam einzukaufen, nicht durchsetzen. Vorbild ist hier die gemeinsame Beschaffung von Impfstoffen in der Zeit der Covid-Pandemie. Dagegen forciert Tschechien den Bau der Gasleitung Stork nach Polen und hat sich ein Flüssiggasterminal in den Niederlanden gesichert. Auch die Gaslager sind gut gefüllt. Ein weiterer Pfeiler ist das Energiesparen. Bis Mitte Oktober sank der Gasverbrauch um die nötigen 15 Prozent. Die hohen Preise zwingen die Verbraucher zum Sparen.

Kontrastreiche Aufbruchstimmung am Ende des dritten Tages und am vierten Tag in Nordböhmen. Hier stand die Besichtigung des Kohlekraftwerks Počerady auf dem Programm. Es ist eines der größten und zugleich schmutzigsten Kraftwerke Tschechiens. Während hier eine private Kohlefirma noch einmal Millionen investiert, um den strengen europäischen Umweltnormen gerecht zu werden, treibt man andernorts bereits die Zeit nach der Kohle voran. So in der Kleinstadt Horní Jiřetín, das sich erfolgreich gegen das schon beschlossene Schicksal der Abaggerung gewehrt hat und auch dank ihres grünen Bürgermeisters Vladimír Buřt auf dem Weg zur Energieautarkie ist. Der benachbarte Tagebau, der das Städtchen einst schlucken sollte, wird 2024 stillgelegt und soll künftig auch Standort für erneuerbare Energieerzeuger wie Solarkraftwerke werden.



Teilnehmerin und Teilnehmer der Studienreise „Ist die Energiepolitik des Nachbarn grüner?“

Eine Wasserstoffregion meldet sich zu Wort

Nordböhmen als Energieregion halten – das ist das Stichwort, das auch in Ústí nad Labem bewegt. Hier wurde ein Wasserstoffcluster gegründet. Doch bevor die Windräder und Photovoltaikanlagen auf ehemaligen Abraumhalden und Tagebauen stehen, möchte Tschechien gern anderen Wasserstoff nutzen. In den Chemiewerken in Ústí und Litvínov entsteht Wasserstoff schon heute als Nebenprodukt. Damit könnten die Städte ihren Nahverkehr auf Wasserstoffantrieb umstellen. Die Projektanträge im Rahmen des EU-finanzierten Fonds „Gerechte Transformation“ liegen fertig in der Schublade. Aber es ist kein grüner, sondern grauer Wasserstoff, produziert

auf der Basis von Atomstrom. Damit ist nach den Regeln der Europäischen Kommission die Anschaffung der Wasserstoffbusflotte nicht förderwürdig.

Und, ist die Energiepolitik des Nachbarn nun grüner? Die Antwort der Teilnehmer war eher negativ. Aber der Erkenntnisgewinn war immens. Oder wie Petr Mervart, der Wasserstoffbeauftragte des Industrie- und Handelsministeriums, angesichts des Programms der Studienreise mit sichtlicher Bewunderung zu den Teilnehmern sagte: „Sie wissen jetzt mehr über unser Energiesystem als die tschechische Bevölkerung selbst.“



„Der Weg nach Europa bedeutet für uns Demokratie, Recht und Zukunft“

Von Doreen Reinhard

📌 Bei einer Diskussion im Dresdner Stadtmuseum geht es um die EU-Beitrittsgesuche der Ukraine, Georgiens und Moldaus. Welche Chancen haben diese Länder? Und welche Aufgaben sind noch zu bewältigen?

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine sorgt für Unruhe auf der ganzen Welt. Und verändert auch in der Europäischen Union die Dynamiken. Drei Länder haben kurz nach Kriegsbeginn ihren EU-Beitritt beantragt – die angegriffene Ukraine, außerdem Georgien und Moldau, die ebenfalls fürchten, Ziel von russischen Angriffen zu werden.

Die Erweiterung der EU ist ein komplexer Prozess, viele Kriterien müssen geprüft und erfüllt werden. Durch den Krieg hat sich die politische Realität schlagartig verändert. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der

Leyen sprach sich für einen raschen EU-Beitritt der Ukraine aus. Doch lässt sich das im Eiltempo bewältigen? Wie muss zwischen dem politischen Geforderten und dem juristisch Möglichen abgewogen werden? Darüber wurde am 3. Mai, bei einer Sonderveranstaltung der Reihe „Welche Zukunft hat Europa? – Gespräche zu 30 Jahren Europäische Union“, im Dresdner Stadtmuseum diskutiert. Die Veranstaltung ist eine Kooperation der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, der Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen, dem Zentrum für Internationale Studien und dem Institut für Internationales Recht der TU Dresden.

Friedensprojekt Europäischen Union

„Die große Idee der Europäischen Union ist, dass sie eine Friedensordnung schafft“, sagt Dominik Steiger, Inhaber des Lehrstuhls für Völkerrecht der TU Dresden, der den Abend moderiert. „Wir wollen uns anschauen, inwiefern die Ukraine, Moldau und Georgien Teil dieses Friedensprojekts werden können.“

Steiger geht kurz die vielfältigen Bedingungen durch, die für einen EU-Beitritt erfüllt sein müssen: politische und wirtschaftliche Kriterien sowie das sogenannte Acquis-Kriterium, wonach das gemeinschaftliche Recht der EU-Staaten übernommen werden muss. Sobald Beitrittsverhandlungen eröffnet sind, kann der Beitrittsprozess dauern, unterschiedlich lang, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen. Die Türkei sei bereits seit 17 Jahren EU-Beitrittskandidat, Finnland dagegen habe bis zum Abschluss des Prozesses nur drei Jahre gebraucht, sei aber schon vorher stark wirtschaftlich in europäischen Märkten integriert gewesen. „Juristische Grenzen müssen eingehalten werden, aber juristisch ist vieles möglich“, sagt Steiger. „Was politisch sinnvoll ist, auch das möchten wir diskutieren.“

Zur Debatte sind zwei Gäste geladen, die zunächst ihre Perspektiven schildern: Tim B. Peters, Leiter des Auslandsbüros Ukraine der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Maria Degtiarenko, Direktorin des Bayerischen Hauses in Odessa; sie ist kurz nach dem Kriegsausbruch aus ihrer Heimat nach Deutschland geflohen. Die Annäherung an die EU sei schon seit vielen Jahren das Ziel der Ukraine, sagt sie.

Degtiarenko erwähnt das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine. Und die Ablehnung einer Unterzeichnung des Abkommens unter der Regierung Janukowytsch im Jahr 2013 – ein Schritt, der in der Ukraine zu Protesten führte. „Der Weg nach Europa bedeutet für uns Demokratie, Recht und Zukunft“, sagt Maria Degtiarenko. Auch die Maidan-Proteste im Jahr 2014 seien Ausdruck des Bestrebens gewesen, nach europäischen Werten zu leben. „Diese Richtungsentscheidung provozierte Russland, das erst die Krim annektierte, dann begann, den Osten der Ukraine zu destabilisieren.“ Und schließlich im Februar einen vernichtenden Krieg in der Ukraine startete.

Trotz Problemen auf dem richtigen Weg

Maria Degtiarenko setzt sich differenziert mit Problemen auseinander, die in der Ukraine auf dem Weg in die EU noch gelöst werden müssen – etwa der Kampf gegen Korruption und gegen den Einfluss von Oligarchen. Sie erwähnt Bereiche, in denen es bereits Fortschritte gab, und, wo Reformen zuletzt ins Stocken kamen. Bei der Polizei zum Beispiel und im Verwaltungsapparat seien Reformen bereits gelungen. „Aber es gibt noch viel zu tun, etwa in der Justiz“, sagt Degtiarenko. Vor dem Kriegsausbruch hätten unter der Präsidentschaft von Wolodymyr Selenskyi „Reformfortschritte erheblich nachgelassen“.

Dennoch sieht Maria Degtiarenko die Ukraine auf einem richtigen Weg. „Uns Ukrainern ist bewusst, dass der EU-Beitritt ein langwieriger Prozess ist.“ Ob die Ukraine zu Europa gehört? Diese Frage sei für sie noch klarer beantwortet seit dem Beginn des Kriegs. „Putin hat den Angriff auf die Ukraine damit begründet, dass die Ukraine sich nach Westen orientiert“, sagt sie. „Die Ukrainer sehen ihre Zukunft im Westen. Das haben sie nicht nur mit den Protesten auf dem Maidan, sondern auch mit der tapferen Verteidigung im Krieg deutlich gemacht.“

Tim B. Peters, Leiter des Ukraine-Büros der KAS, analysiert die Lage ähnlich. Erklärungen für die russischen Aggressionen und Angriffe sieht er weniger in sicherheitspolitischen Fragen, etwa dem Argument der Nato-Osterweiterung. „Die eigentliche Bedrohung, die von der Ukraine für Russland immer ausging, war keine militärische Bedrohung, sondern eine politische“, sagt Peters. Russland sei immer noch von imperialem Herrschaftsdenken geprägt und habe sich durch das spürbare Drängen der Ukraine zum demokratischen, freiheitlichen Westen bedroht gefühlt. „Mit jedem Jahr hat sich die Ukraine weiterentwickelt, ist das Land europäischer geworden.“ Diese Entwicklungen im einstigen Bruderland hätten „auch in Russland Fragen auslösen“, das System dort ins Wanken bringen können. Russlands Reaktionen darauf seien auch gewesen: Unterdrückung von Demokratie im eigenen Land, eine Entwicklung zur Autokratie, inzwischen mit immer mehr diktatorischen Zügen. Auch Peters verweist auf die Reformfortschritte der Ukraine in den vergangenen Jahren und noch zu bewältigende Probleme. „Eine Justizreform fehlt noch, das Rechtssystem ist noch nicht reformiert“, sagt er. „Aber man muss sagen, dass im Großen und Ganzen die Richtung stimmt.“



Maria Degtiarenko: „Die Ukrainer sehen ihre Zukunft im Westen... Uns Ukrainern ist bewusst, dass der EU-Beitritt ein langwieriger Prozess ist.“



Tim B. Peters: „Die eigentliche Bedrohung, die von der Ukraine für Russland immer ausging, war keine militärische Bedrohung, sondern eine politische.“

Vorbilder Georgien und Moldau

Im Publikum gibt es eine rege Diskussion. Ein Mann wundert sich, warum viele im Westen vor Putins Regime nicht stärker gewarnt gewesen seien. Er erwähnt den Umgang mit Nawalny, Desinformationskampagnen durch Russland im Ausland und viele weitere Vorfälle. „Warum ist all das nicht gesehen worden?“ Maria Degtiarenko sagt: „Sie haben wichtige Punkte angesprochen, über die ich in den letzten zwei Monaten immer wieder nachdenken muss.“ Sie sagt auch, dass sie den russischen Angriffskrieg vor dem 24. Februar selbst nicht für möglich gehalten habe. Tim B. Peters stimmt den Einschätzungen des Manns zu. „Es gab viele Warnungen, besonders von anderen osteuropäischen Ländern.“ Was die Entwicklung Russlands in den vergangenen Jahren angeht, sieht er nicht nur die Linie der Regierung, auch Prägungen in der Bevölkerung als wesentlich. „Offensichtlich gibt es nach wie große imperiale Gefühle in großen Teilen der Gesellschaft.“ Bitter sei, dass Russland sich abgekoppelt habe von Entwicklungen in den ehemaligen Bruderländern. „Die Tragik ist, dass Russland es nicht geschafft hat, einen Wandel durchzuführen in eine Art Commonwealth of Nations.“

Ein Zuschauer will wissen, wie die Experten die Lage für Georgien und Moldau einschätzen. Beide Länder seien ebenso auf dem Reformweg in Richtung EU, sagt Maria Degtiarenko. Die Ukraine habe von beiden Ländern viel gelernt, „sie waren auch ein Vorbild“. Eine Frau fragt nach möglichen Auswegen aus dem Krieg: „Es gibt ja auch den Gedanken, dass die Ukraine ein neutrales Land werden soll. Ist das eine Option oder eine Illusion?“ Tim B. Peters ist, was diesen Aspekt angeht, skeptisch. „Die Frage ist, was mit Neutralität gemeint ist. Wenn damit gemeint ist, demilitarisiert, dann ist die Frage illusorisch. Denn kein Ukrainer wird die Gefahr in Kauf nehmen, wehrlos einem erneuten russischen Angriff gegenüberzustehen.“

Beitrittsperspektive beschleunigt Reformen

Zum Schluss bleibt die Frage: Wie wird es mit der Ukraine und einem EU-Beitritt weitergehen? Schnell wird dieser Prozess nicht abgeschlossen sein, darin sind sich beide einig. „Wir sind ein starkes Volk und haben viel Unterstützung“, sagt Maria Degtiarenko. Sie geht davon aus, dass die Ukraine in fünf Jahren noch kein vollständiges EU-Mitglied sein wird, „aber in einem starken Bündnis“ mit EU-Ländern.

Die Beitrittsperspektive für die Ukraine sei „ein Katalysator, das kann den Reformprozess beschleunigen“, sagt Tim B. Peters. Auch er glaubt nicht, dass die Ukraine bald EU-Mitglied sein wird, aber es sei wichtig, „dass wir den Ukrainern dieses Ziel geben“. Die Menschen in der Ukraine müssten gestärkt werden, „denn sie verteidigen nicht nur ihre, sondern auch unsere Freiheit“.

Eine schnelle Lösung ist nicht in Sicht

Rückblick auf ein Webinar zum deutsch-russischen Verhältnis im Licht der Ukraine-Krise



Von Michael Bartsch

Die Verbindungsstörungen während des Online-Webinars der Landeszentrale am 25. Januar erschienen wie passend zum Thema inszeniert. „Wie spricht man mit dem Kreml?“ fragte Moderator Oliver Reinhard von der Sächsischen Zeitung seine beiden Gäste, die aber zeitweise vom Bildschirm verschwunden und gar nicht ansprechbar waren.

Assoziationen zur gegenwärtig angespannten Lage um die Ukraine und im schwierigen diplomatischen Umgang drängten sich geradezu auf. Man könnte aus der schließlichen Stabilisierung der Übertragung aber ebenso einen optimistischen symbolischen Schluss ziehen: Manchmal hilft es, sich neu einzuloggen!

Um es vorwegzunehmen: So optimistisch verabschiedeten sich die beiden Kenner der Verhältnisse nach knapp zwei Stunden nicht von ihren etwa 30 Zuhörern und Chatpartnern. „Der Grundkonflikt wird in absehbarer Zeit nicht gelöst werden“, meinte Sarah Pagung von der Deutschen Stiftung für Auswärtige Politik.

Sie promoviert derzeit zu den deutsch-russischen Beziehungen. Ihr Gesprächspartner war Dr. Janis Kluge von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Ebenfalls ein Russland-Kenner, der sich speziell mit den Eliten, der Wirtschaft des riesigen Landes und den Wirkungen von Sanktionen befasst hat. Auch er erwartet insgesamt wenig Friedfertigkeit in naher Zukunft, aber auch keine akute Kriegsgefahr.



Ursachen der Eskalation

Schon die Einführung von Moderator Reinhard nahm den Tenor der ansonsten rational und ohne jede Polemik geführten Diskussion vorweg: Als vor Jahresfrist im gleichen Rahmen schon einmal über die Gaspipeline Nordstream 2 debattiert wurde, ahnte niemand, dass es noch schlimmer kommen würde. Nur wenige Stichworte genügen zur Veranschaulichung: Der Aufmarsch von hunderttausend russischen Soldaten an der ukrainischen Grenze, Manöver in Belarus, aber auch erhöhte Alarmbereitschaft bei der 40 000 Mann starken schnellen Eingreiftruppe der NATO. Dazu verschärfte Repressionen gegen die Opposition und Menschenrechtsorganisationen in Russland, zuletzt die im November verfügte Auflösung von „Memorial“. Das alles vor dem Hintergrund stagnierender Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung.

Beide Fachleute, nach Ursachen für diese Verschlechterung befragt, boten eingangs Erklärungen an. Sarah Pagung formulierte vier Ziele der Kreml-Strategie. Moskau versuche eine politische Kontrolle der Ukraine seit der Krim-Annexion 2014 insbesondere über pro-russische

Netzwerke und über das Minsker Abkommen, die aber immer weniger funktioniere. Schon 2014 vorgesehene Wahlen im Donbass sollten den Autonomiestatus des Gebietes und damit den russischen Einfluss festigen. Den Versuch, auch militärische Kontrolle zu erlangen, ordnet die Politikwissenschaftlerin in das allgemeine Bestreben Russlands ein, seine Verteidigungslinien möglichst weit weg von den eigenen Staatsgrenzen zu halten. Im Lauf der Diskussion kam dann wiederholt der Hinweis, dass eine verstärkte Westbindung der Ukraine ja auch direkte Konfrontation an der Grenze bedeutet.

Als dritte Konfliktursache benennt Sarah Pagung den Widerspruch zwischen der von Russland angestrebten abgestuften Souveränität solcher Pufferzonen und der westlichen Sicherheitsordnung. Die kennt nur gleiche Souveränitäten der Bündnismitglieder. Schließlich gehe es Russland auch darum, den amerikanischen Einfluss in Europa, insbesondere in den östlichen NATO-Mitgliedsstaaten zurückzudrängen. Ein Ende der nuklearen Teilhabe beispielsweise würde die europäische Position wesentlich schwächen.

Deutschland eher in Nebenrolle

Globaler betrachtet, konstatiert Sarah Pagung leider eine Erosion kollektiver Sicherheitsabkommen, das Scheitern von Bemühungen gar um eine übergreifende Sicherheitsordnung nach dem vermeintlichen Ende der Systemkonfrontation 1990. Ein Vorwurf an beide Seiten. Die russische Seite hat die europäische Sicherheits- und Zusammenarbeitskonferenz OSZE immer weiter marginalisiert, die US-Amerikaner traten aus dem ABM-Rüstungskontrollvertrag aus.

„Russland ist grundlegend mit dem Status Quo in Europa unzufrieden“, stellt auch Janis Kluge fest. Seine Änderungsbemühungen, auch das Unverständnis Russlands gegenüber ukrainischen Souveränitätsbemühungen, habe der Westen zu lange nicht ernst genommen. Jetzt werde er dazu gezwungen. Kluge sprach von einer „bewussten Drohkulisse“ Russlands. Im Dreieck der Weltmächte verliere aber Europa und

insbesondere Deutschland immer mehr an Gewicht in der Auseinandersetzung. „Russland will mit den USA reden, sonst mit niemandem!“

Wüchse Deutschland damit nicht eine Moderatorenrolle zu, wollte ein Chatteilnehmer wissen? Schwierig als Bündnismitglied, aber Janis Kluge fand den Auftritt der neuen Bundesaußenministerin Annalena Baerbock zwischen Festigkeit und Diplomatie gegenüber ihrem Kollegen Lawrow ganz sehenswert. Der Wirtschaftswissenschaftler blickte zurück, dass sich die nicht bedrohte Bundesrepublik über Jahrzehnte an einen „friedlichen und wunderbaren Zustand“ gewöhnt habe, in dem statt des Militärs der Handel dominiere und das Recht des Stärkeren nicht gelte. Für das äußerten übrigens Zuhörer vereinzelt Verständnis, wenn sie „Einkreisungsängste“ der Russen und ihrer Führung ansprachen.



Weder Landesteilung noch heißer Krieg drohen

Die Lage und insbesondere die Stimmung in der Ukraine rückte im Lauf der Diskussion zunehmend in den Mittelpunkt. Die Bevölkerung dort reagiere sehr sensibel auf Kompromisse zwischen Russland und dem Westen, prophezeite Janis Kluge. „Wenn die Hoffnung auf einen Weg in den Westen stirbt, könnte in der Ukraine die Bereitschaft zu einer militärischen Lösung wachsen!“ Deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine hätte Sarah Pagung dabei für richtig gehalten. Deutschland werde jetzt als „unsicherer Kantonist“ angesehen. Es sei unsere Pflicht, „den Angriff eines stärkeren Staates auf einen schwächeren zu verhindern“, meinte die Russland-Expertin.

Auch sonst gut Informierte mögen überrascht gewesen sein über Beobachtungen der Stimmungslage in der Ostukraine, die in Medien kaum zu vernehmen sind. Die russische Trojanerpolitik dort sei fehlgeschlagen, es herrsche nicht mehr der Geist von 2014. „Die Russlandnähe ist bei vielen ausgelöscht“, diagnostizierte Janis Kluge, russische Kandidaten erreichten bei Wahlen kaum noch zehn Prozent, während Präsident Wolodymyr Selenskyj in allen Landesteilen gewählt wurde. Eine von Webinarpartnern angefragte Teilung der Ukraine sei überhaupt keine Option, bekräftigten beide Kenner der Verhältnisse.

Die häufig wiederkehrende Frage nach einem akut drohenden russischen Einmarsch verneinten beide auch in weitgehender Übereinstimmung. Der Georgienkrieg von 2008 könne nicht als Menetekel gewertet werden. Eine Invasion sei unwahrscheinlich, Russland profitiere letztlich nicht davon und werde sich keinen

absehbaren langen Partisanenkrieg leisten wollen. Auch in der russischen Bevölkerung gebe es Angst vor einem Krieg. Russland werde „hoffentlich die Grenzen des eigenen Systems erkennen“. Janis Kluge fürchtet jedenfalls nicht wirklich eine Rückkehr zur Sowjetunion, zum Sowjetimperialismus. Und er glaubt erst recht nicht, dass die westlichen Staaten wegen der Ukraine gegen Russland in den Krieg ziehen würden. Mit Destabilisierungs-, ja Sabotageversuchen gegen die Ukraine sei aber weiterhin zu rechnen. Cyberangriffe haben signifikant zugenommen.

Wenn es einen Funken Hoffnung gab, dann weniger auf die seit 2014 möglichen Quartettbegegnungen im so genannten Normandie-Format. Wie schon eingangs konstatiert, hat die Bundesrepublik bei substanziellen Verhandlungen nicht viel zu sagen. Vielmehr klangen bei Teilnehmern erneut die sich hartnäckig und über Kriege und Jahrhunderte hinweg haltenden russisch-deutschen Verbindungen, ja gegenseitigen Wertschätzungen an. Ungeachtet des russischen Verbots von drei Nichtregierungsorganisationen des deutsch-russischen Austauschs im Mai 2021 und über Nordstream 2 hinausgehend. Von Andeutungen einer neuen deutsch-russischen Achse aber könnten sich wiederum die baltischen Staaten nach übler Geschichtserfahrung verunsichert fühlen, gab Sarah Pagung zu bedenken.



Der russische Krieg gegen die Ukraine ist auch ein Angriff auf Demokratie und Freiheit. Friedensdemonstration am 1. März 2022 in Görlitz. Foto: IMAGO / Andre Lenthe

Und plötzlich ist Krieg

Von Doreen Reinhard

📌 Auch Kinder und Jugendliche besorgt der Kriegsausbruch in der Ukraine. Wie geht man damit an Schulen um? Darüber wurde bei einer kurzfristig anberaumten Online-Veranstaltung des Dialogforums „Was.Schule.bewegt“ mit viel Resonanz diskutiert.

Der Krieg in der Ukraine erschüttert viele Menschen. Nicht nur Erwachsene, auch Kinder und Jugendliche haben Sorgen und Ängste. Wie soll man damit an Schulen umgehen? Wie dieses Thema aufgreifen und diskutieren? Die Gestaltung von Gesprächssituationen, die Einordnung von Fakten und Quellen, der Umgang mit Emotionen, all das sind besondere Herausforderungen für das Personal an Schulen. Um einen ersten Austausch zur akuten Krisensituation,

die der Krieg ausgelöst hat, zu schaffen, hat die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung am 3. März zu einer digitalen Debatte unter dem Titel „In der Schule über den Krieg reden“ geladen. Es ist eine kurzfristig anberaumte Sonderveranstaltung im Rahmen des Dialogforums „Was.Schule.bewegt“, in Zusammenarbeit mit der Schulstiftung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung.

Angst dominiert

Das Interesse an der Veranstaltung ist groß. Etwa 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind bei der der Zoom-Konferenz dabei, ein großer Teil ist aus Sachsen zugeschaltet, aber es gibt auch allerhand Beteiligung aus anderen Bundesländern. Viele Lehrerinnen und Lehrer sind darunter, außerdem Fachkräfte aus anderen pädagogischen Bereichen, alle suchen Rat und Unterstützung. „Es ist uns sehr wichtig gewesen, sehr schnell auf das Thema zu reagieren und ein Angebot zu schaffen“, sagt Heike Nothnagel, Moderatorin und Referentin der Landeszentrale. Zu Beginn sollen die Teilnehmer Fragen beantworten, auch diese: Welche Gefühle verbinden Sie mit Krieg? Es sind viele Worte, die bei den Antworten auftauchen, am häufigsten dieses: Angst.

In der Runde sind auch fünf Expertinnen und Experten zugeschaltet, die zunächst kurze Impulse geben. Als klar wurde, dass Russland in die Ukraine einmarschiert, habe sie gedacht, dass man sofort Gesprächsangebote schaffen müsse, sagt Professorin Anja Besand, Erziehungswissenschaftlerin mit Schwerpunkt Didaktik der politischen Bildung an der TU Dresden.

Bei anderen Krisenlagen, den Angriffen am 11. September 2001 in der USA zum Beispiel, hatte sie das Gefühl, das dauere zu lang. „Man musste sich erst für Fragen wappnen, die einem womöglich in einer Bildungssituation begegnen“, sagt Besand. „Aber wir brauchen nicht unbedingt einen Wissensvorsprung, wir müssen sofort zur Verfügung stehen.“

Altersgemäß Propaganda und Fake News einordnen

Politische Bildung sei auch im Kontext von Schulen wichtig, sagt Professor Stefan Garsztecki, Politikwissenschaftler, spezialisiert auf Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas an der TU Chemnitz. Man müsse auch an Schulen informieren, Propaganda und Fake News einordnen, gemäß der Altersstufe der Schüler.

Johanna Fabel ist Studienleiterin Religionspädagogik am Theologisch-Pädagogischen Institut Moritzburg,

ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist Seelsorge bei Kindern und Jugendlichen. Die würde sie zunächst fragen: Was beschäftigt euch? Beim Thema Krieg, ströme ein „unglaubliches Durcheinander an Bildern“ auf Kinder ein. Man könne dabei helfen, einzuordnen, Emotionen zu kanalisieren. Das Ziel sei vor allem zuzuhören, nicht unbedingt alles zu wissen. „Es gibt nicht immer Antworten“, sagt sie, „aber sich gemeinsam auf die Suche begeben ist gut.“

„Frieden beginnt vor allem in uns selbst.“

Genia Loose, Systemische Beraterin, geht darauf ein, dass die seelische Belastung vieler Menschen, auch der Jüngeren, bereits durch andere Probleme groß sei, durch die Corona-Pandemie, die Klimakrise. Nun ist auch noch ein Krieg ausgebrochen. „Unsere psychische und emotionale Stabilitätstoleranz ist strapaziert“, sagt sie. Man sollte sich in der aktuellen Lage bei seriösen Quellen informieren, aber mit der Frage im Hinterkopf: Wie viel Medienkonsum tut mir gut? Und wie geht es im eigenen Leben weiter? Darf man jetzt noch Momente

des Glücks genießen, wenn woanders Menschen leiden? „Frieden beginnt vor allem in uns selbst. Das mag pathetisch klingen, aber wir können viel in uns selbst tun“, sagt Loose. „In unseren Beziehungen entsteht die kleinstmögliche Zelle von Friedensarbeit.“ An Schulen ansprechbar zu sein für all diese Problemlagen, das sei gerade jetzt wichtig, sagt Michaela Bausch, Koordinatorin für politische Bildung am Landesamt für Schule und Bildung Sachsen. „Betrachten Sie uns als Verbündete im Schulamt“, appelliert sie an die Pädagogen.

Ansprechbarkeit signalisieren

Danach werden Gruppen gebildet, für einen Austausch im kleineren Kreis. In einer dieser Gruppen fragt sich ein Grundschullehrer: Soll er den Krieg selbst thematisieren oder abwarten, ob die Schüler ihn darauf ansprechen? Eine klare Antwort gibt es in der Runde nicht, aber Einigkeit, behutsam mit dem Thema umzugehen.

Manche wollen lieber Reaktionen der Schüler abwarten, andere den Krieg vor ihren Klassen thematisieren, um Ansprechbarkeit zu signalisieren. „Mein Impuls wäre, erst mal zu fragen, was die Kinder wissen. Und zu fragen, welche Ängste sie haben“, sagt eine Lehrerin.

Um diesen Punkt geht es auch noch einmal in der großen Runde, als die Zuschauer mit den Experten diskutieren. Genia Loose rät, vorsichtig mit dem Thema umzugehen, darauf zu achten, ob Kinder über den Krieg sprechen wollen oder nicht. „Man kann vielleicht über eine anonyme Umfrage herausfinden, wer sich mit was beteiligen möchte“, sagt sie. „Und darauf achten, wo persönliche Grenzen sind.“

Das sieht Johanna Fabel ähnlich. Schüler wüssten auch selbst, wann sie etwas sagen wollen und, wann nicht. Man sollte niemanden zum Reden zwingen. „Besser schauen, was gibt es für Ideen. Und wenn es erst mal keine gibt, dann ist das auch okay.“

LESESTOFF: OLYMPIA VORBEI – WIE GEHT ES BEI DENISE HERRMANN WEITER? SPORT

Sächsische Zeitung

Was ist mein Haus wert? Ein Immobilienüberblick Seite 21

DRESDENS MEISTGELESENE TAGESZEITUNG, GEGRÜNDET 1946.



Russland überfällt die Ukraine

Putin löst weltweit Entsetzen aus +++ EU reagiert mit Sanktionen +++ Nato aktiviert ihre Verteidigungspläne

KernMedien: Nur einer groß angelegten Militäroperation, sagte die Ukraine. Die russische Armee hat sich in der Nacht zum Sonntag in mehreren Bereichen in Richtung ukrainischer Grenze voranbewegt. In der Ukraine sind die Streitkräfte in Alarmbereitschaft. Die ukrainische Regierung hat die diplomatischen Beziehungen zu Russland abgebrochen und die Nato um Unterstützung gebittet. Die Nato hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Verteidigungspläne zu aktivieren. Die Nato hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Verteidigungspläne zu aktivieren.

Die Nato aktiviert die Verteidigungspläne. Die Nato hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Verteidigungspläne zu aktivieren. Die Nato hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Verteidigungspläne zu aktivieren.

Die Nato aktiviert die Verteidigungspläne. Die Nato hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Verteidigungspläne zu aktivieren. Die Nato hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Verteidigungspläne zu aktivieren.

Dies ist ganz allein Putins Krieg

Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin.

Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin.

CHEMNITZER ZEITUNG

Krieg in Europa



LEITARTIKEL
Nur Putin weiß, wo Schluss ist

Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin.

Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin.

an Börsen

Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin.

mit gestiegenen Preisen

Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin.

Überfall auf die Ukraine – so berichtet heute die SZ

- 1. Die Ukraine ist von Russland überfallen worden.
- 2. Die Nato hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Verteidigungspläne zu aktivieren.
- 3. Die Nato hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Verteidigungspläne zu aktivieren.
- 4. Die Nato hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Verteidigungspläne zu aktivieren.

ACHES DAS GIBT'S

Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin.

Corona-Impfstoff Novavax ab Montag

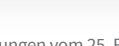
Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin.

ENTWERTEN

Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin.

LOWE'S BILDEN

Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin.



Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei Putin.



Symbolische Handlungen können helfen

Eine Lehrerin will wissen, wie man den Krieg mit Schülern „auf der Sinnebene“ verarbeiten kann. Es komme darauf an, wie alt die Kinder sind, sagt Johanna Fabel. Mit älteren Schülern könne man sich der Sinnfrage über Textarbeit, Informationen zu Hintergründen des Kriegs nähern, mit jüngeren Kindern eher über Geschichten. „Und symbolische Handlungen können etwas Starkes sein, dafür muss man nicht religiös sein. Man kann zum Beispiel eine Kerze anzünden oder Bilder malen.“

Eine andere Zuschauerin sagt, sie sei oft mit typischen kindlichen Fragen konfrontiert: Was ist Krieg? Wer ist gut? Wer ist böse? Wie soll man darauf reagieren? Anja Besand rät, solchen Fragen aufrichtig zu begegnen. Sie erinnert sich an ihre eigene Kindheit, in Zeiten des Kalten Kriegs. Sie hatte damals Angst vor einer atomaren

Bedrohung. „Ich hatte einen roten Knopf vor Augen und Panik, dass jemand aus Versehen draufkommt, versehentlich durch Stolpern zum Beispiel“, sagt sie. „Es hätte mir damals geholfen, wenn man es mir richtig erklärt hätte.“ Besand empfiehlt, „aufrichtig zu versuchen, Fragen zu beantworten, zu kontextualisieren, Informationen zu vervollständigen“.

Den Krieg thematisieren – wie kann man dabei die eigene Haltung und die professionelle Haltung als Lehrkraft voneinander trennen? Auch das ist eine Frage, die etliche Lehrer in der Runde beschäftigt. „Man darf natürlich auch eine Position beziehen, aber man muss es klar machen“, sagt Politikwissenschaftler Stefan Garsztecki. „So wie man es auch von seriösen Medien kennt. Man muss Kommentar und Bericht trennen.“

Ein erster Austausch und Anregungen

Es bleiben noch viele offene Fragen. Wie sollte es anders sein bei einem plötzlichen Kriegsausbruch, der viele schockiert. Niemand weiß, wie die Lage sich entwickelt. Als Zusatz zur Debatte ist eine Sammlung mit vielen Materialien entstanden, die über ein Tool mit Kollegen und Kolleginnen geteilt werden können –

von Dossiers über den Ukraine-Krieg bis zur „Sendung mit der Maus“, in der die aktuelle Lage kindgerecht erklärt wird. Die Resonanz am Ende der Konferenz ist durchweg positiv. Viele bedanken sich für diesen ersten Austausch und die Anregungen für die Arbeit an Schulen.



Putin scheitert an überzogenen Ambitionen

Von Manfred Quiring

► Russland-Experte Manfred Quiring ist sich sicher: Wie die Sowjetunion wird das System Putin an einem „Imperial Overstretch“ zugrunde gehen. Die Diskrepanz zwischen Weltmachtambitionen und der tatsächlichen Leistungsfähigkeit ist einfach zu groß.

„Es ist ein Krieg des Guten gegen das Böse! Der russische Soldat ist heute ein Krieger des Lichts, der für die Bewahrung der Orthodoxie und Russlands kämpft. Er ist ein Kämpfer des himmlischen Heeres!“ Mit diesen Worten verklärt die russisch-orthodoxe Militärgestaltlichkeit auf ihrer Website den Charakter der „Spezialoperation“ in der Ukraine, den die orthodoxe Kirche entgegen der üblichen Sprachregelung schon „Krieg“ nennen darf.

Heute, so heißt es in einem Video, „kämpfen in der Ukraine infernale Kräfte gegen die Orthodoxie und die russischen Soldaten. Es sind Fälle von offenem Satanismus in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte bekannt. Sogar Opferdarbringungen sind unter den radikalsten Nazis verbreitet.“ (Wojennoje duchowenstwo, 17.4.2022: Wird die Spezialoperation zu einem heiligen Krieg? pobeda.ru/k-prosmotru.html.)

Mit diesem verlogenen Video übertrumpft die russische Orthodoxie sogar die an Falschmeldungen und verdrehten Interpretationen reiche russische Propaganda. Sie erweist sich in einer für den Kreml höchst brisanten Situation als zuverlässige Stütze des Putin-Staates. Das ist nicht verwunderlich. Das Oberhaupt der Kirche, Patriarch Kyrill I., bürgerlich Wladimir Gundjajew, war aktiver Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes KGB. Das verbindet ihn mit dem Ex-Geheimdienstoffizier Wladimir Putin.

◀ Russlands Angriff auf die Ukraine ist für Moskaus Patriarch Kirill ein Kampf gegen „äußere dunkle und böse Kräfte“, einen „metaphysischen Krieg“ gegen „Antichristen“. In historischer Tradition steht die Kirche an der Seite des Staates und rechtfertigt unzählige Opfer. „Die Besiegten. Requiem für die Toten“, 1878-79 von Vasilii Vasilievich Vereshchagin

Großmacht oder gar nicht

Für das Putin-Regime ist der Krieg gegen die Ukraine, der bereits 2014 mit der Annexion der Krim und der de Facto-Besetzung von Teilen der Ostukraine begann, Teil eines größeren Projekts, bei dem jede helfende Hand gebraucht wird. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und den schwierigen 1990er Jahren arbeitete Präsident Wladimir Putin seit seiner Amtseinführung im Jahr 2000 daran, den einstigen Großmachtstatus der UdSSR für die Russische Föderation zurückzugewinnen. Dabei sieht er sich historisch im Recht. Denn: Russland existiert entweder als Großmacht oder gar nicht. Dieses Postulat, das aus dem 19. Jahrhundert stammt, zieht sich seit der Zeit der russischen Zaren durch die Geschichte des Landes und nistet in den Köpfen seiner Bewohner.

2006 ließ Putin die „russische Welt“ erfinden. Zunächst als geografisch-kultureller Raum gedacht, in dem russischsprachige Menschen leben, wurde daraus sehr schnell ein Vehikel, großrussische Ambitionen zu transportieren.

Heute versteht Moskau sich als „Verteidiger“ all jener Menschen weltweit, die die russische Sprache sprechen und denen man gegebenenfalls zur Hilfe eilen wird. Wie zum Beispiel im ukrainischen Donbass. Damit nicht genug, hat sich Putin zum Bewahrer der Orthodoxie und der großen menschlichen Werte aufgeschwungen, die – so die Lehre von der historischen Mission Russlands – vom „kollektiven Westen“ schmäählich verraten worden sind.

Ganz allein gegen die Welt

Die russischen Sicherheitsdoktrin vom Juli 2021 warnt, im Westen würden „persönliche Freiheiten verabsolutiert“. Dort walte „eine aktive Propaganda der Freizügigkeit, der Sittenlosigkeit und des Egoismus; es wird ein Kult der Gewalt, des Konsums und des Vergnügens durchgesetzt; es wird der Konsum von Drogen legalisiert und eine Gesellschaft gebildet, die den natürlichen Lebenszyklus [gemeint ist die Vater-Mutter-Kinder-Familie – d. Autor] negiert.“ Dem Dokument zufolge wachse dadurch der Druck des Westens auf Russland – und damit die Gefahr einer Spaltung der russischen Gesellschaft.

Hauptkonkurrent waren in der Zeit des Kalten Krieges die USA, sie sind es heute aus Kreml-Sicht immer

noch. Unter diesem Blickwinkel gerät der von Putin am 24. Februar völlig grundlos vom Zaun gebrochene Krieg gegen die Ukraine in den Köpfen der russischen Führungsclique zu einem Stellvertreterkrieg der Vereinigten Staaten auf ukrainischem Territorium.

Damit wird auch erklärt, warum es mit dem Erreichen der anfangs proklamierten Kriegsziele – Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine – bis zum 9. Mai 2022, dem Tag des Sieges gegen Hitlerdeutschland, nicht geklappt hat. Und wieder, so besagt ein neuer, jüngst aus der Taufe gehobener Mythos, kämpfe Russland, wie schon im Großen Vaterländischen Krieg, „ganz allein gegen die Welt“.



Der Traum vom Großmachtstatus im Moskauer Straßenbild

Die Säulen der Macht

Putins Herrschaft stützt sich – neben der russisch-orthodoxen Kirche – auf die sogenannte Vertikale der Macht. Ein Machtsystem, in dem demokratische Institutionen nur noch der Form halber existieren, ein System, in dem es weder Gewaltenteilung, eine unabhängige Justiz noch freie Medien gibt und Opposition zum Straftatbestand wurde. Es ruht auf mehreren Säulen.

Das Rückgrat des Systems bilden die russischen Geheimdienste, deren Führungspersonal seinen Aufstieg mehrheitlich der gemeinsamen Zeit mit Putin in Leningrad/St. Petersburg verdankt. Sie hatten schon damals den Ruf, nützlich und loyal zu sein und über weitverzweigte Mafiakontakte zu verfügen. Sie bilden heute die neue herrschende Klasse in Russland. Präsident Putin gebietet über mehrere Geheim- und Sicherheitsdienste. Dies sind die wichtigsten:

Der Föderale Sicherheitsdienst (FSB) untersteht direkt dem Präsidenten, die operative Leitung obliegt seit 2008 dem FSB-Direktor Alexander Bortnikow. Die Zahl seiner Untergebenen wird auf rund 350.000 geschätzt. Der Dienst für Auslandsaufklärung (SWR) ist ausschließlich im Ausland aktiv und befasst sich mit politischer, Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage. Der Föderale Wachdienst der Russischen Föderation (FSO) ist für die Sicherheit des staatlichen Führungspersonals zuständig. Die GRU - Hauptverwaltung Aufklärung des Generalstabs der russischen Streitkräfte – betreibt Militärschonung. Zu seinem Repertoire gehören Mordkomplote, verdeckte Militäreinsätze, Hackerangriffe und Einmischung in Wahlen.

Die zweite Stütze wird von den Chefs der Staatsunternehmen wie Rosneft (Erdöl), Gazprom (Erdgas), Sberbank (Finanzen), Rostec (Dachorganisation der russischen Hightech-Industrie) und dem Transportmonopolisten Russische Bahnen (RZD) gebildet. Die umfangreichen Sanktionen des Westens dürften ihre Handlungsfähigkeit und damit ihre Möglichkeiten, Putins Staat zu erhalten, in naher Zukunft erheblich einschränken.

Dritte Stütze: Putins Petersburger Buddies, die sich zu Beginn der 1990er Jahre in der Datschen-Kooperative „Osero“ (Der See) zusammengefunden hatten. Heute sind diese Männer Millionäre oder, wie Jurij Kowaltschuk, der Erdölhändler Timtschenko und die Rotenberg-Brüder, Milliardäre. Sie wissen, wem sie den kometenhaften Aufstieg verdanken und sind entsprechend loyal gegenüber ihrem Präsidenten, dem sie u.a. Luxusanwesen finanzieren.

Eine weitere Stütze sind die Offshore-Banken, bei denen Freunde des Präsidenten Konten halten und Gelder weiterleiten. Als die Panama-Papers einen Zipfel dieser finanziellen Halbwelt lüfteten, standen auch Putinvertraute wie der Cellist Roldugin, über dessen Konten Milliarden Dollar geflossen waren, im Tageslicht. Und schließlich darf die Armee, angeführt von Verteidigungsminister Sergej Schoigu, nicht vergessen werden. Sie gilt als höchst loyal, dem Kremelchef ergeben. Sie erlebt allerdings in der Ukraine ein so nicht erwartetes Fiasko. Die superreichen Oligarchen existieren noch, sind im Kreml als Finanziere willkommen, haben aber kaum Einfluss auf das Geschehen.



„Moskau City“. In Sichtweite des Kreml residieren zahlreiche Staatsunternehmen

Aggressivität nach außen

Gestützt auf dieses innere Gerüst ergebener Strukturen, versuchte Putin mit zunehmender Aggressivität die Rolle Russlands als Großmacht zurückzugewinnen. Hinderlich waren dabei die zunächst sehr intensiven Beziehungen zu westlichen Ländern. Sie wurden in der Anfangsphase seiner Regentschaft aus ökonomischen Gründen dringend gebraucht. Die Handelsbeziehungen entwickelten sich, das Verhältnis zur Nato war entspannt. Es gab einen regen Austausch in Wissenschaft, Kultur und zwischen nichtstaatlichen Organisationen.

Der Kreml sah darin schon bald eine Gefahr für die innere Entwicklung Russlands. Er fürchtete, ihm könnte die Kontrolle über das Land entgleiten, das er an der kurzen Leine der „gelenkten“ oder auch „souveränen“ Demokratie zu beherrschen gedachte. Die westlichen Demokratien wurden nach und nach zu Feinden aufgebaut, gegen die man sich wehren müsse. Zunehmende Restriktionen im Inland hielt oppositionelle Kräfte klein und vernichteten sie schließlich nahezu völlig.

Die Abkehr vom Westen, die spätestens mit der Rede Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 offenkundig wurde, war keineswegs – wie die Putinclique bis heute behauptet – eine Folge „unfreundlicher“ Handlungen der westlichen Staaten. Vielmehr sah sich das Putin-System, siehe Sicherheitsdoktrin, allein durch die Existenz einer alternativen Gesellschaft bedroht. Nicht weniger wichtig: in Kooperation mit den Europäern und den Amerikanern würde Moskau nie das erreichen, was es eigentlich wollte, nämlich die Zurückgewinnung russisch-sowjetischer Einflusszonen und einen Platz auf dem Thron zumindest in Europa. Dort saßen die Amerikaner allein, beklagte sich Putin 2016 in einem Interview mit der BILD-Zeitung. Und weil sie dort allein saßen, gebe es die ganzen Probleme. Mit anderen Worten - lasst uns mit auf den Thron, und es gibt Ruhe.

Auf der Suche nach Einflussphären

Das hieße, dass man Moskau seine Einflussphären aus sowjetischer Zeit zugestehen, die Osteuropäer und die ehemaligen Sowjetrepubliken erneut unter Moskauer Kuratel stellen müsste. Was das Ende ihrer nach dem Ende der Sowjetunion gerade erst erlangten Souveränität bedeutet hätte. Diese Vorstellung wurde zu Recht zurückgewiesen. Moskau reagierte höchst verärgert und wandte sich ab 2012 China zu, bis heute mit zweifelhaftem Erfolg. Die Chinesen, die selbst eigene Ambitionen verfolgen, betrachten Russland vor allem als Rohstofflieferanten. Beim Aufbau einer chinesischen Hightech-Industrie kann Moskau nicht behilflich sein, dafür braucht es die Amerikaner.

Moskaus Weg in den aktuellen Krieg in der Ukraine war von Ereignissen begleitet, die als Warnzeichen hätten

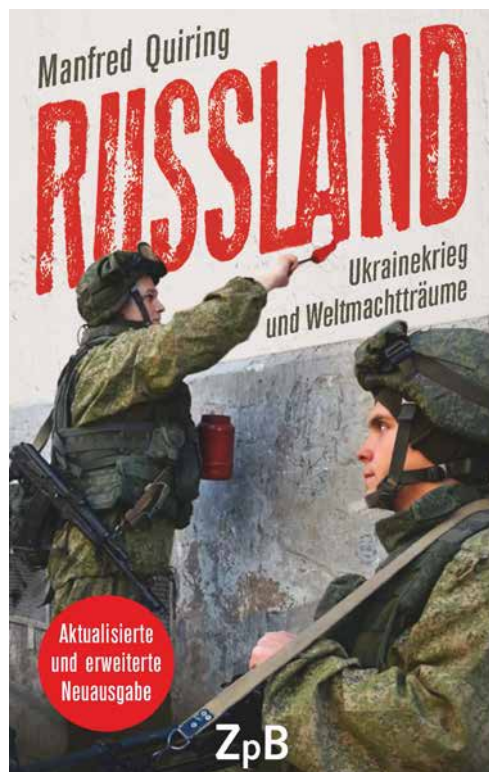
wahrgenommen werden müssen. Schon in den 1990er Jahren, in der Zeit der Jelzin-Herrschaft, nutzte der Kreml regionale Konflikte im postsowjetischen Raum, um sich als „Friedensbringer“ zu präsentieren. Mit dem Ergebnis, dass in Tadschikistan, Transnistrien (zu Moldau gehörig) und Südossetien (Georgien) bis heute russisches Militär steht, das die Lage kontrolliert und sie bei Bedarf auch eskalieren kann. Mit dem Krieg gegen Georgien 2008, der Eroberung der Krim und der de-Facto-Besetzung der Ostukraine 2014 und dem brutalen Militäreinsatz in Syrien ab 2015 erreichte Putins Invasionspolitik eine neue Stufe. Die Reaktionen auf die eklatanten Brüche des Völkerrechts waren eher symbolischen Charakters. Der Kremlchef fühlte sich in seinem aggressiven Tun bestätigt, am 24. Februar 2022 griff er erneut die Ukraine an.

Mittelfristig wird das Putin-System nicht überleben

Der Krieg, der in Russland nur „Militäroperation“ genannt werden darf, andernfalls drohen Geld- oder Haftstrafen, wird von zahlreichen russischen Fehleinschätzungen begleitet. So wurden die russischen Truppen in der Ukraine nicht, wie angenommen, als „Befreier vom Faschismus“ mit Blumen begrüßt. Sie stießen vielmehr auf den entschlossenen Widerstand einer unerwartet kampfstarken ukrainischen Armee, ausgerüstet mit effektiven westlichen Panzerabwehrwaffen. Dagegen erwiesen sich die russischen Truppen als erstaunlich schwach, schlecht geführt und mit mangelnder Kampfmoral ausgestattet.

Putins größter Fehler: er hatte die Reaktionen der westlichen Welt auf den eklatanten Bruch des Völkerrechts in dieser Konsequenz und Härte nicht erwartet. Zudem hat er nicht begriffen, dass er mit seinem Überfall auf die Ukraine die ökonomische Basis seines Herrschaftssystems selbst zerstört. Dieses System basiert auf dem Export vor allem von Gas und Öl. Wegen des Krieges wenden sich die Kunden von Russland ab, weitere Sanktionen greifen nach und nach. Mittelfristig, so ist zu erwarten, wird das Putin-System das nicht überleben.

Die Sowjetunion ging letztlich an einem „Imperial Overstretch“ zugrunde, an der Diskrepanz zwischen Weltmachtambitionen und der tatsächlichen Leistungsfähigkeit. Heute führt Putin die Russische Föderation – ohne Not, nur aufgrund eigener Fehlurteile – in genau diese Richtung.



Manfred Quiring arbeitet als Journalist und Sachbuch-Autor. Er war über 20 Jahre als Korrespondent in Moskau tätig. Seine Spezialgebiete sind das politische System Russlands und der Kaukasus. Quirings aktueller Band „Russland. Ukrainekrieg und Weltmachtträume“ war 2022 in der SLpB erhältlich.

Wichtige Hilfe für Ehrenamtliche und Geflüchtete: „Starterpaket“ erscheint in 4. Auflage



Sieglinde Eichert (Mitautorin, 3. v. r.), Geert Mackenroth (Sächsischer Ausländerbeauftragter, 5. v. l.) und Roland Löffler (Direktor der SLpB, 6. v. r.) übergeben die neueste Auflage des „Starterpakets“ am 25. August 2022 in Taucha an ehrenamtliche Sprachvermittler.

Von Silke Nora Kehl

📌 Mit dem Krieg in der Ukraine stellt uns das Jahr 2022 vor große Herausforderungen: Deutschlandweit besteht erneut riesiger Bedarf an Sprach- und Integrationskursen. Dafür sind, auch in Sachsen, nicht ausreichend ausgebildete Fachkräfte vorhanden. Hier hilft das „Starterpaket zum Einstieg in den deutschen Alltag – Handreichung für ehrenamtliche Sprachvermittler in ersten Orientierungs- und Sprachangeboten für Geflüchtete und Asylsuchende“, das der Sächsische Ausländerbeauftragte und die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung nun in vierter Auflage herausgeben. Sieglinde Eichert koordiniert das Autorinnenteam und berichtet im Interview, wie das Starterpaket entstand und warum es bis heute hochaktuell ist.

Frau Eichert, das Starterpaket haben Sie und vier weitere Autorinnen ins Leben gerufen. Sie waren 2015 ehrenamtlich für die Stadtmission Zwickau und weitere Initiativen im Landkreis aktiv und gehörten auch zum Vorbereitungsteam der Westsächsischen Hochschule Zwickau, als es dort um die Errichtung einer Erstaufnahmestelle für Geflüchtete in der Region ging. Damals suchten, vor allem aufgrund des Kriegs in Syrien, zahlreiche Menschen Schutz in Deutschland und Europa. Wie kam es dazu, dass Sie Autorin wurden?

Sieglinde Eichert: Als Deutschlehrerin war mir 2015 schnell klar geworden, dass bei dem herrschenden Lehrkräftemangel auch für Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache (DaF /DaZ) kaum ausgebildete Lehrer und Lehrerinnen zur Verfügung stehen würden. Dabei war der Bedarf riesig. Dass etliche Menschen auf ehrenamtlicher Basis den ankommenden Asylsuchenden helfen wollten, wusste ich aus vielen Gesprächen: Einige hatten für viel Geld Lehrmaterialien im Buchhandel gekauft, die sowohl die Ehrenamtlichen als auch die Geflüchteten überforderten. Oder sie arbeiteten mit der Fibel des eigenen Kindes, in der Umi der Bär, der die Kinder an das Lesen und Schreiben heranführt, im Schlauchboot daherkam. Das war für geflüchtete Menschen, die vielfach unter Lebensgefahr das Mittelmeer in Schlauchbooten überquert hatten, ein möglicher Trauma-Trigger. Außerdem lernen Erwachsene grundsätzlich anders als Erstklässler.

Meine Idee war daher, Ehrenamtliche sowohl für die Vermittlung grundlegender Deutschkenntnisse als auch für die Begegnung und den Umgang mit Asylsuchenden in der Region fit zu machen. Für Laien in Unterrichtung von Sprache braucht es fachlich fundiertes Basiswissen, das bei ausgebildeten Lehrkräften vorausgesetzt wird. Ich recherchierte also in den Angeboten unterschiedlicher Verlage und fand damals nur Lernmaterialien, die für anderen Zielgruppen ausgelegt waren: zum Beispiel für Sprachkurse an Volkshochschulen durch ausgebildete Lehrkräfte. Anders als jetzt gab es auch keine Gelder zur Anschaffung passender Materialien. Deswegen beschloss ich, selbst Lernmaterialien zu erstellen, die grundlegende Prinzipien der Sprachvermittlung für Erwachsene und didaktische Tipps beinhalten.

Außerdem war mir wichtig, die Ehrenamtlichen für mögliche kritische Situationen in der Begegnung zu sensibilisieren. Im Vorbereitungsteam an der Hochschule fand sich dann schnell unsere Gruppe von fünf Frauen als Autorinnen für das Starterpaket-Projekt zusammen.

Die Starterpakete enthalten 300 bunte sogenannte Zeige-Blätter im DinA3-Format: Sie ermöglichen das Lernen der deutschen Sprache auf sehr anschauliche Weise und abgestimmt auf Themenbereiche. Dazu gibt es passende Übungsblätter und Kartensätze zum spielerischen Lernen. Die Lernmodule vermitteln vielfältiges Basiswissen: etwa zur Orientierung im öffentlichen Nahverkehr, über das Wahlsystem oder die medizinische Versorgung in Deutschland. Schließlich liefert die Handreichung (Katalogformat) für die Ehrenamtlichen didaktisch-methodische Impulse zur Gestaltung des Unterrichts und informiert über Kommunikationsmodelle, interkulturelles Lernen auf Augenhöhe und verantwortungsbewussten Umgang mit traumatisierten Menschen. Wie haben Sie all das erarbeitet, welche Kompetenzen brachten die Autorinnen im Team mit?

Sieglinde Eichert: Wir Autorinnen machten uns zur Aufgabe, Materialien zu entwickeln, mit denen in Erstaufnahme-Einrichtungen sinnvoll gearbeitet werden konnte. Uns war klar, dass sich dafür keine klassischen Arbeitshefte eignen würden. Aufgrund der nicht planbaren Aufenthaltsdauer der Menschen in den Erstaufnahmen entwickelten wir flexibel einsetzbare Themenmodule. Inhaltlich greifen sie Informationen auf, die man braucht, um sich in einer fremden Sprache und Kultur zurechtzufinden. Die Lerninhalte vermittelten wir über die bunten „Zeige-Blätter“, dafür brauchten wir unbedingt eine Vielzahl von Bildern. Denn niemand konnte davon ausgehen, dass sich die Asylsuchenden und die Ehrenamtlichen in einer Brückensprache, wie zum Beispiele Englisch oder Russisch austauschen, könnten. Wir arbeiteten schließlich mit der Bildersammlung der Bremer Lebenshilfe.

Unsere Projektgruppe, die damals zufällig zusammenfand, bündelte unterschiedliche Kompetenzen. Anne Potzel (heute Anne Kruscha) brachte langjährige Erfahrungen im DaZ-Bereich (Deutsch als Zweitsprache) mit, Herdis Klarmann ist ebenfalls Dozentin im Sprachenbereich an der Westsächsischen Hochschule Zwickau (WHZ). Dajana Conrad und Manja Franke kamen aus ganz anderen fachlichen Bereichen der Hochschule und brachten ihre Perspektiven in die Materialentwicklung ein. Mein fachlicher Hintergrund waren unterschiedliche Unterrichts- und Weiterbildungserfahrung sowie die Vernetzung mit regionalen Akteuren. Als Gruppe sind wir viele Stunden im Austausch gewesen, haben redaktionell überarbeitet, was teilweise in Einzelschritten von uns als „Hausaufgabe“ vorgearbeitet wurde.

Welche Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Arbeit mit Geflüchteten sind mit eingeflossen?

Sieglinde Eichert: Neben diesem ganzen Prozess der Materialentwicklung schrieb ich die Handreichung für die Ehrenamtlichen. Hier floss viel aus unserem Austausch mit unterschiedlichen Akteuren ein, die mit Geflüchteten arbeiteten. Auch aus meinem örtlichen Helferkreis, den ich selbst fachlich begleitete, bekam ich Rückmeldungen zu unserem Material. Wir boten außerdem Workshops für interessierte Angehörige der Hochschule in Zwickau an, um sie auf den Einsatz in der Erstaufnahmeeinrichtung vorzubereiten.

Ich erinnere mich an eine der ersten Info-Veranstaltungen für Ehrenamtliche, deren Einsatzort die Unterkunft der Stadtmission für allein geflüchtete Männer aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern sein sollte. Eine junge Frau kam in sehr kurzen Hosen und trug ein tief ausgeschnittenes T-Shirt. Da ich in früheren Jahren als Deutschlehrerin in Schulklassen mit einem hohen Anteil muslimisch geprägter Jungs unterrichtet hatte, war mir klar, dass wir die Ehrenamtlichen für interkulturellen und interreligiösen Umgang sensibilisieren sollten.

Von den Geflüchteten selbst kamen häufig Fragen zur medizinischen Versorgung in Deutschland, deswegen nahmen wir das Thema mit in einzelne Module auf und stellten Informationen für die Handreichung zusammen. Auch Hinweise zu möglichen Traumatisierungen der Geflüchteten und Kontaktadressen zu entsprechenden Hilfsorganisatoren gab ich in der Handreichung an. Der Austausch mit den Ehrenamtlichen zeigte, dass die Hauptamtlichen in den verschiedenen Projekten oft gar nicht die Zeit hatten, diesen vielen Fragen und Probleme der Geflüchteten gerecht zu werden.

Auch dieses Jahr ist von einem Krieg geprägt: Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar sind zahlreiche Menschen nach Deutschland geflohen, bis Mitte Juli 2022 wurden etwa 50.000 ukrainische Geflüchtete in Sachsen registriert. Reagieren Sie mit der vierten Auflage des Starterpakets auf die aktuelle Situation? Und was ist an neuen Informationen hinzugekommen?

Sieglinde Eichert: Als klar war, dass viele Geflüchtete aus der Ukraine auch nach Deutschland kommen würden, entschieden die Landeszentrale (SLpB), der Sächsische Ausländerbeauftragte (SAB) und ich als Vertreterin der Autorinnen, die vierte Auflage des Starterpakets herauszubringen. Denn die ersten drei Auflagen waren allesamt bereits nach kurzer Zeit vergriffen gewesen. Die von uns entwickelten thematischen Module in Form der Zeige-Blätter zur Visualisierung der Lerninhalte sind auch heute sehr aktuell und richten sich an Geflüchtete jeglicher Herkunft. Somit können alle noch vorhandenen früheren Auflagen des Starterpakets nach wie vor verwendet werden. Einige der Blätter wurden für die vierte Auflage aktualisiert oder ergänzt.

Und in der Handreichung haben wir Links auf Websites hinzugefügt, die über die Situation in der Ukraine informieren oder Hinweise auf Besonderheiten der ukrainischen Sprache geben. Außerdem haben wir alle in vorigen Auflagen aufgeführten Online-Links auf Seiten mit vertieftem Wissen oder hilfreichen Kontakten durchgesehen und auf den aktuellsten Stand gebracht.

Die allermeisten Inhalte der Handreichung und des Lernmaterials gelten nach wie vor. Für diejenigen, die eine der früheren Auflagen nutzen, sind die aktualisierten Zeige-Blätter sowie eine Übersicht mit Seitenangaben und Links (alt und aktualisiert) im Downloadbereich hinterlegt. Hier werden wir auch nach Drucklegung der vierten Auflage Aktualisierungen bereitstellen: etwa nützliche aktuelle Informationen oder Materialergänzungen.

Wie erleben Sie und die Ehrenamtlichen aus Ihrem Netzwerk die momentane Lage im Vergleich zur Situation vor sieben Jahren?

Sieglinde Eichert: 2015 waren viele Institutionen und Strukturen überfordert – obwohl man vermutlich auf vergleichbare Szenarien grundsätzlich hätte vorbereitet sein können. Ich weiß nicht, wo wir ohne das Engagement von sehr vielen Ehrenamtlichen gestanden wären. Mein Eindruck ist, dass durch die in den vergangenen

sein“, sagte Leon Grünig, der das Projekt „WerkStadt“ leitet.

„Wir wollen auch viel zum Thema Ehrenamt machen“, so Grünig. Nicht nur im

auch mal eine Raummiete bezahlen oder einen externen Moderator.“ Räumliche Kar

der gesellschaftliche Kitt des Zusammenhalts“, sagte er.

mungen zur erbt beginnt Verflügeln“

Die Sch viert und er gebucht wo der Cottbus baut und se kein perfekt

Der Traditio- schülerfrage li Uhr zu konvokle 03411 704685;

Damit Flüchtlinge besser Deutsch lernen

Der Verein Treibhaus berät in Döbeln Geflüchtete. Die Arbeit ist sehr umfangreich geworden.

Von JESS HÖRTE



Der Ausländerbeauftragte Geerd Mackenroth (2.v.l.) und Roland Löffler (J.von der Landeszentrale für politische Bildung haben die Starterpakete übergeben. Links der Migrationsberater Torsten Fischhäder, in der Mitte Sieglinde Eichert und Henry Engelmann.

Foto: LUT Media

keine ruhige Minute mehr“, sagte Geschäftsführer Henry Engelmann. Für die Geflüchteten erfolge gerade die Umstellung auf ALG II. „Die Arbeitsagentur schickt die Leute ganz gezielt zu uns, weil sie hier Infos bekommen und wir die Anträge ausfüllen können“, sagte Engelmann.

Neben dem Koordinator für „Willkommen in Döbeln“ arbeiten zwei Migrationsberater für Treibhaus. Dazu kommt eine Mitarbeiterin in Teilzeit im Projekt „Formularkiste“.

Auch der Beratungsbedarf für andere Flüchtlinge sei gestiegen, sagte Engelmann.

mann. Die Ausländerbehörde greife auf die Beratungsangebote bei Treibhaus zurück. „Die Leute werden gezielt zu uns geschickt.“

Die Deutsch Starterpakete sind schon in der vierten Auflage erschienen. Die letzte ist an die ukrainischen Flüchtlinge angepasst worden, sagte Autorin Sieglinde Eichert. „Es ist aus eineinhalb Jahren Praxis heraus entstanden.“

Die Ehrenamtlichen erhalten didaktische Anweisungen, wie sie die deutsche Sprache Kindern und Erwachsenen näher bringen können. Und es gibt großformatige Zeigeblätter zu Themen wie Arztbesuch, Ämter und Verkehrsmittel. Auch zu politischer Bildung. „Welche Rechte gelten in Deutschland“, erklärt Eichert.

In der Vergangenheit habe es in Döbeln Deutschkurse für Flüchtlinge von Ehrenamtlern – meist ehemalige Lehrer – gegeben, sagte Engelmann. Wegen Corona seien sie eingestellt worden. Im September soll aber wieder ein Deutschkurs starten, der von Ehrenamtlichen gehalten wird.

Schleig

Döbeln. Wie das Schulm-Sonnamabend „Freunde:Kunstmalerweise Sonnamabend 12 Uhr. Das gemeinscha mer aus der Eber

„Dachte nicht, dass er da lebend herauskommt“

Jahren gewachsenen Strukturen zum Beispiel die Zusammenarbeit von Kommunen und unterschiedlichen ehrenamtlichen Initiativen und Vereinen besser geworden ist. Nach wie vor benötigen wir in unterschiedlichen Bereichen – nicht nur in der Arbeit mit Geflüchteten – sehr viel ehrenamtliches Engagement.

Auf der anderen Seite sehe ich in den Netzwerken und Arbeitskreisen eine stetig kleiner werdende Zahl der immer gleichen Akteurinnen und Akteure. Viele sind mittlerweile ihrer teilweise jahrelangen ehrenamtlichen Tätigkeit müde geworden oder haben sich anders orientiert. In meinem Heimatort hatten wir 2015 einen Helferkreis mit über 100 Ehrenamtlichen. Davon ist kaum jemand übriggeblieben. Derzeit ist es schwierig, neue Ehrenamtliche zu motivieren, um überhaupt wieder verschiedene Angebote für Geflüchteten machen zu können. Ähnliches höre ich aus unterschiedlichen Orten.

Wie ist Ihr Eindruck: Wird in Sachsen – und in Deutschland allgemein – anders mit den ukrainischen Geflüchteten umgegangen als mit den Menschen, die beispielsweise aus Syrien, Afghanistan, dem Irak oder nordafrikanischen Ländern kommen?

Sieglinde Eichert: Was viele Engagierte, Ehrenamtliche und Hauptamtliche – mich eingeschlossen – frustriert, ist die politische Entscheidung, dass Geflüchtete aus der Ukraine anders eingestuft werden. Sie werden in anderen Strukturen geführt als viele, die bereits seit Jahren in Deutschland sind oder aus anderen Ländern nach Deutschland kommen. Ich weiß von Menschen aus Afghanistan und Syrien, die sich seit Jahren darum bemühen, hier arbeiten zu dürfen. Sie erleben, dass die Menschen aus der Ukraine ganz anders behandelt werden.

Auch die Spendenbereitschaft für die Ukrainerinnen und Ukrainer, die ich an der örtlichen Spendenannahmestelle immer wieder erlebe, ist eine andere als 2015. Vielleicht hat das mit der den Sachsen näheren Kultur der Ukrainer und Russen zu tun. Vielleicht auch mit der Geschichte der Menschen, die die DDR noch bewusst erlebt haben. Allerdings gilt auch hier, was ich bereits oben zum ehrenamtlichen Engagement gesagt hatte: Viele Menschen unterstützen gern mit Sachspenden, entscheiden sich jedoch dagegen, selbst aktiv zu werden.



Was ist das „Starterpaket“?

Das Starterpaket zum Einstieg in den deutschen Alltag wurde ab Oktober 2015 in rund anderthalb Jahren intensiver ehrenamtlicher Arbeit von fünf Frauen entwickelt. Das Material soll Ehrenamtliche dabei unterstützen, so schnell wie möglich ein erstes Orientierungs- und Sprachangebot für neu Ankommende zu realisieren.

Die für einen guten Start in Deutschland notwendigen Inhalte zur Alltagsbewältigung wurden in sehr kleinen Schritten in Form farbiger „Zeige“-Blätter ausgearbeitet, so dass sie – ähnlich wie Tafelbilder – verwendet werden können. Die stark visualisierten Blätter unterstützen das erste Deutschlernen gemeinsam mit Deutsch sprechenden Laien in der Sprachvermittlung.

Das „Starterpaket zum Einstieg in den deutschen Alltag“ besteht insgesamt aus:

- über 300 farbigen Lehrblättern als „Zeige“-Blätter zu verschiedenen Themenmodulen (Lose-Blatt-Sammlung auf stabilem Papier)
- dazu passenden Kartensätzen zum Ausschneiden und Übungsblättern zu den Modulen
- einer umfangreichen Handreichung mit didaktisch-methodischen Hinweisen und Anregungen zur Verwendung der Materialien sowie Basiswissen zu unterschiedlichen Themenkomplexen
- allen Zeigeblättern, Kartensätzen und Übungsblättern in schwarz-weiß
- zusätzlichen Informationen, Materialien und Aktualisierungen im Downloadbereich

„Goebbels würde es schätzen.“

Von Thomas Platz

Seit Jahrzehnten versucht der Kreml die Informationshoheit in Russland zu erzielen. Freie Medien und Zivilgesellschaft werden behindert und verboten. Kremltreue Medien prägen für die meisten Russinnen und Russen das Bild von der Welt. Der Ukraine-Krieg offenbart das abermals. Medienwissenschaftler Professor Bernhard Pörksen berichtet am 16. Juni in Chemnitz über diesen Informationskrieg und zieht drei Lehren für den Umgang mit Medien in unserer freien Gesellschaft.



Medienwissenschaftler Professor Bernhard Pörksen im Gespräch mit den Veranstalterinnen und Moderatorinnen des Abends Astrid Günther (rechts, Fachbereichsleiterin Mensch und Gesellschaft der Volkshochschule Chemnitz) und Dr. Annette Rehfeld-Staudt (Referatsleiterin Politische Bildung online der SLpB)

Bis zum russischen Überfall auf die Ukraine ist Misha Katsurin ein erfolgreicher Unternehmer in Kiew. Er betreibt mehrere Restaurants, ein Modelabel, beschäftigt 250 Menschen. Mit Kriegsbeginn versucht er seine Frau und die zwei Kinder aus dem Land zu bringen. Warum? Fragt sein in Russland lebender Vater am Telefon.

Katsurin berichtet von den Bombardements auf Kiew. Das könne nicht sein, widerspricht der Vater. In einer friedlichen Militäroperation würden die Russen warme Kleidung, Essen und vor allem Sicherheit bringen – sie würden die Ukraine vor einem Nazi-

Regime schützen. Katsurin versteht die Welt nicht mehr: „Vater, ich erfinde das alles nicht. Ich sehe es mit meinen eigenen Augen.“ Das Gespräch endet im Streit. Katsurin erkennt seinen tiefgläubigen Vater, der unmöglich einen Krieg unterstützen würde, nicht wieder. Das Telefonat hinterlässt Katsurin aufgewühlt. Er muss diese Erfahrung teilen. Sein Instagram-Post beginnt mit den Worten: „Goebbels würde es schätzen: Mein eigener Vater glaubt mir nicht.“ Offenbar gibt es viele solche Telefonate in den Anfangstagen des Krieges. In den mehr als 10.000 Kommentaren berichten viele Ukraine von ähnlich Erfahrungen mit ihren in Russland lebenden Verwandten.

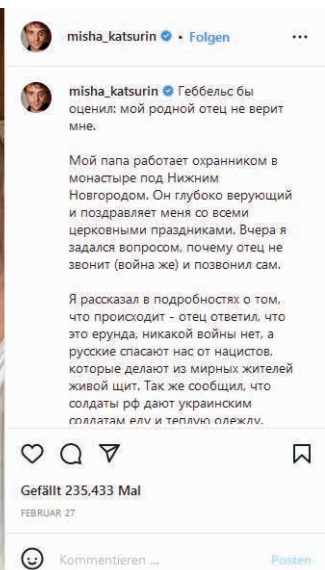
Wir sind in einem Informationskrieg

Neben der persönlichen Tragik zeigt Katsurins Geschichte die schleichende Wirksamkeit jahrzehntelanger propagandistischer Desinformation, einen massiven Mangel an Faktenvertrauen und Medienkompetenz inmitten eines Informationskrieges. Dieser offenbart sich gerade deutlich rund um den Ukraine-Krieg, aber er ist global, alltäglich und betrifft uns alle. Darüber berichtet Medienwissenschaftler Professor Bernhard Pörksen vor 60 Gästen in seinem Vortrag „Fakt und Fake. Über die neue Macht der Desinformation und die Kunst des Miteinander-Redens“.

In seinen Eingangsworten gibt Pörksen die Linie vor, entgegen vieler Postulate würden wir nicht in einem postfaktischen Zeitalter leben. Eine Anerkennung dieses Begriffes käme einer Kapitulation gleich und so wird der Abend zu einer Präventions-Lehrstunde gegen Desinformation. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges leitet Pörksen drei zentrale und allgemein gültige Fragen und Lehren ab.



Instagram-Post von Misha Katsurin vom 27. Februar 2022. Neben dem Hilferuf ein Bild mit Vater und Oma.



Wie erreicht man diejenigen, die kaum noch erreichbar sind?

Seit Jahren betreibt Putin in Russland ein großes Menschen- und Medienexperiment. Sein Ziel: die totale Informationskontrolle. Inzwischen ist der unabhängige Journalismus faktisch abgeschafft, die Medien sind gleichgeschaltet und das Internet massiv reguliert. Der Kreml bestimmt, welche Informationen die Russinnen und Russen in Rundfunk, Presse oder Internet finden: Demnach gibt es angeblich in der Ukraine keinen Krieg, der Westen und die NATO sind Schuld und in Kiew regiert ein Nazi-Regime. Bis zum Telefonat mit Misha hatte Katsurins Vater keine anderen Informationen. Er ist in einer Informationsblase gefangen und hegt keine Zweifel. Auch mit Blick auf die westlichen Demokratien fragt Pörksen, wie gelingt es, zu den in Informationsblasen gefangenen Menschen kommunikative Brücken zu bauen?

Pörksen berichtet von verschiedenen Interventionen der letzten Monate. Herausragend ist die Videobotschaft von Arnold Schwarzenegger vom 18. März. Dabei spricht Schwarzenegger die Menschen in Russland direkt an. Er belehrt und verurteilt nicht, er respektiert die andere Perspektive, er nennt Fakten und bietet den Unsicheren eine Rettungsleine an. Dieses

„Meisterwerk der politischen Rhetorik“ erreicht die Zielgruppe und wird zum Debattengegenstand im Staatsfernsehen.

Wie erschüttert man jahrzehntelang verfestigte Weltbilder? Wie entfremdet man ein verblendetes Volk von seiner Führung? Diese kommunikationspsychologischen Fragen sind nicht neu, Thomas Mann gab bereits in den 1940er Jahren bei seinen BBC-Reden an die „Deutschen Hörer“ die Antwort: Die Adressaten als Individuen in ihrer Zwangslage ernst nehmen, wertschätzen und emotional erreichen. So spricht Schwarzenegger die russischen Soldaten direkt an: „Ihr wisst, dass ich die Wahrheit sage, ihr habt es mit euren eigenen Augen gesehen.“ Wie bereits Thomas Mann appelliert Schwarzenegger an die eigene Urteilskraft und betont die individuelle Verantwortung der Soldaten indem er ihnen sagt, ihr habt es gesehen, ihr könnt euch später nicht herausreden.

Allerdings hat dieser kommunikationspsychologische Ansatz bisher enge zwischenmenschlichen Grenzen. Pörksen empfiehlt daher den Fokus auf die gesellschaftliche Ebene im Sinne einer kommunikationspsychologischen Krisenkommunikation zu weiten.

Wie kommt man vor die Desinformations-Welle?

Katsurins Beispiel zeigt, wenn sich die Fake-Narrative erst einmal verfestigt haben, hat die Wahrheit, haben Fakten kaum noch Wirkungskraft. Wie bringt man also die Desinformationsbekämpfung aus einem Reaktions-Modus in einen präventiven Modus?

Anhand aktueller Beispiele beschreibt Pörksen die Möglichkeiten. Während im Januar/Februar 2022 der Kreml eine bevorstehende Invasion leugnet, zeigen Sattellitenbilder massive russische Truppenbewegungen und damit offensichtliche Vorbereitungen des Überfalls. Besonders die USA warnen detailliert, so bleibt für eine propagandistische Legitimierung oder Bagatellisierung des Krieges durch den Kreml kein



Nur selten wird die Informations-Blase des Kreml durchbrochen. Am 14. März 2022 protestiert die Journalisten Maria Ovsyannikova in Russlands meistgesehener Abendnachrichtensendung. Plakat-Text: „Stoppt den Krieg. Glauben Sie der Propaganda nicht. Hier belügen sie Sie.“ Foto: IMAGO / ZUMA Wire

Raum. Die Mär von der „Spezialoperation zur Entnazifizierung“ der Ukraine greift nur intern.

Kurz nachdem russische Hacker ein Fake-Video lancieren, in dem Präsident Selenskyj scheinbar zur Kapitulation aufruft, postet Selenskyj umgehend ein Antwort-Video. Das russische Fake-Video kommt nicht zur Entfaltung, weil Selenskyj vorbereitet ist und weil die ukrainische Bevölkerung vor derartigen Propaganda-Versuchen gewarnt ist. Als weiteres Beispiel führt Pörksen den Umgang mit Querdenker-Kampagnen an. Die Argumentationsmuster von Impfgegnern ähneln sich seit dem Kaiserreich: Da ist von höheren Mächten und Verschwörungen die Rede, Impflinge seien Versuchskaninchen in einem menschenverachtenden Experiment oder es wird von Zwangsimpfungen geraunt. Kern dieser Muster ist immer ein Opfer-Narrativ, aus welchem sich vermeintlich ein legitimes Widerstandsrecht ableiten würde.

Der Weg vor die Desinformations-Welle führt über die Kenntnis der Strategien, Argumentationsmuster und Arbeitsweisen des jeweiligen Propaganda-Milieus, die Ableitung adäquater Szenarien sowie die Sammlung und Veröffentlichung entsprechender Informationen. Es gilt, anstehende Kommunikationsräume zu antizipieren und aufklärerisch mit Fakten zu besetzen, bevor die Fake-Maschine anläuft. Neben Vorbereitung und Fakten zählt vor allem Tempo, wie Selenskyjs Antwort-Video zeigt.

Wie gelingt Medienbildung?

Wie auch bei anderen Bildungsthemen ist Finnland bei der Frage der Medienbildung ein Vorreiter. Als Reaktion auf die russische Krim-Besetzung 2014 entwickelte Finnland ein critical thinking curriculum. Ab Klasse 3 gehört die Auseinandersetzung mit Desinformation zum Schulstoff. Schon Grundschülerinnen und -schüler lernen, sich kompetent mit der Funktionslogik von Medien, Manipulationstechniken, Kunst der Rede, Quellenanalyse und gängigen Fake-Narrativen auseinander zu setzen. Ziel ist die Medienmündigkeit aller Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer präventiven Desinformationsbekämpfung.

Mit Blick auf Deutschland zeigt sich Pörksen kritisch. Trotz offensichtlichem Bedarf – an dieser Stelle sei auf die von der SLpB 2021 veröffentlichte Medienkompe-

tenzstudie verwiesen – würde eine schnelle Umsetzung am lethargischen Umgang der deutschen Bildungspolitik mit der laufenden Medienrevolution scheitern. Die im Digitalpakt beschlossene milliardenschwere Ausstattung unserer Schulen mit Hardware sei richtig und nötig, aber vollkommen unzureichend.

Auch ohne die aktuelle Kreml-Propaganda besteht Handlungsbedarf. Wir befinden uns mitten in einer Neukonstruktion der Kommunikation und so geht es um die fundamentale Frage, wie wir unsere Öffentlichkeit als geistigen Lebensraum unserer liberalen Demokratie schützen. Medienmündigkeit ist hier das Schlüsselwort. Hardware und technische Benutzerkompetenz sind nötig, von zentraler Bedeutung aber ist der bewusste Umgang damit.



Medienwissenschaftler Professor Bernhard Pörksen am 16. Juni in Chemnitz.

Vier Trends für die redaktionelle Gesellschaft

Dabei sieht Pörksen vier zentrale Herausforderungen. Erstens: Mit den neuen Medien gibt es eine neue Geschwindigkeit. Ein Klick, und die Nachricht ist in der Welt. Tempo und Genauigkeit stehen zunehmend im Konflikt. Zweitens: Die explodierende Vielzahl an Informationen schafft neue Ungewissheiten. Die einhergehende Orientierungssuche bietet Andockpunkte für gezielte Desinformationen. Drittens: Das Internet ist voll neuer Anreize. Trash-News konkurrieren mit seriösen Nachrichten um Aufmerksamkeit. Und nicht selten gewinnt Interessantheit vor Relevanz.

Und Viertens: Es bieten sich neue Manipulationsmöglichkeiten. Einerseits befördern Fake-Identitäten und Apps für Deepfakes eine Demokratisierung der

medialen Manipulation. An deren Effektivierung arbeiten andererseits Staaten mit Troll-Armeen und Künstlicher Intelligenz, um zum Beispiel freie Wahlen zu beeinflussen.

Pörksen hofft auf eine Graswurzelrevolution der Medienbildung. In einer Zeit, wo jeder auch Sender ist, braucht es journalistische Kulturtechniken und eine journalistische Ethik für alle. Die Grundprämissen einer redaktionellen Gesellschaft sollten sich an den Handlungsmaximen guten Journalismus orientieren: Prüfe erst, sende später. Höre auch die andere Seite. Mache Dinge nicht größer, als sie sind. Und, sei skeptisch, beachte eigene blinde Flecken, Vorurteile und Urteile.

„Misha, der Krieg ist schrecklich“

Die Geschichte von Misha Katsurin geht weiter. Er weiß um die russische Propaganda und er gibt nicht auf, telefoniert in den Folgewochen immer wieder mit seinem Vater. Offen und ohne Belehrungen finden sie zueinander, hören einander zu. Katsurin berichtet vom Alltag im Krieg, schildert seine Nöte. Später meint sein Vater: „Misha, der Krieg ist schrecklich, und es sterben Menschen.“

Warum sollten nicht weitere kommunikative Brücke nach Russland gelingen? 11 Millionen Russen haben

Verwandtschaft in der Ukraine. Für Katsurin sind das 11 Millionen Informationskanäle, um die Kreml-Propaganda zu untergraben. Und wenn die russischen Eltern, Tanten, Onkels und Cousins nur zwei, drei Freunden von der Wahrheit berichten, sind 30-40 Millionen Menschen eine sehr kritische Masse in Russland, hofft Katsurin. Er baut eine Homepage und teilt unter dem Hashtag #Papabelieve Erfahrungen, Tipps und Argumentationshilfen für die schwierigen Gespräche mit den russischen Verwandten. Seine Restaurants sind inzwischen Geschichte, jetzt ist Katsurin Aktivist in Sachen Medienmündigkeit.



„Waren wir naiv?“

Die Partnerkonferenz der SLpB im Zeichen des Krieges

Von Peter Stawowy

Außen- und Sicherheitspolitik

Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat auch die politische Bildung erschüttert. Denn die Themen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik spielten hier in den vergangenen Jahren eine sehr nachgeordnete Rolle. „Wo stehen wir da eigentlich?“ So formulierte der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Dr. Roland Löffler, in seiner Begrüßung zur Partnerkonferenz eine der Leitfragen des Tages. Er fragte auch: „Waren wir naiv?“

Die Veranstaltung trug den vielsagenden Titel: „Zeitenwende? Deutsche Verteidigungspolitik als Leerstelle der politischen Bildung“. Jährlich lädt die Sächsische

Landeszentrale zur Partnerkonferenz, um über die politische Bildung selbst zu diskutieren und deren Weiterentwicklung voranzutreiben. Rund 90 Gäste hatten sich am 8. November 2022 in der Messe Dresden eingefunden: Darunter Mittlerinnen und Mittler politischer Bildung aus den Bereichen Schule und Erwachsenenbildung, aus Stiftungen, Vereinen und Trägerinstitutionen. Angesichts des Tagungsthemas waren in diesem Jahr nicht wenige Gäste in Uniform dabei, genauso wie friedensbewegte Privatpersonen: Um angesichts des grausamen Krieges in der Ukraine auszuloten, wie politische Bildung mit der veränderten Weltsituation umgehen könnte.

Vermittlerrolle zwischen Ost und West

Direktor Löffler nutzte seine Begrüßung, um die Defizite der vergangenen Jahre im Themengebiet internationale Beziehungen aufzuzeigen. Er schlug einen historischen Bogen und sprach zunächst über die Rede von Bundespräsident Roman Herzog beim Staatsbesuch in der russischen Föderation 1997. Zu Deutschlands erlernter Rolle als europäische Zivilmacht passte damals die Strategie, sich durch Handel und Kooperation anzunähern, so Löffler: „Anscheinend sah sich Deutschland in den späten 1990er Jahren als besonders privilegiert an, eine Vermittlerrolle zwischen Ost und West einzunehmen.“

Dann ging er auf die Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) vom 27. Februar 2022 ein. Drei Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine hatte Scholz in dieser Rede den Begriff „Zeitenwende“ eingeführt und die fünf Handlungsmaximen der

Bundesregierung vorgestellt. „Konträrer könnten die Reden von zwei deutschen Staatsorganen innerhalb von 25 Jahren kaum sein“, so Löffler. Um dann die eingangs genannte Frage zu vertiefen: Gab es vorher überhaupt eine Strategie, sich mit Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu befassen – in der Tagespolitik wie auch in der politischen Bildung?

Löfflers Begrüßung mündete in der Forderung nach einer europäischen Akademie für Außen- und Sicherheitspolitik im Freistaat Sachsen: „Als Anrainer zu Polen und Tschechien sollten wir in Zukunft stärker als bisher verteidigungs- und außenpolitische Debatten führen. Unsere heutige Partnerkonferenz stellt sich dieser Diskussion und will neue Netzwerke und Ressourcen erschließen“, schloss Löffler den ersten Beitrag des Tages. Die ganze Rede ist hier dokumentiert.

„Ausgerüstet, nicht aufgerüstet“

Mit der anschließenden Podiumsdiskussion ging es aber erst einmal darum, alle Teilnehmenden auf den gleichen Wissensstand zu bringen. „Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine: Wo steht Deutschlands Verteidigungspolitik im November 2022?“ lautete der Titel.

Darüber diskutierten Hans-Peter Bartels, ehemaliger Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages und Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V., der Bundestagsabgeordnete und Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Omid Nouripour, der Linken-Bundestagsabgeordnete André Hahn, der Journalist Reinhard Müller, Leitender Redakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und Marko Mihkelson, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

des estnischen Parlaments. Die wichtigsten Diskussionsstränge seien hier nur kurz wiedergegeben: Die Bundeswehr ist offenkundig in einem besorgniserregenden Zustand. „Wir sind wirklich blank“, bestätigte Hans-Peter Bartels die öffentliche Aussage des Heeresinspektors Alfons Mais zu Beginn des Ukraine-Krieges.

Die Bundeswehr sei mit der Reform 2011 für Auslandseinsätze optimiert worden, so Bartels: „Wir haben nicht die Struktur und Ausrüstung für den Bündnisfall.“ Die 100 Milliarden Euro der Bundesregierung zum Ausbau der Bundeswehr bezeichnete er als Befreiungsschlag, die Bundeswehr werde gerade aus dem Schlaf geweckt und ausgestattet.

Wie sieht die Diplomatie der Zukunft aus?

„Ausgerüstet, nicht aufgerüstet“, reagierte das Podium auf Publikumsnachfragen, ob immer weitere Waffenlieferungen wirklich die einzige Option seien. Den Einwand des Linken-Bundestagsabgeordneten André Hahn, es werde nicht genug für die Diplomatie getan, wiesen die übrigen Podiumsteilnehmer deutlich zurück.

Der estnische Außenpolitiker Mihkelson berichtete, wie er noch kurz vor dem Ausbruch des Krieges in Moskau gewesen sei. Es habe sehr viel Diplomatie auch von deutscher Seite gegeben, um den Krieg zu verhindern. Aber wie wolle man mit jemandem verhandeln, der diese Entscheidung zum Krieg so getroffen und damit internationales Recht gebrochen habe, fragte er mit Blick auf Putin.

Deutsche Führungsrolle: Ja oder nein?

Diskutiert wurde auch die Frage, wie die Diplomatie der Zukunft aussehe: Verhandelt man mit jemandem, der Kriegsverbrecher-Tribunale verweigere? Mihkelson, der in der Diskussion auch immer wieder klar die Rolle des kleinen Bündnispartners einnahm, der auf die deutsche Unterstützung hofft, stellte mehrfach die Frage nach der Zukunft. Für ihn stehe eine neue Weltordnung an, der Konflikt sei einer zwischen zwei Systemen, Demokratie und Autokratie. Deutschland könne da eine Führungsrolle einnehmen, mindestens in Europa, so der estnische Parlamentarier.

Diese Frage wurde heftig diskutiert: Deutsche Führungsrolle - ja oder nein? Und wenn ja: Wie? Mit welchen Konsequenzen? Zu dieser Frage gibt es offenkundig noch Klärungsbedarf, nicht nur, was das Agieren des Bundeskanzlers betrifft.

Mit Blick auf die folgende Diskussion zur Aufgabe der politischen Bildung gab das Panel der Veranstaltung noch mit auf den Weg: Wissen und Kenntnisse über Geschichte und internationale Zusammenhänge seien elementar, um über das Thema zu diskutieren.



Bleiben andere Themen auf der Strecke?

So eine Partnerkonferenz dient ja immer auch der Vernetzung, woraus sich die längere Kaffeepause nach dem ersten, wirklich spannenden Panel erklärt. An Ständen und im Gespräch bei Gebäck und Kuchen konnten die Teilnehmenden das Gehörte auswerten und diskutieren.

Das zweite Podium mit dem Titel: „Verteidigungspolitik als Leerstelle der politischen Bildung - wo stehen wir und wohin wollen wir?“ begann dann mit zwei kurzen Impulsen von – auf den ersten Blick – sehr unterschiedlichen Positionen. „Mehr Verteidigungspolitik in der politischen Bildung?“ fragte die Professorin Ursula Münch, die für ihren Posten als Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing derzeit von

ihrer Politikprofessur an der Universität der Bundeswehr in München freigestellt ist.

Sie bezeichnete die Tagung der SLpB als wichtigen Schritt, die Diskussion zu führen. Denn tatsächlich habe die politische Bildung über Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den vergangenen Jahren ein ausgesprochenes Schattendasein geführt. Der Versuch, das jetzt nachzuholen, führe für sie zu der Sorge, dass andere wichtige Themen wie die Nachhaltigkeit auf der Strecke blieben. Gleichwohl befürwortete sie ein Mehr an politischer Bildung in diesem Bereich, allerdings unter der Prämisse, dass die Debatte kontrovers gemäß dem Beutelsbacher Konsens geführt werde.

Lehrkräfte nicht allein lassen

Sie plädierte dafür, diese Aufgabe nicht allein den Lehrerinnen und Lehrern zu überlassen, sondern auch externe Kräfte heranzuziehen. Denn politische Bildung über Verteidigungs- und Sicherheitspolitik setze auch „Informiertheit und Urteilsfähigkeit bei den Lehrkräften voraus.“

Für einen emotionalen Moment sorgte Professor Uli Jäger zu Beginn seines Impulses mit dem Titel: „Mehr Friedensethik in der politischen Bildung?“ Er trug seine Dankbarkeit dafür vor, dass die Sächsische Landeszentrale zu dem Thema geladen hatte: „Ich glaube, in Zeiten, in denen wir alle Antworten suchen, ist ein Netzwerktreffen wie das hier heute das Wichtigste, was

wir tun können“, so Jäger. „Es wird Nachhaltigkeit von diesem Treffen heute ausgehen!“

Er ist aktuell Abteilungsleiter Global Learning for Conflict Transformation der Berghof-Foundation. Zuvor war er lange Jahre Leiter des Instituts für Friedensforschung. Die mögliche Erwartung, dass auf dem Podium die aktive Beteiligung der Bundeswehr an der politischen Bildung in der Schule strikt ablehnen würde, erfüllte er nicht.

Er finde es richtig, wenn die Bundeswehr in die Schule gehe, so Jäger – aber nicht ohne Einordnung und entsprechendes Rahmenprogramm.



Kriegsangst und Informationsbedürfnis

Er beobachte ein großes Informationsbedürfnis bei den einzelnen Zielgruppen, etwa bei Kindern oder Jugendlichen: „Kriegsangst“, so Jäger. „Wir sind in der Pflicht, die Bedürfnisse nach Information zu bedienen!“ Gerade Kindern helfe es aufzuzeigen, dass sie die Welt vielleicht nicht ändern können, aber die eigene Umwelt. Wichtig sei stets Authentizität – auch bei dem eigenen Dilemma, nicht auf alle Fragen eine Antwort zu haben. Jäger stellte ein eigenes Curriculum zur Friedensbildung vor, dass er gern als (Kern-) Bestandteil politischer Bildung in diesem Themenfeld etablieren würde.

In der folgenden Fragerunde an das Podium mit dem Moderator und Journalisten Meinhard Schmidt-Degenhard folgten noch eine Reihe sehr spannender

Aussagen: Nein, es drohe keine Militarisierung der Bildungsarbeit. Aber die Friedensbildung wie auch die politische Bildung seien gefordert, die Ambiguitätstoleranz zu fördern. Münch plädierte dafür, dass Thema jetzt nicht zur Mode zu machen und viel zu publizieren und Veranstaltungen zu machen und dann dafür andere Themen fallen zu lassen. „Politische Bildung ist keine Feuerwehr, sondern eine mittel- und langfristige Angelegenheit, die durchdacht werden muss“, so Münch weiter.

Und: „Was ich nicht gut finden würde: Wenn man jetzt die Diskussion führen würde, die ‚guten‘ Friedensbewegten und die ‚bösen‘ Verteidigungspolitiker - auf dieses Spiel sollten wir uns nicht einlassen“, so die Politikprofessorin.



Workshops für mehr Vernetzung

In den folgenden Workshops wurde dann zu den Fragen debattiert, ob und wie die Bundeswehr in der Schule eingebunden werden könnten, wo die Grenzen der Friedensbildung liegen, welche Netzwerke, Fördermöglichkeiten und Kooperationen es gibt und was sich noch entwickeln könnte. Aus den vielen Nachfragen und Diskussionsbeiträgen, den Workshop-Präsentationen und

auch vielen Einzelgesprächen im Laufe des Tages wurde deutlich: Die politische Bildung sieht sich in der Pflicht, das lang vernachlässigte und durch den Krieg schmerzlich auf die Tagesordnung gesetzte Thema anzugehen. Viele Beiträge zeugten auch von Ängsten, wie sich die Weltlage wohl weiterentwickeln wird. Wann der Krieg wohl endet und in welcher Konstellation.

Während der Diskussion im großen Saal

Einer der Workshop-Moderatoren fasste den Tag mit einem positiven Ausblick zusammen. „Ich blicke mit Optimismus und Freude auf die Ideen, die wir entwickelt haben und die es gilt, umzusetzen: nämlich größere Netzwerke zu bauen, auch grenzübergreifend! Und mit dem guten Angebot wird die Resonanz kommen“, so sein Fazit. Einige Teilnehmende vermissten eine stärkere Debatte jenseits militärischer Lösungen des Krieges in der Ukraine. Sie setzten eher auf diplomatische und friedensbildende Maßnahmen denn auf Abschreckung

und Konfrontation - und sahen auf diesem Gebiet die politische Bildung gefordert. Die Vertiefung der verteidigungspolitischen Diskussion betrachteten sie kritisch.

„Wenn wir die einzelnen Sektoren aufbrechen und Bundeswehr und Menschen aus der Friedensbewegung und anderen Richtungen zusammenbringen, werden wir weiterkommen“, fasste SLpB-Direktor Roland Löffler den Tag zusammen. „Ich hoffe auf Fortsetzung“, so sein Schluss.

Zweiter Weltkrieg: 500.000 Zwangsarbeiter in Sachsen

Von Silke Nora Kehl

Im nationalsozialistischen Deutschland wurden vor Aller Augen Millionen von Menschen als Zwangsarbeiter ausgebeutet. Allein in Sachsen starben 11.000 sowjetische Kriegsgefangene im Zusammenhang mit ihrem Arbeitseinsatz. Bis heute ist das Thema noch nicht komplett erforscht. Nun legen Dr. Klaus Dieter Müller und Dietmar Wendler im Auftrag der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung eine knapp 700 Seiten umfassende Studie vor: „NS-Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft 1939-1945. Ausländereinsatz im Deutschen Reich und in Sachsen“.

Im ersten Teil liefern die Autoren einen Überblick über die reichsweiten Entwicklungen ab Kriegsbeginn, im zweiten Teil können Leser die Rolle einzelner Betriebe in Sachsen detailliert nachverfolgen und im dritten Teil erhalten sie einen Überblick über die juristische Aufarbeitung und materielle Entschädigung für die Betroffenen. Die Autoren kamen zum Gespräch mit Werner Rellecke (Referatsleiter Publikationen) und Silke Nora Kehl (Referat Öffentlichkeitsarbeit) in die SLpB.

Herr Dr. Müller, Herr Wendler, in Ihrem Buch halten Sie fest: „Der Umfang der Zwangsarbeit von Ausländern in der deutschen Kriegswirtschaft ist beispiellos in der Geschichte des 20. Jahrhunderts“. Von welchen konkreten Zahlen gehen Sie aus?

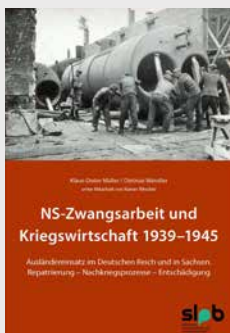
Dietmar Wendler: Während der Kriegsjahre gab es rund 13,5 Millionen Zwangsarbeiter im Deutschen Reich, 500.000 von ihnen hier in Sachsen – also eine halbe Million.

Und beziehen sich diese Zahlen auf die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die in der Rüstungsindustrie eingesetzt wurden, oder auf alle im deutschen Reichsgebiet?

Klaus-Dieter Müller: In den 13,5 Millionen sind alle Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter erfasst. Dazu zählten unterschiedliche Gruppen: vor allem ausländische Soldaten, also Kriegsgefangene, und ausländische Zivilisten, die nach Kriegsbeginn aus den von Deutschland annektierten Gebieten rekrutiert wurden. Auch KZ-Häftlinge wurden zur Zwangsarbeit eingesetzt.

Den Begriff „Kriegswirtschaft“ beziehen wir auf die gesamte Volkswirtschaft des Deutschen Reiches ab 1939. Die Rüstungsindustrie, die unmittelbar für den militärischen Bedarf produzierte, ist ein Teil davon und spielt in unserem Buch eine wichtige Rolle. Im Verlauf des Krieges war das Deutsche Reich ständig auf Nachschub an Rüstungsgütern angewiesen – und damit immer dringender auf Arbeitskräfte. Das NS-Regime folgte beim Ausbau der Zwangsarbeit dabei keinem bereits 1939 erstellten Masterplan, sondern reagierte auf akute militärische Entwicklungen.

Die Zwangsarbeiter wurden vielfach im Flugzeug- und Panzerbau, in der Produktion von Waffen und Munition eingesetzt. Aber beispielsweise auch in der Landwirtschaft, im Bergbau und in der Stahlproduktion. In diesen Branchen wurde sowohl für den Zivil- als auch für den Militärbedarf produziert – zu Kriegszeiten lassen sich diese beiden Bereiche kaum voneinander trennen. Im Sommer 1944 waren rund zehn Millionen deutscher Männer als Wehrmachtssoldaten im Einsatz. So blieben im Reichsgebiet noch 26 Millionen Werk-tätige, darunter 14 Millionen deutsche Frauen und über 7,5 Millionen ausländische Zwangsarbeiter.



Werner Rellecke: Über die Zwangsarbeiter wurde wie über eine Produktionsmasse verfügt: Sie wurden dort eingesetzt, wo man sie gerade brauchte. Es kam vor, dass Arbeitskräfte, die in der Industrie arbeiten mussten, während der Erntesaison an Bauernhöfe abgestellt wurden. In dieser Zeit wurden sie oft auch bei den Bauern untergebracht.

Wie müssen wir uns die „Rekrutierung“ der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten vorstellen? Sie bringen das Beispiel von Jugendlichen in der ukrainischen Stadt Uman, die 1942 bei Razzien von Deutschen Wehrmachtssoldaten zuhause abgeholt worden sind. Oder von jungen Frauen in Riga, die vor einer Molkerei anstanden, um Milch zu kaufen. Das waren vor allem Mütter kleiner Kinder. Sie wurden aus ihrem Leben gerissen, als die Deutschen sie gewaltsam verschleppten. Ihre Kinder blieben ohne sie zurück.

Klaus-Dieter Müller: Solche brutalen Razzien und Deportationen von Menschen fanden in Osteuropa regelmäßig statt, also in Polen und auf dem Gebiet der Sowjetunion. In den besetzten Ländern im Westen, etwa in Frankreich oder den Benelux-Staaten, hat es das so nicht gegeben. Dort übten die deutschen Besatzer allerdings in anderer Form Zwang aus: Für Frankreich galt ab Herbst 1942 die Regel, dass für die Freilassung eines französischen Kriegsgefangenen nachhause drei französische Zivilisten bereitgestellt werden mussten. Diese französischen Zivilisten wurden dann zur Zwangsarbeit im Deutschen Reich verpflichtet. Ein weiteres Druckmittel war, Menschen in besetzten Gebieten Lebensmittelkarten zu verwehren – es sei denn, sie meldeten sich zum Arbeitseinsatz.

Nur in den ersten drei Kriegsjahren gab es tatsächlich ausländische Zivilisten, die freiwillig zum Arbeiten nach Deutschland gingen. Etwa Dänen, Franzosen, Belgier und anfangs auch Menschen aus Osteuropa. In einigen Regionen, etwa in Weißrussland und der Ukraine, wurden die Deutschen anfangs mit Blumen empfangen, weil man sie als Befreier von Stalins Regime empfand. Doch die Menschen mussten bald erfahren, dass die Deutschen als gnadenlose Besatzer, Unterdrücker und Mörder in den Osten gekommen waren. Es sprach sich auch schnell herum, unter welchen Bedingungen osteuropäische Bürger ihren Arbeitseinsatz im Deutschen Reich leisten mussten. Deswegen gab es spätestens ab 1942 praktisch keine freiwilligen Meldungen mehr.

In Ihrer Studie wird deutlich, dass es von der Herkunft der Zwangsarbeiter abhing, wie schwer sie arbeiten mussten, ob sie mehr als etwas Brot und wenig Suppe pro Tag erhielten und wie sie von den

Deutschen behandelt wurden. Die rassistische und antisemitische Ideologie der Nationalsozialisten prägte auch die Zwangsarbeit im Deutschen Reich. Osteuropäer und KZ-Häftlinge hatten deutlich schlechtere Chancen, diese zu überleben, als andere Gruppen.

Klaus-Dieter Müller: Alle Gruppen mussten Zwangsarbeit leisten, sie waren jedoch sehr unterschiedlichen Bedingungen ausgesetzt. Als Beispiel: 1940 kamen Arbeitskräfte aus dem von Deutschland besetzten Dänemark. Sie wurden privat untergebracht, verdienten Geld für ihre Arbeit und konnten Urlaubsfahrten nach Hause zu ihren Familien machen. Einige der Zwangsarbeiter aus Westeuropa und auch die sogenannten Protektoratsangehörigen aus Böhmen und Mähren führten ein relativ normales Leben. Manche von ihnen erhielten sogar mehr Geld als deutsche Arbeitskräfte – da das Deutsche Reich dringend auf ihre Arbeit angewiesen war.



Die Autoren Dr. Klaus Dieter Müller (sitzend links) und Dietmar Wendler (sitzend rechts) im Gespräch mit Werner Rellecke und Silke Nora Kehl.

Im Vergleich dazu verdienten die sogenannten Ostarbeiter deutlich weniger. Für sie gab es rassistische Erlasse, etwa in Chemnitz und Leipzig: Dort wurden den polnischen Arbeitern der Zutritt ins Kino und die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel verboten – sie durften nicht einmal die Innenstadt betreten. Außerdem lebten osteuropäische Zwangsarbeiter anfangs in mit Stacheldraht umzäunten Barackenlagern.

Um ein Beispiel aus Zwickau zu geben: Die Weichenbauanstalt Cainsdorf nutzte Zwangsarbeiter für die Produktion. Im dortigen Barackenlager lebten 74 Männer. Für sie gab es insgesamt nur drei Toiletten und einen 20qm kleinen Waschraum. Die hygienischen Zustände waren desolat. Seuchen und Ungeziefer verbreiteten sich in solchen Lagern regelmäßig. Außerdem bekamen die osteuropäischen Arbeiter weniger zu essen als die Westarbeiter, obwohl sie mehr arbeiten mussten.

Dietmar Wendler: Die nationalsozialistische Ideologie, das lässt sich ja reihenweise den Dokumenten aus dem Deutschen Reich entnehmen, bezeichnete die Osteuropäer als „Untermenschen“. Und diese Ideologie zeigte sich dann auch in den Arbeitsstätten: Polnische oder sowjetische Arbeiter wurden unberechtigterweise geschlagen, schon beim kleinsten Vergehen wurde ihnen über Tage hinweg Essen entzogen, manche wurden in Zellen eingesperrt. Solche Zellen wurden übrigens eigens für Zwangsarbeiter eingerichtet, zum Beispiel in der Firma Pfauter in Altchemnitz oder der Firma Carl Hamel AG in Siegmarschönau. Der Umgang mit osteuropäischen Arbeitskräften war menschenrechtswidrig – und in betriebswirtschaftlicher Hinsicht unsinnig: Menschen, die arbeiten sollen, brauchen etwas zu essen.



Noch schlimmer war die Behandlung der osteuropäischen Frauen. Einige von ihnen waren schwanger, als sie zu Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert wurden. Zur Entbindung ihrer Kinder wurden sie meist in

besondere Entbindungsheime geschickt. Im sogenannten Lager Kiesgrube auf dem Hellerberg nahe Dresden kamen 1943 bis 1945 knapp 500 Kinder zur Welt. Über 200 Säuglinge und Kleinkinder starben an Mangelversorgung. Ihre Gräber auf dem stillgelegten Friedhof zu besuchen, und sich ihre Geschichte vor Augen zu führen, ist erschütternd. Schwangere KZ-Häftlinge wurden ins KZ-Stammlager zurückgeschickt.

Klaus-Dieter Müller: Wir haben uns im Buch auf die Menschen konzentriert, die am stärksten unter dem deutschen Zwangsarbeitsregime gelitten haben und teils auch gestorben sind: die osteuropäischen Zivilarbeitskräfte, bei denen übrigens Frauen die größte Gruppe bildeten – darunter viele 18- oder 19-jährige Ukrainerinnen –, die sowjetischen Kriegsgefangenen sowie die jüdischen und nichtjüdischen KZ-Häftlinge.

Zwar wurden die osteuropäischen Zwangsarbeiter – Zivilisten wie Kriegsgefangene – 1944 offiziell den anderen Gruppen gleichgestellt. Weil aber die Versorgung mit Lebensmitteln in den letzten zwölf Kriegsmonaten immer prekärer wurde, blieb die Angleichung faktisch wirkungslos. Nun verschlechterte sich die Situation auch für die Westarbeiter massiv. Die Deutschen hatten sich nur deshalb zur Angleichung durchgerungen, weil es keinen „Nachschub“ an Arbeitskräften mehr gab. Knapp zwei Drittel der sowjetischen Kriegsgefangenen kamen 1941 und etwa ein Drittel 1942 ins Reich. Später folgten nur noch ganz relativ wenige.

Und für die KZ-Häftlinge, die von vornherein praktisch keine Bezahlung für die von ihnen geleistete Arbeit erhielten, waren und blieben es die schlimmsten Bedingungen. Viele von ihnen wurden für den Bau der Untertageprojekte eingesetzt und starben aufgrund der harten körperlichen Arbeit bei minimalster Essenversorgung und menschenunwürdigen Unterbringung in Baracken und Stollen.

Nach ihrem Sieg 1945 fanden die Alliierten gut sieben Millionen sogenannter Displaced Persons (DP) auf dem Gebiet des Deutschen Reichs vor, dazu zählten vor allem ehemalige KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter. Diese Menschen, mehrheitlich Sowjetbürger und –bürgerinnen, wurden zunächst in DP-Camps oder sowjetischen Sammellagern untergebracht – um später in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Sie schildern im Buch, wie es den osteuropäischen Rückkehrern nach der Repatriierung erging.

Klaus-Dieter Müller: Den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen und auch den zivilen Zwangsarbeitern begegnete man in ihrer Heimat mit großem

Misstrauen. In allen Teilen der Sowjetunion wurden die Personal-Akten der Zivilisten, die aus deutscher Zwangsarbeit repatriert worden waren, in den örtlichen KGB-Archiven mit besonderen „Reitern“ versehen: Alle paar Jahre wurden diese Personen vom Sicherheitsdienst zu ihrer Zeit im Deutschen Reich befragt.

Die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen galten nicht als Veteranen, sondern als potentielle Verräter, Deserteure oder Überläufer. Denn von einem sowjetischen Soldaten erwartete man, dass er eher kämpfend starb, als sich dem Feind zu ergeben. Nur wer bei der Gefangennahme nachweislich krank oder bewusstlos gewesen war, wurde nicht als Verräter gesehen. Gerieten Offiziere in Kriegsgefangenschaft, wurden teils sogar deren Familien drastisch dafür bestraft.

Das, was den aus ihrer Heimat verschleppten Menschen von den Deutschen angetan wurde, kann ja nicht wirklich im Nachhinein durch Geld abgegolten werden. Dennoch: Gab es angemessene Entschädigungszahlungen nach dem Krieg?

Klaus-Dieter Müller: Nein. Die finanzielle Entschädigung für die Zwangsarbeit kam für viele Menschen zu spät, andere mussten jahre- oder jahrzehntelang darauf warten. Weder die Ausbeutung während der Kriegsjahre noch spätere physische und psychische Folgen sind adäquat entschädigt worden. Deutsche Sozialrentenbeiträge, die den Betroffenen formal zustehen, wurden nicht beglichen.

Die Bundesrepublik leistete nach 1945 Entschädigungszahlungen an einzelne westeuropäische Staaten und an Israel, aber nicht für Zwangsarbeit. Die DDR sah sich – nach ihrem Selbstverständnis als antifaschistischer Staat – nicht als Rechtsnachfolger des NS-Regimes und somit auch nicht zu Zwangsarbeitsreparaturen verpflichtet.

Ab 1990, nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag für die deutsche Wiedervereinigung, wurden sogenannte Globalabkommen mit Polen sowie mit Weißrussland, der Ukraine und Russland geschlossen. Dabei ging es erstmals ausdrücklich um Wiedergutmachungsansprüche von NS-Opfern, aber nicht um die Entschädigung von Zwangsarbeit als solcher. Polen erhielt damals 500 Millionen D-Mark, die anderen drei Staaten zusammen eine Milliarde D-Mark. Im Jahr 2000, mit Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, begann erstmals eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Thema Zwangsarbeit, und es gab Entschädigungszahlungen. Bis heute ist das allerdings ein offenes Problem geblieben.



Sie beschreiben in Ihrem Buch, wie sich der Produktionsstandort Sachsen veränderte. Anfang der 1930er Jahre war Sachsen vor allem von kleinen und mittelständischen Unternehmen der Textilindustrie, des Maschinenbaus und der metallverarbeitenden Industrie geprägt. Ab 1942 expandierte hier, wie im gesamten deutschen Reichsgebiet, die Rüstungsindustrie. Vor allem, weil Mitteldeutschland damals noch kein erreichbares Ziel alliierter Bombenangriffe war. Welche Standorte in Sachsen waren besonders bedeutsam für die Rüstungsindustrie?

Klaus-Dieter Müller: Munition und Waffen wurden an vielen unterschiedlichen Standorten in ganz Sachsen produziert. In Leipzig dominierte vor allem der Bau von Flugzeugen und Flugzeugmotoren, in Chemnitz die Herstellung von Fahrzeugen und Panzermotoren, im Raum Dresden die optische und feinmechanische Industrie mit Fertigungen für die Marine und die Luftwaffe.

In Freital, Gröditz und Riesa wurde Stahl, im Chemiedreieck um Borna und Böhlen/Espenhain wurden Öle, Schmierstoffe und Benzin hergestellt – auf der Basis von Braunkohleförderung. Der zentrale Befund ist, dass eben nicht nur in den großstädtischen Räumen, sondern praktisch überall für die Rüstung produziert wurde: Etwa in Zwickau, Plauen, Glauchau, Freiberg, Döbeln, Mittweida/Roßlau sowie in Radebeul. Insgesamt nennen wir im Buch Hunderte von großen und kleinen Werkstandorten in Sachsen. In all diesen Betrieben wurden Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen ausgebeutet.

Das Buch „NS-Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft 1939-1945“ von Klaus-Dieter Müller und Dietmar Wendler wird herausgegeben von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Es wird für Bildungszwecke im Freistaat Sachsen kostenlos zur Verfügung gestellt. Für die erste Auflage wurden 2.500 Exemplare gedruckt.

Was bedeutete die Verlagerung der Rüstungsindustrie in den Osten für die bereits dort angesiedelten Betriebe?

Werner Rellecke: Die sächsischen Unternehmen mussten, wie die anderen Betriebe im Reichsgebiet, im Laufe des Krieges auf Rüstungsproduktion umstellen – das war staatlich bewusst gewollt. Es war aber auch eine ökonomische Notwendigkeit. Wenn die Betriebe finanziell überleben wollten, mussten sie zumindest einen Teil ihrer Produktion auf Kriegsware ausrichten, auch dann, wenn sie eigentlich ganz andere Waren herstellten.

Dietmar Wendler: Das gilt auch für die 1921 gegründete Astra AG in Chemnitz. Astra stellte Rechenmaschinen und Buchungsmaschinen her. Eingesetzt wurden diese Maschinen in Banken, im Versicherungswesen, in den kaufmännischen Bereichen der Betriebe sowie in staatlichen Einrichtungen. Die von Betriebsgründer John Greve entwickelte Zehntasten-Addiermaschine war technische Avantgarde. Auf der Internationalen Büroausstellung in Berlin 1933 wurde eine seiner Buchungsmaschinen als Spitzenprodukt vorgestellt. Mit dem NS-Regime arrangierten sich die Firmenleitung und der Aufsichtsrat mehr oder weniger von Beginn an. Sicher auch deswegen konnte Astra sich trotz der Weltwirtschaftskrise auch danach als erfolgreiches Unternehmen behaupten. In den folgenden Jahren spendete die Astra AG einen Teil ihrer Einnahmen an die NSDAP, am 1. Mai 1944 erhielt sie den Titel „nationalsozialistischer Musterbetrieb“. Der Einstieg in die Rüstungsproduktion begann 1939: Produziert wurden Karabiner – also Gewehre –, Flugzugeile, Steuerungssysteme für gelenkte Flugkörper und technische Überwachungsgeräte für Militärflugzeuge. 1938 hatte die Astra AG die Strumpf- und Strickwarenfabrik von Rollmann & Rose gekauft, in der nur Rüstungsgüter hergestellt wurden. In einem ganz anderen Umfang konnte die ebenfalls in Chemnitz angesiedelte Auto Union AG agieren: Sie hat in der Kriegszeit mehrere kleinere Betriebe geschluckt. Denn die Auto Union war der größte Rüstungsproduzent der Region und hatte mehrere Standorte im In- und Ausland.

Klaus-Dieter Müller: Zum Vergleich: Die Astra-AG hatte zu Höchstzeiten um die 3000 Beschäftigten, während der gesamten Kriegszeit arbeiteten dort 1600 ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Und die Auto Union AG hatte am Ende des Krieges 50.000 Mitarbeiter, davon waren 45 Prozent Zwangsarbeiter.

Arbeiteten die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter mit den Deutschen gemeinsam?

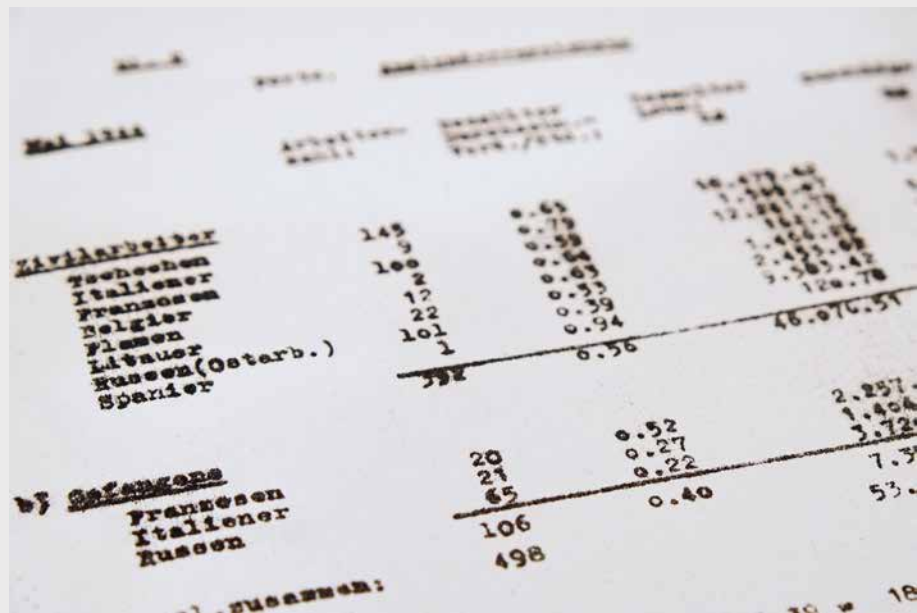
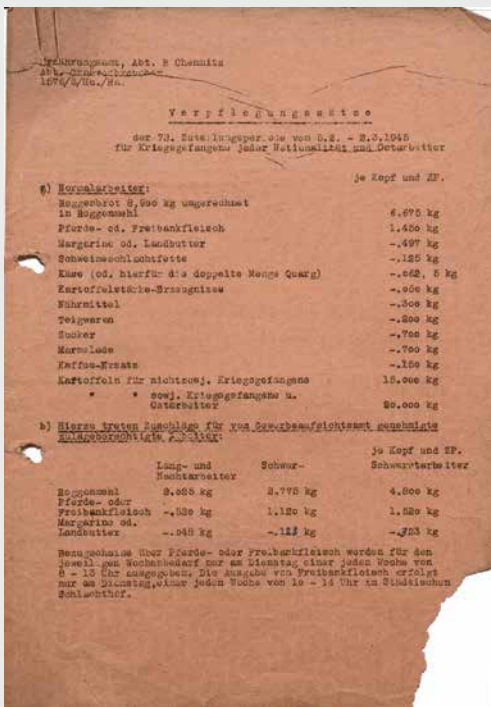
Klaus-Dieter Müller: Ja. In der Regel haben die Zwangsarbeiter in Betrieben und Fabriken mit den Deutschen zusammengearbeitet: Seite an Seite, an denselben Bänken, an denen beispielsweise Waffen oder Teile für Flugzeuge hergestellt wurden. In Einzelfällen wurden sowjetische Kriegsgefangene 1941 separat in Kolonnen eingesetzt, danach gab es diese Trennung nicht mehr. Im Arbeitsalltag machte die rassistische Ausgrenzung, wie das Regime sie vorsah, keinen Sinn: Da war der Mann aus Frankreich, der Sowjetunion oder Polen für manche einfach der Kollege. Wie man miteinander umging, war sicher individuell verschieden. Grundsätzlich durchzogen jedoch der vom NS-Regime vorgegebene Rassismus und Antisemitismus die Gesellschaft. Das zeigt sich auch in der fast durchgehend schlechten Behandlung der Zwangsarbeiter aus Osteuropa seitens der Betriebsleiter. Die Unterbringung in verdreckten Lagern, keine oder nur unzureichende medizinische Versorgung, Ausgrenzung, unangemessene Strafen und Verbote: das war in vielen Betrieben Alltag. Dabei unterlag dieser Bereich der Verantwortung des Einzelnen! Kein Betriebsleiter wurde von der Regierung gezwungen, seine Arbeitskräfte so zu behandeln. Die Ernährung der Kriegsgefangenen wie auch der anderen Gruppen war dagegen zentral geregelt. Die Unternehmen konnten aber versuchen, etwa durch Ernten auf eigenen Feldern, eine zusätzliche Versorgung zu schaffen. Die Astra AG hat hier grundsätzlich keine besonderen Anstrengungen unternommen.

Woher kamen die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in Chemnitz für die Astra Werke arbeiten mussten?

Klaus-Dieter Müller: Aus einer Liste, die Ende 1945 für die sowjetische Besatzungsmacht angefertigt werden musste, geht hervor: Die Astra Werke verfügten über etwa 500 sowjetische Kriegsgefangene und 500 KZ-Häftlinge sowie über 340 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen vor allem aus den Ländern Frankreich, Belgien und Holland, die in dieser Liste als drittgrößte Gruppe zusammengefasst wurden. Und schließlich über 282 der sogenannten Ostarbeiter, also Zivilisten aus der Sowjetunion und Polen.

Die Zivilproduktion der Astra Werke, die Herstellung der Rechenmaschinen, lief parallel zur Rüstungsindustrie auch noch weiter – im sogenannten Generalgouvernement in Polen...

Klaus-Dieter Müller: Die Astra-AG produzierte – als einziger Betrieb Sachsens – im Warschauer Ghetto. Die im Ghetto internierten jüdischen Menschen mussten



Amtliche Verpflegungssätze Februar/März 1945 für die Eisengießerei G. Krautheim AG in Chemnitz.
Quelle: Staatsarchiv Chemnitz

für die Chemnitzer Firma die Buchungs- und Rechenmaschinen herstellen. Denn Astra wollte sich ihre traditionellen Produkte und ihr Know-How bewahren, um sich damit bereits für die Nachkriegszeit abzusichern. Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, dass die Leitung der Astra Werke überhaupt kein Unrechtsbewusstsein hatte. Die Haltung eines Oskar Schindler und sein Ansinnen, jüdische Menschen vor dem Tod zu retten – diese Haltung gab es hier überhaupt nicht. Das einzige Interesse der Betriebsführung war, aufgrund des immer weiter steigenden Drucks aus Berlin, voll auf Rüstungsproduktion umzusteigen, Astras Zivilproduktion irgendwie zu erhalten. Es ging um betriebswirtschaftliche Rentabilität. Die Frage, was aus den jüdischen Arbeitskräften im Ghetto wird und welche Verantwortung man selbst trägt, die stellte man sich nicht. Im Herbst 1942 wurde die Produktion eingestellt. In den folgenden Monaten wurden die Juden von der SS in Warschau ermordet oder in Vernichtungslager deportiert. Im Geschäftsbericht der Astra-AG 1942/43 hieß es lediglich, die „Anlernung der jüdischen Arbeitskräfte“ sei „umsonst gewesen“.

Der Gründer John E. Greve leitete die Astra AG auch während der Kriegsjahre. Er trägt also für all dies die Verantwortung. Dann gab es Fritz Kluge, den sogenannten Abwehrbeauftragten der Astra AG. Kluge war damit auch Mitarbeiter der Gestapo: Was war seine

Rolle im Betrieb? Und wurden die beiden nach 1945 verurteilt?

Dietmar Wendler: Abwehrbeauftragte waren für alle Fragen der Sicherheit im Betrieb verantwortlich. Vor allem oblag es ihnen, ob sie einen deutschen Arbeiter oder einen ausländischen Zwangsarbeiter bei Verstößen oder Widerstandshandlungen an die Gestapo auslieferten: Damit entschied der jeweilige Abwehrbeauftragte faktisch über die Bestrafung, im Extremfall auch über Leben und wahrscheinlichen Tod des Arbeiters. Den Abwehrbeauftragten unterstand auch der sogenannte Werkschutz, der die ausländischen Arbeitskräfte, insbesondere die KZ-Häftlinge, bewachen musste. Fritz Kluge erhielt Anfang der 1940er Jahr seine Urkunde als Abwehrbeauftragter mit der Unterschrift von Heydrich. Als Mitarbeiter der Gestapo wurde Kluge nach Kriegsende in sowjetisches Speziallager eingewiesen. Anfang 1950 wurde er dann den DDR-Behörden übergeben, und bei den Prozessen in der Strafanstalt Waldheim verurteilt. John Greve wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht enteignet und entlassen. 1948 ging er nach Westdeutschland und wurde Mitbegründer eines neuen Unternehmens: der Exacta-Büromaschinen GmbH, die später in der Nixdorf Computer AG aufging. Den Namen „Astra“ ließ er sich nach dem Krieg patentieren. Er starb 1963, ohne je für seine Taten gerade stehen zu müssen.

„Pro Tag bekamen wir eine Schnitte Brot“



🗨 Irena K. aus Polen musste 1944 und 1945 in den Chemnitzer Astra Werken Zwangsarbeit leisten. Nach Sachsen kam sie zusammen mit 500 weiteren Frauen – mit einem Transport aus Auschwitz. Im Konzentrationslager hatten sie alle am eigenen Leib Terror und Gewalt erfahren, ihre Familien irgendwo verloren und gehungert. Bei Astra mussten die Frauen dann für die Wehrmacht Waffen und Munition produzieren – unter menschenunwürdigen Bedingungen.

Mit 22 Jahren wurde Irena K. in der polnischen Stadt Radom von der Gestapo verhaftet und ins Gefängnis gesperrt. Nicht, weil sie ein Delikt oder ein Verbrechen begangen hatte. Die junge Frau wurde verhaftet, weil sie jüdisch war. Sie teilte damit das Schicksal von Millionen Menschen, die während des nationalsozialistischen Terrors ihrer Freiheit, ihrer Würde und meist auch ihres Lebens beraubt wurden. Diejenigen, die Konzentrationslager und Zwangsarbeit, Folter und Hunger überlebten, kämpften oft ihr ganzes Leben mit den körperlichen und seelischen Folgen dieser Zeit. Vermutlich war Radom die Heimatstadt von Irena K. Radom liegt etwa 100 Kilometer südlich der Hauptstadt Warschau. Vor dem Zweiten Weltkrieg waren beinahe

ein Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner Juden. Die jüdische Gemeinde Radoms war ab Mitte des 19. Jahrhunderts gewachsen, die 1844 erbaute Synagoge war der Mittelpunkt ihres religiösen und kulturellen Lebens.

Im September 1939 besetzten die deutschen Truppen die Stadt. Ab 1940 wurden Tausende Juden aus Radom in Arbeitslager verschleppt, viele von ihnen wurden ermordet. Im April 1941 ließ die deutsche Verwaltung zwei Ghettos errichten: Die dortigen Lebensbedingungen waren katastrophal. Zudem führte die SS wiederholt „Aktionen“ durch, bei denen zahlreiche Juden erschossen oder in Lager deportiert wurden. Im August 1942 wurden beide Ghettos mit äußerster Brutalität aufgelöst.

Irena K. wurde 1943 von den Deutschen in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert. Sie überlebte die sogenannten Selektionen und wurde ein Jahr später zur Zwangsarbeit nach Chemnitz gebracht. Davon berichtete sie nach dem Krieg als Zeugin vor der Kommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Kielce: „Im Oktober 1944 verlegte man mich

ins Durchgangslager Leitmeritz und von dort ins Lager Chemnitz bei der Munitionsfabrik ‚Astra‘. Mit unserem Transport kamen in dem Lager 500 weibliche Häftlinge an.“

Sie beschrieb, unter welchen Bedingungen die Frauen dort leben und arbeiten mussten: Untergebracht waren sie im fünften Stock des Fabrikgebäudes und arbeiteten in den Etagen darunter. Verlassen durften sie das Gebäude nicht – über Monate. Sie schliefen in dreistöckigen Betten auf Strohsäcken, ohne Bettwäsche. „Zum Essen bekamen wir pro Tag eine Schnitte Brot, ein kleines Würfelchen Margarine oder eine ebenso große Portion Marmelade. Morgens erhielten wir ½ Liter heißes Getränk, Tee genannt, nicht gesüßt, mittags ½ Liter Kohlrübensuppe und abends ½ Liter nicht gesüßten schwarzen Kaffee.“

Trotz dieser dauerhaften Unterernährung mussten die Frauen hart arbeiten: „Die Fabrikarbeit erfolgte in zwei Schichten zu je zwölf Stunden“, berichtete Irena K. Die Tagesschicht dauerte von 6 Uhr früh bis 18 Uhr, die Nachtschicht von 18 bis 6 Uhr. „Wir wurden bei der Produktion von Munition beschäftigt und kamen dabei auch mit Chemikalien in Berührung, die oft Vergiftungen verursachten. Die Arbeiten beaufsichtigten deutsche Meister in Zivil.“

Über die Arbeitsbedingungen bei den Chemnitzer Astra-Werken sagten Ende der 1960er Jahre bei Kommissionen zur Untersuchung von NS-Verbrechen mehrere der Frauen aus, die am 15. Oktober 1944 mit dem Transport aus Auschwitz nach Chemnitz gekommen waren. Unter ihnen waren hauptsächlich polnische Frauen, außerdem russische, tschechische, jugoslawische und Roma-Frauen.

Viele derjenigen, die überlebt hatten, waren im letzten Kriegsjahr von Chemnitz aus in das Konzentrationslager Bergen-Belsen deportiert worden. Dort wurden sie am 15. April 1945 von britischen Truppen befreit, knapp drei Monate nach der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee am 27. Januar 1945.

In Sachsen gab es während des Krieges mehr als 2.000 so genannter Ausländerlager und 62 KZ-Außenlager. Etwa 4.200 Menschen starben in den sächsischen Konzentrationslagern an Überlastung, Krankheiten und Hunger – oder sie wurden in Massakern ermordet. Von den Kriegsgefangenen starben etwa 11.000 Menschen im Zusammenhang mit ihrem Zwangsarbeitseinsatz in Sachsen. Und bei brutalen Evakuierungsmärschen und Transporten zum Kriegsende kamen zusätzlich Tausende von Menschen zu Tode.



Astra-Werke Chemnitz, Postkarte

Social Media, Gaming und Histotainment

Digitale Formate und
Strategien zur
Erinnerungskultur

Von Juliane Flade, Henriette Mehn, Thomas Bürger

Die Tagung „Erinnerungskultur digital – Impulse, Herausforderungen, Strategien“ führte im Oktober 2022 mehr als 100 Teilnehmende aus mehr als 60 Vereinen, Initiativen und Einrichtungen zusammen. Die Sächsische Bibliotheksgesellschaft richtete die Tagung im Workshop-Format gemeinsam mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und sieben weiteren Partnereinrichtungen aus.

Die Eröffnungsdiskussion „Digital – Macht – Geschichte“ in der Dresdner Frauenkirche startete mit einem digitalen Impuls von Kulturstaatsministerin Claudia Roth. Anschließend wurde über Unterschiede der Erinnerungskulturen in Deutschland, Polen und Tschechien diskutiert und darüber, gemeinsame Perspektiven, europäische Erinnerungsorte digital stärker sichtbar zu machen. Mehr Medienkompetenz, mehr Kooperation und Vernetzung seien anzustreben.

Digitalisierung der Erinnerungskultur und Gamification

Im ersten Workshop über digitale Methoden und Werkzeuge stellte Tanja Tröger (Stadtwiki Dresden) die Vorteile der Wikimedia-Plattform (intuitive Nutzung, kostenfreien Zugang) vor. Torsten Wehlmann präsentierte die Topothek Leipzig und das Projekt „Time Machine“. Franziska Schubert von Arolsen Archives betonte die Vorteile von Foren für Citizen Science als Austauschmöglichkeit sowie die Vorteile digitaler Verfügbarkeit historischer Quellen. Ein Ergebnis des Workshops ist der Impuls, dass Archive und Bibliotheken eine Schlüsselrolle bei der digitalen Verfügbarkeit und Nachhaltigkeit von Projekten zur Erinnerungskultur übernehmen sollten. Auch sei die Vernetzung und öffentliche Sichtbarkeit deutlich zu stärken.

Der zweite Workshop ging der Frage nach, wie Lücken bei der Digitalisierung historischer Zeitzeugnisse

angesichts des Verlusts von Zeitzeugen des 20. Jahrhunderts ausgefüllt werden können. Dr. Konstantin Hermann (Landesdigitalisierungsprogramm der SLUB Dresden) und Dr. Domenic Städtler (Deutsche Digitale Bibliothek) plädierten bei der Vielzahl der Portale und Suchmöglichkeiten für Hilfestellungen und Handreichungen, auch für noch mehr Unterstützung bei der praktischen Weitergabe digitalisierter Quellen an diese Portale. Der Sinn und Nutzen von Disclaimern bei der digitalen Präsentation ethisch problematischer Quellen wurde intensiv diskutiert: Disclaimer sollten gut dosiert und gezielt eingesetzt werden, ohne die Nutzenden zu bevormunden. Noch wichtiger seien aber geeignete Kontextualisierungen. Beim Zeitungsportal der Deutschen Digitalen Bibliothek etwa sollten künftig NS-Zeitungen neben Exilzeitungen gestellt werden, um künftig direkt und barrierefrei auf unterschiedliche Zeitzeugnisse zugreifen zu können.

Digitale Formaten und originale Erinnerungsorte

Das zweite Panel mit drei Workshops war der digitalen Vermittlung gewidmet. Den Workshop „Chancen digitalen Vermittelns und Lernens für Gedenkstätten und Schulen“ moderierten Sven Riesel (Stiftung Sächsische Gedenkstätten) und Anna Schüller, Lehrerin in Chemnitz. Oliver Plessow (Universität Rostock) fasste die Diskussion wie folgt zusammen: „Gedenkstätten brauchen mehr Digitalität, sie brauchen aber auch die Präsenz vor Ort. Die Menschen möchten nach der Pandemie jetzt wieder leibhaftig an die historischen Orte.“ Neue Besuchergenerationen mit intelligenten digitalen Formaten in die vielen originalen Erinnerungsorte einzuladen, sei die aktuelle Herausforderung. Dafür hatte sich am Vorabend bereits Wojciech Soczewica am Beispiel des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau ausgesprochen.

Beim vierten, von Mathias Herrmann (TU Dresden) und Dr. Nico Nolden (Universität Hannover) moderierten Workshop „Digitale Spiele in der Erinnerungskultur“ wurde es noch konkreter. Für Dr. Anne Dippel (Universität Jena), Tabea Widmann (Universität Konstanz) und Christian Huberts von der „Datenbank Games und Erinnerungskultur“ der Stiftung Digitale Spielekultur sind digitale Spiele längst zu einem relevanten und innovativen Bestandteil der Erinnerungskultur herangewachsen.

Gaming sollte als Vermittlungsformat von und für Digital Natives ernst genommen und im Dialog von Spiele- und Gedenkkultur aktiv weiterentwickelt werden.

Der Workshop „Social Media – Neue Wege bei der Vermittlung von Geschichte“ schlug die Brücke zu den sozialen Netzwerken. Martin Reimer (TU Dresden) und Lisa-Marie Eberharter (Dresdner Geschichtsverein e.V.) erläuterten die Wechselbeziehungen zwischen ernsthaftem Interesse an Vergangenem, Histotainment und (politischer) Instrumentalisierung. Der Historiker Dr. Hannes Burkhardt, Referent für politische Bildung in Rostock, hat umfangreich über Nationalsozialismus und Holocaust in Erinnerungskulturen auf Facebook, Twitter, Pinterest und Instagram gearbeitet. Dr. Iris Groschek, Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen, faszinierte mit ihren Praxiserfahrungen, konkret ihrer Präsenz bei TikTok, um neues Publikum für die Hamburger Gedenkstätte KZ Hohengamme zu gewinnen. Sie wünschte, dass digitale Bildung endlich als Basisaufgabe begriffen und Personalressourcen entsprechend in den Institutionen eingesetzt werden. Ziel sei eine wertschätzende Haltung für junge Zielgruppen, die anders erreicht werden (wollen).



Fotos: Crispin-Iven Mokry

Markt der Möglichkeiten

Ein Markt der Möglichkeiten bot Möglichkeiten zur Anschauung konkreter Projekte. Zwölf Vereine und Initiativen präsentierten ihre Arbeit. So engagiert sich Jan Schenck seit vielen Jahren für die „Verbrannten Orte“, konkret für die Kartierung und Vernetzung von Quellen zu den Orten der Bücherverbrennung 1933. Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur präsentierte das Projekt Hi-Stories, das sich direkt an die Schulen wendet. Wie die Stolpersteine NRW

durch den WDR vernetzt wurden, erläuterten Stefan Domke und Jule Küpper aus Köln. Christian Hubert stellte Spiele aus seiner Datenbank Games und Erinnerungskultur vor. Kay-Michael Würzner (Open Science SLUB Dresden) präsentierte das Moravian Knowledge Network, welches sich mit der digitalen Erschließung handschriftlicher Quellen der Herrnhuter Brüdergemeine befasst. Fragen rund um Wikisource beantwortete Andreas Wagner am Wikisource-Beratungsstand.

Bürgerengagement für eine digitale Erinnerungskultur

Der Samstag war der Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen, Initiativen und Institutionen gewidmet. Der Workshop „Best practice – Erfahrungsaustausch und Visionen“ zeigte: Es gibt viel Engagement, viele Erfolge und hohe Motivation, aber auch Defizite und To do´s: Mehr Vernetzung zur Vermeidung von Doppelarbeit und mehr Nachhaltigkeit waren zwei Themenschwerpunkte und Forderungen. „Was uns fehlt ist ein guter Überblick über die vielen neuen Tools und Werkzeuge, die wir angefangen von Citizen Science bis zur Spitzenforschung gemeinsam nutzen können, um innovative Projekte zu gestalten“, sagte Katrin Moeller vom Historischen Datenzentrum der Universität Halle: „Es sind vor allem die gemeinsamen Schnittstellen, Normdaten und Linkage-Techniken, über die wir webbasiert die Brücken zwischen den

einzelnen Projekten schlagen können und so vernetztes Wissen für Erinnerungskultur und Wissenschaften voranbringen.“

Die Tagung war zwar hybrid angelegt, aber alle waren sich einig, dass nach der langen Corona-Unterbrechung die persönlichen Gespräche überfällig waren. Eine konstruktive Zusammenarbeit von so unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren auf Augenhöhe benötigt Vertrauen und regelmäßigen Austausch. Die Tagung versteht sich deshalb als Anfang und Impuls für mehr Vernetzung und Digitalität in der Erinnerungskultur. Und auch darüber waren sich alle einig: Demokratie braucht mehr digitale Bildung und eine weiterhin lebendige und überzeugende Erinnerungskultur, analog und digital.

Ein kritisches Vertrauen in Wissen- schaft und Medien



Fotos: BastiWinter

Von Peter Stawowy

📌 Sind politische Bildung und kritische Medienbildung noch losgelöst voneinander zu betrachten? Bericht zur Fachtagung „Politische Medienbildung? Perspektiven für politische Bildung und Medienpädagogik“ im September 2022 in Dresden.



Der 16. Kinder- und Jugendbericht gibt auf die Frage nach dem Verhältnis von politischer Bildung und kritischer Medienbildung eine klare Empfehlung: Beide sind konsequent zur politischen Medienbildung zu verschränken: „Diese politische Medienbildung soll sich mit medial bedingten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen auseinandersetzen, veränderte Öffentlichkeiten durch neue Medienstrukturen reflek-

tieren, Optionen der Selbstermächtigung eröffnen und dazu beitragen, multimediale Angebote altersgerecht hinterfragen zu können.“ Um die konkrete Umsetzung zu diskutieren, trafen sich rund 120 Teilnehmende aus beiden Disziplinen auf der zweitägigen Fachtagung „Politische Medienbildung? Perspektiven für politische Bildung und Medienpädagogik“ am 19. und 20. September 2022 in Dresden.

Das Thema ist ein großes!

Zum Einstieg begrüßte die sächsische Staatssekretärin vom Ministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Gesine Märtens. Sie äußerte gleich zu Beginn ihren Respekt vor dem Vorhaben und ihre Sorge um die Demokratie: „Wir alle wissen: Es ist verdammt schwer, Menschen in der Handhabung eines Systems auszubilden, dass sich schnell verändert und so verletzlich und so manipulierbar – und mittlerweile auch so prekär ist.“ Dr. Friederike von Gross, Geschäftsführerin der mitver-

anstaltenden Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK), betonte, dass der Umgang mit Medien heutzutage Schlüsselkompetenz sei. Arne Busse schließlich von der ebenfalls einladenden Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) erläuterte anhand eines konkreten Beispiels – kurz zuvor waren über 30 nachgebaute Fake-Nachrichtenseiten als Mittel russischer Propaganda entdeckt worden – warum aus seiner Sicht die Zusammenarbeit der beiden Disziplinen notwendig sei.

Neue Kompetenzen nötig

Aber wie kommen politische Bildung und Medienbildung so zusammen, dass daraus politische Medienbildung entsteht? Dazu Professorin Monika Oberle von der Georg-August-Universität Göttingen in ihrem Vortrag: Die Bürgerinnen und Bürger benötigen ein neues Maß an Orientierungsfähigkeit. Dazu zählen angepasste Recherche-, Selektions-, Einordnungs- und Verifikationsfähigkeiten, Sensibilität für die Verbreitung von „fake news“ und kommunikative und partizipative Handlungsfähigkeit im Netz. Sie bräuchten aber auch, so Oberle,

„netzpolitische Kompetenz, um Ansätze zur Regulierung der Medien beurteilen und gestalten zu können“. Dazu beschrieb Oberle drei bereits praktizierte Zugänge: klassische analoge Zugänge wie etwa Rollenspiele, den Einsatz von digitalen Medien im Unterricht wie auch als Lernmittel und die originäre Entwicklung von digitalen Tools, wie etwa den Wahl-O-Mat, das Fake-Finder-Projekt des SWR oder das Bad News Game. Ihr Fazit: „Wir müssen die Menschen dazu befähigen, ein kritisches Vertrauen in Wissenschaft und Medien zu entwickeln.“

Mediale Lehrerausbildung: mangelhaft

Der zweite Input unter dem Titel: „Medienbildung & politische Bildung zusammen denken?! Chancen und Herausforderungen am Beispiel der Lehramtsausbildung“ kam von Professorin Sonja Ganguin von der Universität Leipzig.

Sie berichtete über das Projekt „Praxisdigitalis“ mit dem Lehramtsstudierenden systematisch und nachhaltig Handlungskompetenz in Bezug auf digitale Medien und digital organisiertes Lernen vermittelt werden soll.

Das Projekt richtet sich an Lehramtsstudierende in Sachsen und stellt die Frage, welche Fähigkeiten in Bezug auf die Digitalisierung die nachwachsende Lehrerinnen- und Lehrergeneration haben sollte. Denn, so Ganguin: Das Thema Digitalisierung mit all seinen Facetten, gerade aber hinsichtlich der politischen Medienbildung, sei noch immer viel zu wenig in der Lehramtsausbildung vertreten und folglich seien gerade bei Lehrerinnen und Lehrern „vergleichsweise geringe digitale Kompetenzen“ vorhanden.



Mehr Sichtbarkeit für konkrete Projekte

In der anschließenden Diskussion kamen zu den Professorinnen Ganguin und Oberle noch zwei Praktikerinnen auf die Bühne: Helle Becker, Leiterin der Transferstelle politische Bildung in Essen, und die Medienpädagogin Renate Hillen aus Frankfurt am Main.

Becker kritisierte: In der Praxis würden viele Theorie-Konzepte wenig nützen. Lehrkräfte seien dankbar für konkrete Angebote, weil sie selbst mit der technischen Entwicklung kaum mithalten könnten. „Aber auch in der außerschulischen Szene gibt es diese Diskussion und das Bewusstsein, dass Medienbildung mit politischer Bildung zu tun hat und beide verknüpft werden sollten“, so Becker. Dem Hinweis, dass kritisches Denken und Hinterfragen in der Gesellschaft allgemein mehr Raum einnehmen sollten, schloss sich die

Medienpädagogin Hillen an: „Der feministische und antidiskriminierende Gedanke kommt viel zu kurz und wird oft nur liebevoll mitgedacht.“

Auf die Frage, wie nun Medienbildung und politische Bildung enger vernetzt werden könnten, nannte das Podium ganz unterschiedliche Punkte: mehr Vielfältigkeit in den Projekten und weit größere Diversität, mehr interdisziplinären Austausch mit großen Praxisanteilen und mehr Aufmerksamkeit: „Ich fände es klasse, wenn diese Projekte sichtbarer würden.“

Das Podium gab der politischen Bildung auch noch eine Hausaufgabe auf, die es in der Kürze der Diskussion nicht beantworten konnte: „Was ist mit denen, die man nicht erreicht?“, fragte Professorin Oberle.



Wir brauchen mehr Basics

Die Frage der Erreichbarkeit politikferner Zielgruppen beschäftigte alle vier Praxisworkshops zu den Themen Desinformation, Medienkritik, Partizipation und Netzpolitik. Dem gefühlt zunehmenden mangelnden Vertrauen in Politik und Medien kann, vor allem über die Vermittlung von Selbstwirksamkeit, begegnet werden. Dabei ist auf allen Ebenen zu berücksichtigen: Wir sitzen angesichts der Digitalisierung im fahrenden Zug

und wissen noch nicht genau, wo wir rauskommen - mit welchen Geräten, auf welchen Wegen wir zukünftig Informationen und Nachrichten mit politischer Dimension bekommen. Daher ist es von zentraler Bedeutung, dass beide Gattungen, ob einzeln oder gemeinsam, in naher Zukunft noch deutlich mehr Basics über die Funktionsweise der Demokratie und die Arbeitsweisen der Medien vermitteln.

Relevanz des Themas liegt auf dem Tisch

Nach zwei Tagen intensiven Austauschs in Workshops und Hintergrundgesprächen sowie im Plenum resümierte Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung: „Die Relevanz von politischer Medienbildung liegt sowas von ‚auf dem Tisch‘, dass wir es uns nicht mehr leisten können, kleine Mäuerchen um das eigene Revier zu ziehen und zu verteidigen“. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen sei es nicht mehr möglich, politische Bildung zu machen, ohne mediale Formate

mit zudenken und zu kreieren. Ebenso unmöglich sei Medienbildung, ohne über die politische Dimension der Nutzung von Medien Stellung zu beziehen – relevante Themen seien etwa Datenschutz, die monopolistischen Plattformen oder gelenkte Strategien in der medialen Landschaft. ergänzte: Die Tagung hätte gezeigt, ergänzte GMK-Vorsitzende Sabine Eder, „dass wir viele Dinge gemeinsam wollen und uns den gleichen Herausforderungen stellen, stellen wollen und auch müssen.“

Finanzexperte Friedbert Damm: Wir sollten uns vor Panik hüten

Der Finanzexperte Friedbert Damm erklärt bei Veranstaltungen der Reihe „Kontrovers vor Ort“, wie Inflation entsteht, ob ein Ende der Preisspirale absehbar ist, und vor welchen Szenarien man keine Angst haben muss. Hier im Gespräch mit unserer Autorin Doreen Reinhard.

Die Inflationsrate erreicht immer neue Rekorde. Aktuell liegt sie in Europa bei über neun Prozent. Das heißt, für das gleiche Geld können wir uns immer weniger kaufen. Oder wie würden Sie Inflation erklären, Herr Damm?

Friedbert Damm: Das ist richtig definiert, eine Inflation ist eine fortschreitende Geldentwertung. Das Wort „Inflation“ kommt vom lateinischen „inflare“, das bedeutet: aufblähen, anschwellen. Die Erhöhung des Preisniveaus führt zu Verminderung der Kaufkraft. Und das spüren wir alle. Andere Wirtschaftsthemen, etwa Arbeitslosigkeit, betreffen nur einen Teil der Gesellschaft. Inflation betrifft alle, Kommunen, Unternehmen, einzelne Personen, Arme und Reiche.

Welche Faktoren schrauben die Inflation gerade nach oben?

Friedbert Damm: Der Bereich Energie hat einen großen Einfluss. Der Anstieg der Energiepreise, der sich auch in unseren Rechnungen beispielsweise fürs Tanken, für Öl und Gas widerspiegelt. Diese Preise werden vor dem anstehenden Winter weiter steigen. Ein anderer Faktor, der die Inflation antreibt, sind Schwierigkeiten bei Lieferketten. Da spielt auch das Thema Corona hinein, an chinesischen Häfen gibt es großen Warenstaus durch Lockdowns. Warenlieferungen, die uns sonst versorgen, funktionieren nicht mehr. Auch das treibt die Preise nach oben. Diese Steigerungen werden in allen möglichen Bereichen an Kunden weitergegeben, vieles wird also teurer.

Wann hat es zuletzt solch hohe Inflationsraten gegeben?

Friedbert Damm: Wir haben zum Beispiel Anfang der 70er-Jahre Inflationsschübe erlebt. Auslöser war der israelisch-arabische Jom-Kippur-Krieg, der Staaten und Energiemärkte in Krisen stürzte. Auch damals wurde die Inflation angetrieben durch die Verteuerung von Energie. Es gab einen Ölpreisschock. Die Inflationsrate lag damals bei etwa sieben Prozent. Auch in den 80er-Jahren gab es leichte Inflationswellen. Nun erleben wir allerdings neue Höhen. Steigerungen wie jetzt haben wir seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen. Die europäische Inflationsrate hat die neun Prozent inzwischen übersprungen. Bis zu fünf Prozent Inflationsrate spricht man von einer leichten Inflation, zwischen fünf und 20 Prozent geht es um eine beschleunigende Inflation, da sind wir im Moment drin. Danach geht es weiter mit der galoppierenden Inflation und ab 50 Prozent handelt es sich um eine Hyperinflation.

Muss man befürchten, dass es wieder zu solchen Entwicklungen kommt oder ist das völlig übertrieben?

Friedbert Damm: Die Hyperinflation hat sich in Deutschland zwischen 1914 und 1929 entwickelt. Ein

Wir sollten uns vor Panik hüten.

Im Gespräch:
FRIEDBERT DAMM
Finanzexperte

22. NOV 19:00
Freital, Stadtbibliothek
Bahnhofstraße 34

Interview mit
FRIEDBERT DAMM

KONTROVERS VOR ORT
GUTEN TUNEN ARGUMENTE

berühmtes Beispiel ist das Frühstücksei. Das kostete zu Beginn des Ersten Weltkriegs sechs Pfennig, der Preis stieg im Laufe der 1920er-Jahre schließlich auf 900 Milliarden Reichsmark. Das kann sich heute kein Mensch mehr vorstellen. Solche Szenarien kann man nicht mit der aktuellen Situation vergleichen, dazu wird es nicht kommen. Da sollten wir uns vor Panik hüten.

Lohnt es sich in der aktuellen Lage überhaupt noch Geld auf dem Konto zu sparen?

Friedbert Damm: Ich will kein Anlageseminar machen, das ist Sache von Banken und Sparkassen. Aber wir werden in meinen Veranstaltungen zumindest einen Blick auf Anlageformen werfen und schauen, wie sie sich in der aktuellen Lage verhalten, etwa Immobilien, Aktien, Rentenwerte oder Rohstoffe wie Gold.

Kann eine Inflation auch nützlich sein und, falls Ja, für wen?

Friedbert Damm: Eine Inflation kann all jenen nützen, die einen festen Betrag schulden, der nicht angepasst werden kann. Schuldner können auch Staaten sein. Sie gehören in diesen Kreisläufen, zumindest was diesen Aspekt angeht, zu Gewinnern, weil ihre Schuldenwerte in der Inflationsphase geringer werden. In großen Inflationsphasen könnten sich Staaten gewissermaßen entschulden. Aber Inflationsprozesse schaden natürlich vielen anderen Bereichen. Und sie gehen zulasten der kleinen Leute, die nicht viel Geld zum Leben haben, erst recht nicht zum Sparen.

Wird die Inflation immer weiter steigen oder ist ein Ende absehbar?

Friedbert Damm: Die Inflation könnte zunächst weiter angetrieben werden durch eine Lohn-Preis-Spirale. In der europäischen Volkswirtschaft könnten die steigenden Preise auch die Löhne hochtreiben, daraus würde ein tückischer Inflationskreislauf entstehen. Derzeit kann ich das noch nicht erkennen. Den höchsten Inflationspunkt haben wir aber sicher noch nicht gesehen.



Wir werden im Herbst weitere Unsicherheiten erleben, besonders in den Energiebereichen. Die Inflationsrate wird möglicherweise auch noch über zehn klettern, also zweistellig werden. Aber ich denke im nächsten Jahr wird sich diese Lage beruhigen. Ich glaube nicht, dass wir eine Dauerinflation bekommen werden.

Natürlich wird vieles davon abhängen, wie es mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine weitergeht, wie sich die Fragen der Energiebeschaffung entwickeln. Werden die Preise weiter klettern oder wieder sinken? Wenn sich das Ganze normalisiert, werden wir auch wieder einen beruhigten Marktmechanismus, sinkende Preise und einen neuen Aufschwung erleben. Bei diesen Prozessen spielt auch ein psychologisches Moment hinein. Die Inflation wird dann aufhören, wenn wir eine neue, wie auch immer geartete Normalität haben.



Friedbert Damm war 30 Jahre Direktor einer deutschen Großbank, zuletzt in Dresden. Er ist Experte für Themen wie Negativzinsen, Inflation und die Zukunft des Geldes. Im Rahmen der Reihe „Kontrovers für Ort“, einer Kooperation der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung mit dem Sächsischen Volkshochschulverband und dem Landesverband Soziokultur Sachsen, referiert Damm zum Thema: „Trauma Inflation – oder: Wie bringen wir unser Geld in Sicherheit?“ am 27.09. in Torgau, 04.10. in Chemnitz und 20.10. in Hoyerswerda. Mehr Informationen zu dieser Veranstaltung und weiter Termine im November finden Sie hier.

Das Feld nicht rechten „Erweckern“ abgehängter Räume überlassen

Von Michael Bartsch

Der dritte Abend der Reihe „Rechte Landnahme“, veranstaltet von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) und der AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte (AG KfDM), stand unter dem Motto: **Gemeinsam engagiert vor Ort – was tun gegen rechte Landnahme?**

Bei den ersten beiden Online-Foren im Mai wurden bereits die Erscheinungsformen „rechter Landnahme“ diskutiert. Also das eher unspektakuläre Vordringen nicht auf den ersten Blick als extremistisch wahrnehmbarer, aber von völkischen, chauvinistischen und Leitgedanken der Reichsbürger beherrschten Kreisen durch Grundstücks- und Gebäudekauf. Gut getarnt, oft scheinalternative Lebensweisen propagierend, erlangen solche größtenteils zugewanderten Kräfte sogar lokale Akzeptanz, speziell im Osten Deutschlands.

Müssen wir dieser Entwicklung mangels juristischer oder administrativer Eingriffsmöglichkeiten tatenlos zuschauen, oder gibt es Chancen, möglichst schon vor einem Kauf einzugreifen? Solche Handlungsoptionen wollte der dritte, am 12. Juli nachgeholte, Abschluss-termin der Reihe erörtern. Es ging um die Wirksamkeit präventiver Aufklärung, um zivilgesellschaftliches Eingreifen, kirchliches Engagement und um Spielräume von Kommunen, also darum, wie sich die „rechte Landnahme“ konkret vor Ort verhindern lässt.

Lokale Akteure berichten

Als Hauptgesprächspartner eingeladen waren diesmal die im südöstlichsten Teil Sachsens gut bekannte Dorothea Schneider, die sich seit 22 Jahren im Verein „Augen auf“ Zittau engagiert und dort Projekte leitet, sowie Dr. Peter Paul Straube aus Bautzen. Er war früher im katholischen Bischof-Benno-Haus Schmochtitz tätig und betreibt heute den ökumenischen Domladen in Bautzen.

Moderiert wurde die Online-Veranstaltung von Stephanie Hauk aus Leipzig, Geschäftsführerin des Katholikenrats im Bistum Dresden-Meißen und Friedemann Brause, Referent der SLpB. Mit nur 18 Teilnehmenden

blieb der Zuspruch allerdings geringer als bei den ersten beiden Veranstaltungen. Mehr als die Hälfte des Publikums war bereits bei Teil 1 und 2 der Reihe dabei gewesen.

Kurzfristig verhindert war Pfarrerin Katja Schulze von der evangelisch-lutherischen Kirchgemeinde Leisnig - Tragnitz – Altenhof im Mittelsächsischen, geographisch eines der Zentren der rechten Zuzugsbewegung. Die Pfarrerin hatte für die Zoom-Veranstaltung schriftlich Vorschläge vorbereitet, wie Bestrebungen rechter Landnahme zivilgesellschaftlich begegnet werden könne. Moderatorin Stephanie Hauk trug vor.



Nebenbau des ehemaligen Ritterguts Syhra in Geithain.
Foto: Jörg Blobelt/Wikimedia Commons.



Abgehängt. Abwanderung und Strukturschwäche öffnen Räume für rechte Siedler. Foto: IMAGO / Sylvio Dittrich

Kirche als Begegnungsraum

PfarrerIn Schulze appellierte an die Medien, mehr über das Thema zu informieren und so ein kritisches Bewusstsein bei der Bevölkerung zu schaffen. Auch Bildungseinrichtungen sollten verstärkt über das Problem aufklären. Außerdem schlug sie vor, Kirchen im ländlichen Raum für Begegnungen zur Verfügung zu stellen, bei denen man sich über Entwicklungen vor Ort informieren und diskutieren könnten – dafür bot sie auch ihre Kirchengemeinde an.

Ihre Anmerkung, dass man Meinungen auch einmal stehen lassen und deren Vertreter „nicht immer gleich an den rechten Rand drängen“ solle – denn so treibe man Leute geradezu in die Arme der Völkischen –, wurde bei der Veranstaltung nicht weiter diskutiert. Dabei ist

durchaus fragwürdig, ob dies nun gerade das passende Mittel ist, hinter die Fassaden durchaus bieder erscheinender Siedler zu schauen.

Der engagierte Kirchenmann Peter Straube ging in seiner Einführung auf mögliche Gründe dafür ein, dass Menschen angesichts gesellschaftlichen Wandels – und damit einhergehender Widersprüche – nach Orientierung suchten. Dies gelte nicht nur für Sachsen, sondern sei eine allgemeine Entwicklung: Einerseits würden wir älter als früher, aber auch weniger und einsamer, andererseits multikultureller, heterogener und anspruchsvoller. Mit dieser Komplexität kämen viele nicht zurecht, seien überfordert und daher versucht, sich auf einfache Antworten einzulassen.

Grenzen setzen, Haltung zeigen

Straube plädierte dafür, sich auf lokaler oder regionaler Ebene gemeinsam auf den Weg zu machen, dieses Vakuum zu füllen – das vermittele Freude und Hoffnung. Beispielhaft nannte er die Bautzener Gespräche und die Erklärung „Bautzen gemeinsam“, die sich kritisch mit Gegnern der Corona-Schutzmaßnahmen auseinandersetzt und die bislang von 50 000 Bürger unterzeichnet worden ist.

Probleme ließen sich allerdings nicht lösen, wenn man sie lediglich anderswohin abschiebe, ergänzte Straube mit Blick auf den vom bayerischen Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuften Rapper Chris Ares, dessen Ansiedlung in Bautzen und Bischofswerda verhindert werden konnte, der dann aber in weiteren Orten der Region Fuß zu fassen versuchte.

Dorothea Schneider von „Augen auf e.V.“ Zittau beobachtet fragwürdige Zuzüge in die Region sehr genau.

Sie berichtete aus ihrem reichen Erfahrungsschatz aus über 20 Jahren Demokratiewerk. Wie Peter Straube und Pfarrerin Schulze plädierte auch sie dafür, sich mit den Mentalitäten der Menschen in der Region auseinanderzusetzen – und mit Möglichkeiten, darauf einzuwirken.

Genau „hinsehen und wahrnehmen“ – das sei durchaus angebracht, so Dorothea Schneider, auch wenn man vor Ort nicht gleich auf offene Ohren stoße. Denn viele Menschen in der Region zögerten, mit ihrem Verein „Augen auf“ zusammenzuarbeiten, der ob seiner eindeutigen Haltung bekannt ist. Sie finde es wichtig, im Gespräch zu bleiben, aber es sei ebenso wichtig, Grenzen zu setzen und damit der Diskursverschiebung nach rechts entgegenzuwirken, stellte Schneider klar. Dialogangebote seien begrüßenswert, „aber die andere Seite geht nie über die Brücke“, konstatierte sie. „Ich habe oft das Gefühl, dass gar keine Mitte mehr da ist!“

„Omas gegen rechts“ sprechen Klartext

Die Auftaktrunde verbreitete also zunächst wenig Hoffnung, auch wenn Annalena Schmidt von der AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte Hilfe durch die mobilen Beratungsteams des Kulturbüros oder Projekte aus dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ empfahl.

Zuspitzung und Vehemenz brachte dann ausgerechnet eine „Oma gegen rechts“ in die Debatte – Renate aus Gießen: „Wir haben unsere Rechten nach Osten entsorgt, aber sie sind leider nachgewachsen“, so formulierte sie es und bewies damit Galgenhumor.

Sie selbst machte klar, dass sie nicht mit einer kolportierten „Mitte der Gesellschaft“ in Verbindung gebracht werden wolle, da in dieser rechte Einstellungen zunehmend toleriert würden. „Viele Menschen sind zwar keine harten Nazis, sie folgen aber vergleichbaren Gedanken“, erklärte sie.

Aus Chemnitz konnte eine weitere Teilnehmerin immerhin berichten, dass Martin Kohlmann, Stadtrats-Fraktionsvorsitzender von „Pro Chemnitz“ und nunmehr führender Kopf der „Freien Sachsen“, bislang vergeblich versucht habe, in der Stadt ein Haus zu erwerben.

Chancen für Kommunen: stilles Verhindern

Der anschaulichste Beitrag in der Online-Runde kam von der kommunalen Verantwortungsträgerin einer Kleinstadt im Osten des Freistaates. Sie berichtete über die Wirkungsmöglichkeiten einer Kommune. Auch sie bestätigte, dass der Rechtsextremismus längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. „Wenn es niemanden stört, dass Gruppen, die durch den Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft worden sind, zentrale Orte einer Gemeinde besetzen, und man ihnen sogar bewusst Immobilien zuweist und überlässt – angeblich unter dem Vorwand, dass man sie so besser beobachten könne, dann brauchen wir einen ganz langen Atem“, hielt sie fest.

„Ein Fingerzeig verstärkt nur noch die Stigmatisierung als braune Ecke, entfaltet aber in der Gesellschaft keine Wirkung mehr. Hier muss eine Stadt der Gesellschaft deutlich machen, dass an diesen Orten eine Entwicklung möglich ist, wenn sie nicht mehr von rechts

besetzt werden. Mein Ziel ist es daher, Immobilien an zentralen Plätzen als Kommune zu übernehmen und umliegende Viertel zu entwickeln. Es gilt, diese Orte für die gesamte Gesellschaft zu öffnen: als Mobilitätspunkt, als Kulturstätte – über die genaue Nutzung in unserem Fall entscheidet in unserem Fall unter anderem ein breiter Bürgerbeteiligungsprozess.“

Am genannten Beispiel entspann sich in zweierlei Hinsicht eine aufschlussreiche Diskussion. Entgegen vorausgegangener Plädoyers für die Herstellung einer möglichst breiten Öffentlichkeit sprach sich die kommunale Verantwortungsträgerin eher für eine leise Verhinderungsstrategie solcher Käufe aus: Ausfindig machen wer dahintersteckt, die Hilfe des Staatsschutzes in Anspruch nehmen, die sie als sehr positiv empfand. Andere Akteure auf potentielle Immobilien aufmerksam machen und beim Erwerb und der Entwicklung der Objekte und Quartiere unterstützen.





Das Feld nicht rechtlichen „Erweckern“ als gelungener Räume überlassen

In einer Dresdner Bäckerei bot Reichsbürger Peter Fitzek unerlaubte Krankenversicherungsverträge seiner sogenannte Gemeinwohlfirma an. Diese Geschäfte wurden inzwischen von der Finanzdienstleistungsaufsicht unterbunden. Foto: IMAGO / Sylvio Dittrich

Räume selbst erobern

Vor allem aber gehe es darum, in sprichwörtlich stagnierenden und entwicklungsschwachen Regionen die Offensive wiederzuerlangen. Dorothea Schneider berichtete, dass rechtsextreme Gruppierungen dort häufig mit dem Nimbus der „Erwecker“ auftreten: Plötzlich ist ein „Kulturhof“ da, ebenso ein Kino, es wird wieder zu Festen eingeladen. Angebote, die in „toten Räumen“ dankbar angenommen werden.

Aber: Warum sollten nichtrechte Kreise das nicht auch können? Das ist auch die Strategie der kommunalen Verantwortungsträgerin, sie hat genau das vor. „Zeigen, dass etwas passiert, wo rechts nicht mehr sitzt!“ Es

gelte, eine positiv besetzte Dynamik anzustoßen, und Räume für die gesamte Stadtgesellschaft zu öffnen. Ein Postulat, das in der Runde auf lebhaftes Resonanz stieß.

In einem weiteren genannten Projekt ging es um die Gründung einer Genossenschaft, die eine Hofgründung für Kinder mit Behinderungen zum Ziel hatte. Insbesondere bei solchen Vorhaben brauche es eine wohl überlegte Satzung, sensibilisierte und engagierte Mitglieder und professionelle Beratung, um sich gegen rechtsesoterische Tendenzen und Anhänger der Bewegung „Anastasia“ stellen zu können. Ähnliche Fälle gebe es in der Szene ökologischer Aussteiger.

Zivilcourage: Jeder einzelne zählt

Weil die in dieser Reihe thematisierten konkreten Ausbreitungsversuche rechtsextremer Agitatoren nun einmal nicht vom generellen Umgang mit diesen Milieus zu trennen sind, tauchten immer wieder Beispiele allgemeiner Ermütigung auf. Etwa, wie beim Nazi-Rock in Ostritz zuvor von Bürgern sämtliche Biervorräte aufgekauft wurden. Peter Straube berichtete von einer Bautzener Gegendemo: Als Impfgegner und anderer „Corona-Spaziergänger“ auf die Straßen zogen, projizierte die Initiative „Bautzen gemeinsam“ großformatig Bilder von Coronakranken auf der Intensivstation auf den Reichenturm. Eine Botschaft an alle Bürger, in der

Pandemie Solidarität und Zusammenhalt zu zeigen. In der Summe der drei Abende blieb der Eindruck, dass die schleichende rechte Eroberung von Territorien – und damit auch von Köpfen – speziell in ländlichen Räumen eine bislang noch unzureichend bewältigte Aufgabe darstellt. Sowohl die Identifizierung solcher Kräfte als auch Verhinderungsstrategien sind noch in der Entwicklung. Die Herausforderung ist, sich aus der Rolle der bloß Reagierenden zu befreien und proaktiv vorzugehen. Und das gilt nicht nur für lokale Aktivistinnen und Aktivistinnen, die vor Ort bereits vielfach wichtige Arbeit leisten, sondern für die Landespolitik insgesamt.



Foto: Christian Rothe

Einander zuhören: beim ersten Demokratie-Tag im Gewandhaus Leipzig

Von Carolin Wilms

Unter dem Motto „einander zuhören“ fand auf Initiative des Gewandhausorchesters und in Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) der erste Demokratie-Tag in Leipzig statt. In zwei Gesprächsrunden wurde am 17. September 2022 das Thema „Zuhören“ aus musikalischer, politischer, soziologischer und psychologischer Perspektive erörtert. Das Gewandhaus, als Ort der Vielstimmigkeit und Resonanz, bot in seiner Tradition der runden Tische ein authentisches Forum.

Ob Gershwin oder Mozart: Zur Saisonöffnung spielen Ensembles des Gewandhauses traditionell an verschiedenen Orten der Leipziger Innenstadt. Derart inspiriert, fanden sich in diesem Jahr rund 200 Leipziger Bürgerinnen und Bürger unter dem „Gesang vom Leben“ ein – dem Deckengemälde im Hauptfoyer des Gewandhauses. Erstmals fand, eingebettet in den Saisonauftakt, das neue Format Demokratie-Tag statt.

Das Zuhören, als Teil des Austausches, komme heutzutage häufig zu kurz, so die Beobachtung von Dr. Roland Löffler, Direktor der SLpB und Moderator des Panels

„Zuhören: Herausforderung für die Demokratie“. Dieser Kritik schloss sich Dr. Skadi Jennicke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Kultur der Stadt Leipzig, an. Zuhören bestehe nicht nur darin, abzuwarten, bis der andere mit reden fertig sei. „Oft sind wir vor allem getrieben, unsere eigene Position loszuwerden, wir kommentieren und bewerten, was das Zuhören verhindert“. Bevor man etwa in der Leipziger Stadtverwaltung entscheide, brauche man Raum für den freien Diskurs, berichtete die Bürgermeisterin. „Darin probieren wir uns gedanklich aus, denn gute Lösungen sind nie gleich fertig“, sagt Jennicke. Einander zuzuhören, sei dafür unerlässlich.

Ist der Osten laut?

Auf die Frage, ob die Menschen im Osten so laut seien, weil ihnen niemand zuhöre, bemerkte die zweite Panel-Teilnehmerin Jana Hensel, dass die Menschen des demokratischen Spektrums des Ostens durchaus viel miteinander sprechen und sich zuhören würden. Die aus Leipzig stammende Autorin und Journalistin schilderte, dass sie seit der Zuwanderung vieler Geflüchteter im Jahr 2015 im Osten – trotz politischer Polarisierung – eine sichtbar gewordene, demokratisch engagierte Zivilgesellschaft erlebe. Bürgermeisterin Jennicke brachte den Punkt ein, dass auch nach über

30 Jahren Wiedervereinigung ein Resonanzraum für ostdeutsche Biografien und Besonderheiten fehle. Dazu würden vielfach gar keine Fragen mehr gestellt, dabei brenne dieses Thema Menschen im Osten unter den Nägeln, erklärte die Bürgermeisterin. Das Desinteresse daran empfänden viele als Zurücksetzung. Jana Hensel ermunterte auch junge Menschen, die nach dem Mauerfall geboren worden und im ostdeutschen Sozialisationsraum aufgewachsen sind, über ihre Prägung und Erfahrungen zu sprechen. Viele von ihnen fühlten sich als ostdeutsch.

Klare Kante gegen Populismus – und trotzdem zuhören

„Hilft Zuhören in Sachsen weiter?“ Auf diese Frage antwortete Bürgermeisterin Jennicke mit einem das erste Panel abschließenden Appell: Klare Kante gegen populistische Positionen zeigen, aber den Menschen dennoch zuhören und auch nachfragen. Im Foyer des Gewandhauses kamen an diesem Nachmittag Familien mit Babys, ältere Herrschaften und andere Gäste der Podiumsdiskussion miteinander ins Gespräch. Es müsse thematisiert werden, dass im Osten noch immer geringere Löhne gezahlt würden als im Westen, forderte einer der Teilnehmer in seinem Wortbeitrag. Es gehe darum, „eine Gleichheit herzustellen“.

Zum Zuhören zwischen den beiden Panels lud das „Reinhold Quartett“ ein: Vorgetragen wurde der zweite Satz aus Peter Tschaikowskis 1. Streichquartett D-Dur op.11.

Danach diskutierten Frank-Michael Erben, Konzertmeister des Gewandhausorchesters, Psychologie-Professorin Dr. Margarete Imhof (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) und die Soziologin Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professorin an der Humboldt-Universität zu Berlin, über das Thema „Zuhören: Schlüssel zu Musik und Gesellschaft“.

Wer hat das Privileg?

Es sei das Privileg der Musikerinnen und Musiker: „Uns wird immer zugehört, wenn wir die Menschen berühren“, so Frank-Michael Erben vom Gewandhausorchester. Als Psychologin brachte Prof. Margarete Imhof ein: Zuhören sei nicht zu verwechseln mit dem Dasitzen und nichts sagen, so wie Sehen nicht mit Lesen verwechselt werden solle. „Zuhören ist ein aktiver Prozess für den wir einen Plan brauchen. Zuhören ist auch anstrengend. Wenn wir dabei nicht aufmerksam sind, misslingt es“, so Imhof.

Prof. Jutta Allmendinger ergänzte, dass für das Zuhören zentral sei, bestimmte Vormeinungen abzubauen und

sich dem Gegenüber zu öffnen. „Zuhören hängt sehr stark davon ab, wem man zuhört“, so die Soziologin. „Und dafür muss man der Person begegnen.“ Hat das Zuhören hierzulande kein gutes Image? Auf diesen Punkt ging Bildungsforscherin Imhof ein: „Die Person, die zuhört, ist in der vermeintlich weniger mächtigen Position. In anderen Kulturen gilt es als Privileg, zuzuhören.“

Vielleicht deshalb werde in Deutschland das Zuhören nicht gut eingeübt, so die Professorin. Auch in den Medien fehle es an wirklicher Auseinandersetzung und Interaktion. „Es wird gehört, aber nicht zugehört. Das ist eine Verflachung!“



Pressekonferenz zum ersten Demokratie-Tag im Gewandhaus Leipzig

„Schluss mit der Demokratie“

Anders in der Musik: Frank-Michael Erben, auch Primarius des Gewandhaus-Quartetts, berichtete, dass jedes Mitglied eine gleichberechtigte Stimme habe und so Demokratie und Zuhören im Quartett gelebt würden. Zwischen den Musikerinnen und Musikern gelte es als Grundvoraussetzung des Zusammenspiels, sich gut gegenseitig zuzuhören – um fein abgestimmt aufeinander reagieren und sich dabei im Zweifel von den Noten lösen zu können. Große Orchester brauchen allerdings

einen Dirigenten – und dann „ist Schluss mit der Demokratie“, sagte er lachend. Ob die Musik ein Schlüssel für das Miteinander in der Gesellschaft sei – darauf antwortete Erben, dass das Orchester nicht nur den Raum mit Musik fülle, sondern Hirn und Herz der Menschen berühren wolle. Das Zuhören der Menschen werde für die Musiker und Musikerinnen auf der Bühne spürbar. „Dann erscheint der Saal wie ein großer Schwamm, der aufsaugt, was das Orchester spielt.“

Musik und Gesellschaft

Soziologin Jutta Allmendinger konstatierte, dass Musik ein Gemeinschaftsgefühl auslöse. Es sei fraglich, ob dies auf andere Themen übertragen werden könne. An dieser Stelle brachten sich viele Teilnehmende ein: Musik in der Gesellschaft stimme auch grundsätzlich auf das Zuhören ein, so das Statement einer Leipzigerin – das gelte für Kinder in der Musikschule, Familien bei der Hausmusik oder eben Spitzenorchester. Eine andere ZuhörerIn hielt fest, dass das Gewandhausorchester beim Musizieren ja eine gemeinsame Aufgabe habe. Sie fragte sich, wo diese gemeinsame Aufgabe in der Gesellschaft zu finden sei. „Worüber wollen und müssen wir

eigentlich miteinander reden? Und welchen gemeinsamen Leitgedanken können wir vom „Demokratie-Tag“ mitnehmen?“

Insgesamt gab es zum Thema Zuhören viel Gesprächsbedarf. Den Demokratie-Tag einzubetten in die Saisonöffnung des Gewandhausorchesters, war ein gelungener Auftakt für eine Debattenkultur in Leipzig, in der das Zuhören nicht zu kurz kam.

„Die Fußball-WM in Katar ist das umstrittenste Sportereignis der Geschichte“



🗨️ **Aus Sportverbänden heißt es immer wieder, Sport sei unpolitisch. Doch kann das stimmen? Der Journalist Ronny Blaschke beschäftigt sich schon lange mit den Verbindungen von Sport und Politik, dazu berichtet er bei Veranstaltungen der Reihe „Kontrovers vor Ort“. Hier im Gespräch mit unserer Autorin Doreen Reinhard.**

Im November beginnt die Fußball-WM in Katar. Es gibt schon lange Kritik. Ist sie in diesem Fall lauter, die WM politischer oder täuscht das?

Ronny Blaschke: Ich würde sagen, die Fußball-WM in Katar ist das umstrittenste Sportereignis der Geschichte. Wir müssen aber aufpassen, dass wir die WM in Katar aus den richtigen Gründen kritisieren. Wir sollten es nicht tun, weil die WM im Winter stattfindet, zumindest aus unserer Sicht. Es finden auch in anderen Ländern Sportereignisse statt, weil zu diesem Zeitpunkt dort eben Sommer ist. Auch nicht, weil man in Katar, einem islamischen Land, weniger Bier trinken kann. Richtig ist, zu kritisieren, dass in Katar viele Gastarbeiter unter schlimmen Bedingungen gearbeitet haben und gestorben sind. Dass Homosexuelle im Land mit Verfolgung rechnen müssen. Dass Frauen noch immer für viele Dinge die Erlaubnis eines männlichen Vormunds einholen müssen. Das sind Dinge, die gehen einfach nicht als

Ausrichter eines globalen Sportereignisses. Aber diese WM stößt auch wichtige Diskussionen an, so kann man es zumindest langfristig sehen.

Stattfinden wird die WM trotz aller Kritik. Haben Sie in den vergangenen Jahren damit gerechnet, dass es doch noch einen Rückzieher geben könnte?

Ronny Blaschke: Das war eine Phantomdebatte. Die WM wurde 2010 vergeben. Man hätte vielleicht in den ersten zwei, drei Jahren danach so einen Boykott durchdrücken müssen. Es war aber nie realistisch, dass die WM entzogen wird, weil die wirtschaftlichen Verflechtungen stark sind. Es ist auch eine naive Diskussion, weil wir Länder wie Katar und China, die weit von uns entfernt sind, benutzen, um Dinge zu kritisieren, mit dem auch wir etwas zu tun haben. Wir haben spätestens beim Besuch vom Wirtschaftsminister Robert Habeck in Doha gesehen, dass wir auf katarisches Flüssiggas angewiesen sind. Auch weit vor der WM haben deutsche Unternehmen in Katar beim Bau der Infrastruktur sehr gutes Geld verdient. Wir kritisieren die Winterolympiade in China, gleichzeitig ist China einer unserer größten Märkte, etwa für deutsche Autobauer. Und wir müssen auch im Kleinen auf uns schauen. Wir sind die Hauptabnehmer für das Produkt Sport, wir hängen mit drin. Wir kaufen Trikots, die in

Pakistan oder Bangladesch für wenig Geld genährt werden. Der Blick muss verbreitert werden. Im Vereinsheim, in der Kneipe müssen auch solche Themen diskutiert werden.

Kann ein Boykott solcher Events eine Lösung sein?

Ronny Blaschke: Dass es Bewegungen gibt, die Boykotte fordern, finde ich gut, weil das Thema damit auf die Agenda rückt. Es ist eine kritische, laute Minderheit. Aber wir werden sehen, die Fernsehquoten werden auch bei dieser Weltmeisterschaft hoch sein. Ein konstruktiver Weg wäre ein Boykott nicht. Aber man kann Zwischenlösungen finden. Es gibt Sponsoren, die sich während der WM in Katar mit Botschaften zurückhalten werden, aber gleichzeitig das Team unterstützen. Es gibt viele Veranstaltungen, viele Informationen, auch zu kritischen Themen. Diese WM führt dazu, dass wir uns noch breiter über Fußball und Politik unterhalten, jedenfalls in Deutschland.

Verbände wie die FIFA oder das Internationale Olympische Komitee sagen, Sport sei unpolitisch. Kann das stimmen?

Ronny Blaschke: Das hat noch nie gestimmt. Katar ist ein Beispiel dafür. Katar nutzt die WM auch, um sich mithilfe des Fußballs auf die politische Weltkarte zu rücken. Dieses kleine Land auf der arabischen Halbinsel hat immer ein bisschen Sorge, dass es mal vom großen Nachbarn Saudi-Arabien eingenommen werden könnte. Wenn es nun durch so ein Ereignis die Aufmerksamkeit des Westens bekommt, wird so eine Einnahme vielleicht unwahrscheinlicher. Auf den ersten Blick ist Sport unverdächtig, alle machen mit, aber man kann es natürlich wunderbar als Plattform nutzen, für Handelsbeziehungen, für Diplomatie, für Werbung um Touristen.

Gibt es nicht viele historische Beispiele dafür, wie politisch Sport ist? An welche denken Sie zuerst?

Ronny Blaschke: Oft denkt man als Erstes an die Olympischen Sommerspiele 1936 in Berlin, die Propagandaspiele von Hitler. Oder um die Boykotte bei den Olympischen Sommerspielen 1980 in Moskau und 1984 in Los

Angeles, als sich die USA und die Sowjetunion mithilfe des Sports gegenseitig provoziert haben. Oder schauen Sie auf den Sport in der DDR. Die „Diplomaten m Trainingsanzug“ haben dafür gesorgt, dass die wirtschaftlich schwache DDR zumindest im Sport mit den westlichen Industriestaaten mithalten konnte. Mehr noch: Bei vielen Olympischen Disziplinen lag die DDR sogar vorn. Für Ostberlin war das eine der wichtigsten Quellen für politische Propaganda. Es gibt aber auch positive Aspekte. Schauen wir zum Beispiel auf die palästinensischen Gebiete, die kein Staat sind, nicht anerkannt von der UN, aber ein eigenes Fußballnationalteam haben und bei den Olympischen Spielen starten, also über den Sport ein bisschen Staatlichkeit haben. Das gilt auch für Taiwan, für Hongkong, generell für kleinere, marginalisierte Staaten, die über den Sport auch ihr Selbstvertrauen, ihre Identität formen können.

Die WM ist auch ein Medien-Spektakel und wird groß im Fernsehen laufen. Finden Sie, es gibt ausreichend kritische Sport-Berichterstattung in Deutschland?

Ronny Blaschke: Früher war es so, dass der Öffentlich-rechtliche Rundfunk bei Sportereignissen ein, zwei kritische Dokumentationen gebracht hat, wenn es um ein Land mit heiklen Aspekten ging. Aber sobald der Ball gerollt ist, hat man sich zurückgehalten. Das wird dieses Mal nicht möglich sein. Wir werden bei der WM sicher kritische Bemerkungen von Kommentatoren hören. Mir ist auch aufgefallen, dass private Medienanstalten, Sky, Magenta und kleinere Anbieter, die eigentlich immer nur auf das Sportliche geschaut haben, inzwischen auch kritische Rechercheformate und Dokumentationen senden.

Sollten Sportlerinnen und Sportler politischer werden?

Ronny Blaschke: Viele Sportler haben politische Meinungen, duften das aber oft nicht zeigen, weil die Regeln der Sportverbände so sind, unpolitisch. Es gab immer mal politische Botschaften, die gingen aber meist nicht über das Symbolische hinaus. Erst in den vergangenen zwei, drei Jahren nimmt es zu, dass Sportler selbstbewusster auftreten, sich äußern, politisch Stellung beziehen.



Ronny Blaschke hat Sport- und Politikwissenschaften studiert und arbeitet als freier Journalist hauptsächlich im Bereich Sport und Sportpolitik mit den Schwerpunkten Gewalt, Diskriminierung und Geopolitik. In seinem neuesten Buch „Machtspieler“ beleuchtet er den Fußball in Propaganda, Krieg und Revolution. Im Rahmen der Reihe „Kontrovers für Ort“, einer Kooperation mit dem Sächsischen Volkshochschulverband und dem Landesverband Soziokultur Sachsen, referieren Ronny Blaschke und Dietrich Schulze-Marmeling zum Thema: „Ist Sport politisch?“. Es tritt immer nur einer der beiden Referenten pro Veranstaltung auf.

Muslimische Gefängnisseelsorge



JVA Dresden. Foto: IMAGO / Thomas Eisenhuth

Von Silke Nora Kehl

Unter dem Titel „Muslimisches Leben und Strafvollzug“ fand die 21. sächsische Strafvollzugstagung, die gemeinsam vom Verein HAMMER WEG e.V. und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung organisiert wurde, am 20. und 21. Mai in Dresden statt. Fachleute berichteten aus der Praxis und tauschten sich in Workshops aus. Das Sächsische Ministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, das die Tagung unterstützte und auf der Konferenz vertreten war, kündigte Verbesserungen bei der muslimischen Gefängnisseelsorge an.

Als Imam Husamuddin Meyer 2008 das erste Mal zum Freitagsgebet in der Justizvollzugsanstalt Wiesbaden rief, überraschte ihn der große Andrang: „Von den damals etwa 90 muslimischen Insassen kamen 60 bis 70 zum Gebet. Das hat mich auch deshalb erstaunt, weil die Häftlinge zwischen 19 und 24 Jahre alt waren, also jung.“ Zu den evangelischen oder katholischen Andachten in der JVA wären im Jugendstrafvollzug in der Regel nur wenige Gefangene gekommen, manchmal nur drei oder vier Personen. Das starke Interesse muslimischer Inhaftierter am gemeinsamen Gebet und auch an der Feier islamischer Feste sei dagegen bis heute erhalten geblieben, berichtete Imam Meyer, der seit 14 Jahren in Wiesbaden als muslimischer Gefängnisseelsorger tätig ist.

Das kontinuierliche Interesse bezeuge, dass es den Inhaftierten um mehr gehe als um Abwechslung im Gefängnisalltag, da ist er sich sicher: „Die Leute, gerade auch die jüngeren, verstehen sich von ihrer Identität her als Muslime. Als ich meinen Dienst als muslimischer Seelsorger begonnen habe, sagten sie: ‚Endlich einer von uns‘“, erinnert sich Husamuddin Meyer.

„Dass die jungen Menschen mich gleich akzeptiert haben, war für mich allerdings auch überraschend. Denn ich bin deutsch und erst als Erwachsener zum Islam konvertiert – und dann komme ich ursprünglich auch noch vom Dorf. Somit habe ich einen ganz anderen Hintergrund als die meisten der Inhaftierten.“



JVA Dresden. Foto: IMAGO / Thomas Eisenhuth



Imam Husamuddin Meyer betreut seit 14 Jahren muslimische Inhaftierte. Foto: Husamuddin Meyer.

Sprachliche und kulturelle Vielfalt

Die Stelle als Seelsorger in der JVA habe er damals bekommen, weil ausdrücklich nach einem deutschsprachigen Imam gesucht worden sei. „Vor zehn, fünfzehn Jahren war das noch ungewöhnlich.“ Da unter den muslimischen Haftinsassen deutsche, ausländische und Menschen mit Migrationsgeschichte waren und sind, treffen im Gefängnis wie draußen unterschiedliche Kulturen und Sprachen aufeinander: neben Deutsch etwa Albanisch, Afghanisch, diverse arabische Dialekte, Türkisch oder Somalisch. „Aufgrund dieser sprachlichen Vielfalt entschied man damals, dass der Imam nicht Arabisch oder Türkisch, sondern vor allem Deutsch sprechen soll – weil das in dem Fall die Sprache war, die von den meisten gesprochen und verstanden wurde.“

Imam Husamuddin Meyer hielt den Eröffnungsvortrag auf der Tagung „Muslimisches Leben und Strafvollzug“, die am 20. und 21. Mai stattfand und gemeinsam vom

Dresdner Verein HAMMER WEG e.V. und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung organisiert wurde. Begrüßt wurden die Teilnehmenden der 21. Sächsischen Strafvollzugstagung vom Theologen und langjährigen Vorstandsvorsitzenden des HAMMER WEG e.V., Prof. Ulfrid Kleinert.

Friedemann Brause, Referent für Innenpolitik und Zivilgesellschaftliches Engagement bei der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, gab zur Einführung in das Tagungsthema unter anderem einen Überblick über Zahlen. Er verwies darauf, dass es laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019 etwa 5,5 Millionen Musliminnen und Muslime in Deutschland gab. Dies entspreche einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von etwa 6,7 Prozent. Die Zahl muslimischer Menschen in Deutschland sei seit 2015 um knapp eine Million gestiegen.

Neue Herausforderungen für den Strafvollzug

„Aus den reinen Zahlen lässt sich jedoch nur ein grobes Bild zeichnen“, stellte er klar. „Nicht alle Menschen muslimischen Glaubens sind darin erfasst – genauso wenig lässt sich aus den Zahlen ableiten, welche Rolle Kultur und Religion im individuellen Leben spielen. Es wird aber eine stärkere gesellschaftliche Diversität sichtbar, auch in Sachsen.“

96 Prozent aller Musliminnen und Muslime lebten in Westdeutschland, so Friedemann Brause.

In Ostdeutschland handle es sich größtenteils um Geflüchtete, die seit 2015 nach Deutschland gekommen seien. „Schauen wir auf den Strafvollzug: In Sachsen stieg der Anteil ausländischer Strafgefangener von 15 Prozent im Jahr 2014 auf 32 Prozent im Jahr 2019.“

Nach Angaben der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland läge der Anteil von muslimischen Strafgefangenen in Sachsen derzeit bei etwa 10 Prozent, in anderen Bundesländern seien die Zahlen teils deutlich höher.

Aus dieser Situation ergäben sich neue Herausforderungen und Perspektiven für den Strafvollzug, erläuterte Brause. „In Gesprächen mit Bediensteten im Strafvollzug oder dem Justizministerium haben wir gehört, wie herausfordernd es ist, religiöse und kulturelle Diversität zu berücksichtigen, Konflikte zu schlichten und den gegenseitigen Respekt sicherzustellen.“ Die Tagung stelle daher drei große Fragen: „Erstens: Wie können die religiösen und kulturellen Bedürfnisse Strafgefangener mit muslimisch geprägten Biografien berücksichtigt werden? Zweitens: Wie gelingt ein respektvoller Umgang unter Strafgefangenen sowie zwischen Bediensteten und Inhaftierten? Drittens: Was lässt sich tun, um islamistische Radikalisierung während der Haft zu erkennen und zu verhindern?“



„Seelsorge ist wichtiger und dringender als Deradikalisierung“

Imam Husamuddin Meyer, der auch Leiter der Beratungsstelle Salafismus Wiesbaden ist, ging in seinem Vortrag auf den Aspekt islamistischer Radikalisierung ein: „Es ist ein kleiner Anteil der Straftäter, der Radikalisierungspotential hat, etwa 10-15 Prozent.“ Dazu zählten auch diejenigen die sich dem sogenannten Islamischen Staat (IS) anschlossen.

„Die Seelsorge-Arbeit halte ich für wichtiger und dringender als die Deradikalisierung“, erklärte der Imam. „Aber für Deradikalisierung gibt es mehr Geld.“ Dabei seien die Gründe für Radikalisierung oftmals in der seelischen Verfasstheit des Einzelnen zu suchen: „Wenn man sich selbst hasst, ist man zu allem fähig“, so Husamuddin Meyer. Und sei daher empfänglicher für Gruppen, die ideologisch arbeiten und darauf ab-

zielen, psychisch instabile Menschen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

„Die Sorgen von Geflüchteten sind nochmal multipliziert im Vergleich zu denen der anderen Strafgefangenen. Ein 13-Jähriger, der aus dem Sudan hierher geflohen ist, hatte Morde mit ansehen müssen und war während seiner Flucht selbst in Lebensgefahr.

Oder ein junger Mann, der im Irak ein Sprengstoffattentat überlebt hat, das die Körper von Kindern zerfetzt hat – was sie erlebt haben, ist für uns teils unvorstellbar schlimm“, schilderte Meyer. Ihnen die Chance zu geben, diese traumatischen Erlebnisse aufzuarbeiten und sie dabei zu begleiten, betrachte er als eine seiner wichtigsten Aufgaben.

Männerarbeit in Berlin-Neukölln

Sich um die Seele der Menschen kümmern, ihnen zur Seite stehen mit psychologischer Beratung und vielen persönlichen Gesprächen – das tut auch der Berliner Kazım Erdoğan, seit 2003 Vorsitzender des Vereins Aufbruch Neukölln e.V. Er gab in seinem Vortrag einen Überblick über die Arbeit des Vereins: „Wir bieten Beratung für Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte an. Zum Beispiel Männerarbeit, Familienberatung, mobile Rechtsberatung und anonyme Telefonberatung.“ Der Verein unterstütze auch spielsüchtige Männer, die es nicht allein schaffen, aus der Sucht auszusteigen und deswegen Schulden und familiäre Probleme haben – oder drohen, in die Kriminalität abzurutschen.

Kazım Erdoğan zog Anfang der 1970er Jahre aus der Türkei nach Berlin und studierte an der Freien Universität Soziologie und Psychologie.

Er arbeitete zehn Jahre lang als Hauptschullehrer, 15 Jahre als Schulpsychologe und 14 Jahre als Familienberater beim Bezirksamt Neukölln. Nebenbei arbeitete er ehrenamtlich und gründete viele Projekte, so wie 2007 die türkische Männer- und Vätergruppe, zu der auch ehemalige Inhaftierte kommen. „Wie können wir Gewalt gegen Frauen, Gewalt in Familien verhindern?“, habe er sich gefragt, als er die Gruppe initiierte, die er bis heute leitet.

Ausstieg aus der Gewalt

„Gewalt ist das Produkt der Enttäuschung, der Verzweiflung und der Hilfslosigkeit“, davon ist der Psychologe und Soziologe überzeugt. „97 Prozent der Menschen geben das weiter, was sie als Kind gesehen, gelernt und gehört haben.“ Deswegen sei sein Ansatz, den Männern zuzuhören und sie zu ermutigen, sich bei Gesprächen in der Gruppe zu öffnen. „So wie Mehmet. Er hat darüber gesprochen, wie er seine 8-jährige Tochter mit dem Gürtel geschlagen hatte. Als ihm klar wurde, wie schlimm das ist, hat er vor uns allen geweint“, schilderte Erdoğan. Das sei vor vielen Jahren gewesen. „Heute bietet er selbst Beratungsgespräche für Männer an, die aus der Gewalt aussteigen und bessere Väter, Großväter oder Ehemänner werden wollen.“ Es gehe darum, sich der Prägung durch selbst erlittene Gewalterfahrungen bewusst zu werden, um diese nicht

immer wieder weiterzugeben an die eigenen Kinder, die Partnerin oder den Partner.

Auch soziale und kulturelle Faktoren könnten zu gewalttätigem Verhalten gegenüber Frauen und Kindern, insbesondere Töchtern, führen. „Türkische, kurdische, arabische, muslimische Männer, sie kommen oft mit dem Konzept von Ehre“, berichtete Kazım Erdoğan. „Wenn ich sie frage, was ‚Ehre‘ für sie bedeutet, hat kein einziger von ihnen eine konkrete Antwort darauf. Sie sagen dann: ‚Das ist, was unsere Vorfahren uns mitgegeben haben‘.“

In der Männergruppe vermittele er, dass Gewalt in der Familie niemals der richtige Weg sei, sondern respektvolle Kommunikation, Empathie und Selbstreflexion.

„Importbräutigame“ aus der Türkei

Kazım Erdoğan verwies auch auf einen weitgehend unbekanntem sozialen Hintergrund von Gewalttätigkeit: „In den Medien wurde und wird gelegentlich von ‚Importbräuten‘ aus der Türkei geschrieben. Was in der deutschen Mehrheitsgesellschaft jedoch nicht bekannt ist: Bei 40 Prozent dieser sogenannten Import-Eheschließungen geht es um Männer aus der Türkei, also um ‚Importbräutigame‘. Während die Familien der Frauen schon seit ein oder zwei Generationen in Deutschland leben, kommen die Männer aus der Türkei – und haben hier beruflich kaum Perspektiven.“

Das bedeute konkret: Die jungen Ehemänner müssten von Sozialhilfe oder Niedriglohnjobs leben und würden in einigen Fällen von ihren Frauen nicht anerkannt und nicht respektiert, in manchen Fällen sogar erniedrigt oder verlassen. Aus Gefühlen der Kränkung, Perspektivlosigkeit und Einsamkeit heraus entstehe dann das Potential, gewalttätig oder gar zu Mördern zu werden. Diesen Männern zeige der Verein Aufbruch Neukölln andere Wege aus der Krise auf und unterstütze sie dabei, gefestigtere Persönlichkeiten mit neuen Perspektiven zu werden.

„Gewalt kennt keine Religion“

Kazım Erdoğan stellte grundsätzlich aber auch klar: „Gewalt kennt keine Ethnie, Gewalt kennt keine Religion, Gewalt ist ein globales Phänomen“. Ihm erscheine es daher auch etwas problematisch, dass die Tagung unter dem Motto „Muslimisches Leben und Strafvollzug“ stand. Er selbst definierte sich beispielsweise gar nicht über den islamischen Glauben, sondern über Sprache und Staatszugehörigkeit, erklärte Erdoğan. Und so gehe es auch den meisten Strafgefangenen.

Als Ehrenamtlicher betreute er türkischsprachige Gefangene in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel, da das dortige Personal kein Türkisch konnte. Dort habe er

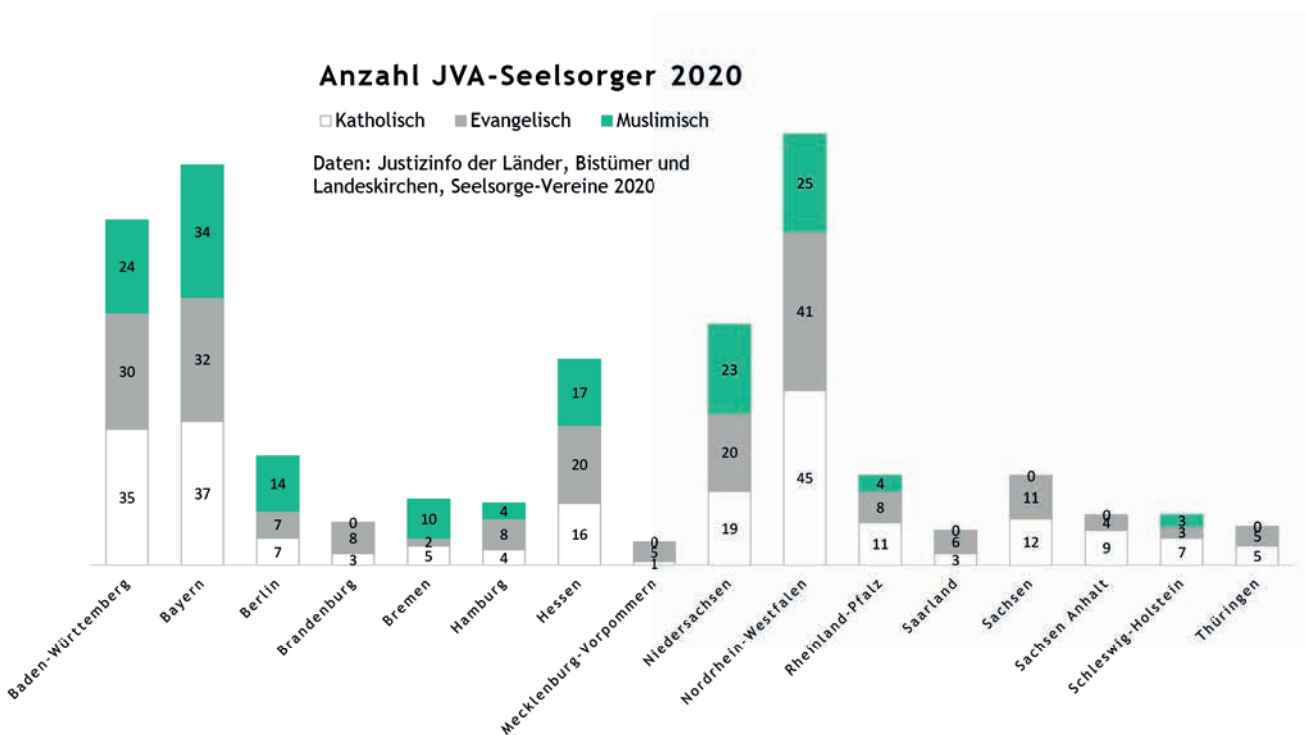
festgestellt: „Religion spielte für die Gefangenen kaum eine Rolle. Und dass es zudem mehr als 20 unterschiedlichen Glaubensrichtungen im Islam gibt, erschwert ein Angebot muslimischer Gefängnisseelsorge“.

Sein Fazit am Ende der Konferenz war jedoch positiv: „Es war insgesamt eine sehr gute Tagung mit spannendem fachlichen Austausch – und der Impuls, mehr Respekt vor anderen Kulturen und anderen Religionen im Gefängnis umzusetzen und zu leben, ist begrüßenswert. Dazu gehört auch, Seelsorge für alle Religionsgemeinschaften anzubieten und mehrsprachige Sozialarbeiter einzusetzen.“

Sächsisches Justizministerium stellt muslimischen Gefängnisseelsorger ein

Jörn Goeckenjan, Abteilungsleiter für den Justizvollzug im Sächsischen Staatsministerium der Justiz, kündigte zum Abschluss der Tagung konkrete Schritte an: Bis zum Ende des Jahres soll in der JVA Dresden eine Stelle für die muslimische Gefängnisseelsorge besetzt werden. Auf die neue Seelsorgerin oder den neuen Seelsorger komme eine wichtige und herausfordernde Stelle zu, so Goeckenjan. Sowohl in der Islamwissenschaft, als auch in der seelsorgerlichen Begleitung brauche

es umfassende Kenntnisse. Die Tagung profitierte, so die Einschätzung einiger Teilnehmenden, von den vielfältigen Perspektiven aus Praxis, Wissenschaft und verschiedenen biografischen Hintergründen. „Bewusst haben wir auch Fachleute aus Westdeutschland und Berlin eingeladen, da wir uns gegenseitig durch neue oder schon länger existierende Ansätze inspirieren können“, hielt Friedemann Brause vom Organisationsteam der Tagung fest.



Für mehr Kultursensibilität im Strafvollzug



Ulfrid Kleinert (am Pult), langjähriger Vorstandsvorsitzender des HAMMER WEG e. V., bei der Tagung „Muslimisches Leben und Strafvollzug“.

Der 2001 gegründete Dresdner Verein HAMMER WEG e. V. begleitet und unterstützt Strafgefangene und Haftentlassene bei der Wiedereingliederung in das Leben in Freiheit. Zudem fördert der Verein die Arbeit ehrenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Strafvollzug. Professor Ulfrid Kleinert war 21 Jahre Vorstandsvorsitzender und wurde kürzlich zum Ehrenvorsitzenden des Vereins ernannt. Die Tagung „Muslimisches Leben und Strafvollzug“, die am 20./21. Mai in Dresden stattfand, hat er zusammen mit anderen Vorstandsmitgliedern und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung auf den Weg gebracht.

Herr Kleinert, was war der Impuls für das diesjährige Tagungsthema?

Ulfrid Kleinert: Wir machen diese Tagungen seit 21 Jahren, nehmen am Ende jeder Tagung Ideen für ein neues Thema auf und besprechen dies auf unseren Mitgliederversammlungen. Es zeigte sich, dass interkulturell und interreligiös bedingte Konflikte im Gefängnis – und der Umgang damit – zurzeit viele interessiert. Ein Thema, das vor allem in den Justizvollzugsanstalten

der großen Städte in Sachsen eine zunehmend wichtige Rolle spielt. Dabei geht es sowohl um Konflikte der Strafgefangenen untereinander als auch mit dem Personal der Haftanstalten. Es fehlt oft an Wissen um die verschiedenen kulturellen und religiösen Hintergründe und an Bewusstsein für einen kultursensiblen Umgang. Wobei das Problem in den letzten Jahren durchaus erkannt worden ist und erste Erfahrungen bereits vorliegen.

Welches Beispiel würden Sie da nennen?

Ulfrid Kleinert: Viele muslimische Gefangene feiern die jährliche Fastenzeit Ramadan. Diese richtet sich nach dem Mondkalender und wandert deshalb durch alle unsere Jahreszeiten. Während des Fastenmonats wird von Sonnenaufgang bis -untergang gefastet, abends trifft man sich häufig, um in Gemeinschaft miteinander zu essen und zu trinken. Das ist dann besonders schwierig, wenn die Fastenzeit in den Sommer fällt und das Fastenbrechen erst spät abends möglich ist. Dafür Kompromisslösungen im Gefängnis zu finden, war nicht einfach. Mittlerweile werden muslimische Gefangene befragt, ob sie im Ramadan fasten wollen. Darauf wird dann Rücksicht genommen: Es wird so

ingerichtet, dass die Fastenden nach Einbruch der Dunkelheit ihre Mahlzeit zur Verfügung haben. Das mit jedem Fastenbrechen verbundene Gemeinschaftsmahl (Iftar) zu ermöglichen, ist in einer JVA insbesondere im Sommer sehr schwierig. Da abends alle Gefangenen in ihren Zellen eingeschlossen sind, unterhalten sich diejenigen, die am Fasten teilhaben, laut miteinander. Sie rufen von Zelle zu Zelle, manchmal bis spät in die Nacht. Das stört wiederum die anderen Inhaftierten, weil sie dann nicht schlafen können. Einige von ihnen arbeiten zum Beispiel in der Bäckerei und müssen morgens sehr früh aufstehen.

Wie kann man mit dieser Situation umgehen?

Ulfrid Kleinert: Wir können nicht einen Monat lang die ganze Nacht extra Personal abstellen, um solche Konflikte zu lösen. Aber es kann berücksichtigt werden, dass diejenigen, die nachts das Fastenbrechen feiern, und diejenigen, die morgens besonders früh zur Arbeit aufstehen müssen, nicht auf derselben Piste untergebracht sind.

Und gibt es grundsätzlich Essen, das den muslimischen Speisegesetzen – oder Speisegesetzen anderer Religionen – entspricht?

Ulfrid Kleinert: Ja, dass es auf unterschiedliche Gruppen abgestimmte Essensangebote gibt, wurde schon vor Jahren schrittweise eingeführt. Berücksichtigt werden religiöse Vorschriften, es gibt aber beispielsweise auch Essen für Gefangene, die sich vegetarisch oder vegan ernähren.

Auf der Tagung wurde bekannt, dass das Sächsische Justizministerium in der Justizvollzugsanstalt Dresden die Stelle eines muslimischen Seelsorgers schaffen und besetzen wird. Das war auch Ihnen ein wichtiges Anliegen?

Ulfrid Kleinert: Ja, ich halte es für wichtig, dass Inhaftierte mit muslimischem Hintergrund einen eigenen Ansprechpartner haben. Sie haben genauso wie evangelische und katholische Gefangene das Recht auf eine Begleitung durch einen Seelsorger ihrer Religion. Da früher nur wenige Muslime im Gefängnis waren und es im Islam keine den christlichen Kirchen vergleichbare verantwortliche Religionsorganisation gibt, war die Anstellung eines hauptamtlichen muslimischen Seelsorgers nicht möglich. Bisher konnten sich Muslime nur an ehrenamtliche Mitarbeiter oder an evangelische oder katholische Seelsorger wenden, aber ein geeigneter muslimischer Seelsorger, der das für sie zentrale Freitagsgebet leiten konnte, fehlte ihnen. Das Vertrauen zu einem Vertreter der eigenen Religion und Kultur ist auch größer. Allerdings muss auch berücksichtigt werden, dass es innerhalb des Islams verschiedene Glaubensrichtungen gibt.

Wie relevant ist es denn für die Inhaftierten, ob jemand Atheist, Christ, Muslim, Jude oder Buddhist ist?

Ulfrid Kleinert: Insgesamt sehe ich es so, dass unter den Inhaftierten weniger interreligiös als interkulturell bedingte Konflikte bestehen. Entscheidend ist nicht so sehr, ob jemand muslimisch geprägt ist oder den islamischen Glauben praktiziert. Es geht eher um unterschiedliche kulturelle Konzepte von Ehre, Männer- und Frauenrollen, Emotionen und Gewalt. Dazu gehört auch die Art, wie impulsiv und aggressiv Konflikte ausgetragen werden. Und nicht zuletzt geht es um Sprache: Wenn ich mich mit nordafrikanischen Straftätern austauschen will, die bei uns einen hohen Anteil an ausländischen Inhaftierten ausmachen, brauche ich einen Dolmetscher. Meist übersetzt dann ein anderer der Gefangenen unser Gespräch – und das ist nicht unproblematisch. Denn es geht zum Teil um persönliche Dinge, die man nicht unbedingt mit anderen Insassen teilen möchte. Ein professioneller Übersetzer wäre da wichtig – oder einer, mit dem man sich gleich direkt in der eigenen Sprache unterhalten kann.

Sie sind seit 2000 Vorsitzender des Anstaltsbeirats der Justizvollzugsanstalt Dresden und waren 21 Jahre lang Vorstandsvorsitzender von HAMMER WEG e.V., bis sie kürzlich zum Ehrenvorsitzenden gewählt worden sind. Was treibt sie an?

Ulfrid Kleinert: Letztlich geht es mir um Gerechtigkeit. Ich habe ein halbes Jahrhundert Sozialarbeiter ausgebildet, unter anderem für die Arbeit im Justizvollzug. Und habe mich – insbesondere als Beiratsmitglied in Hamburg und als Beiratsvorsitzender in Dresden – immer als vertrauliche Instanz für Anliegen von Gefangenen und Bediensteten gesehen, unabhängig von deren Herkunft oder Religion. Alle Mitglieder unseres Vereins verstehen sich als ehrenamtliche Unterstützer von Gefangenen und auch als Ansprechpartner für das Personal im Justizvollzug. Nach all den Jahren bin ich, sind wir, der festen Überzeugung: Viele der Inhaftierten gehören gar nicht ins Gefängnis! Sondern sie wären in anderen, kleinen regionalen Institutionen besser aufgehoben als in den großen zentralen Gefängnissen. Daher plädieren wir für offene Formen des Strafvollzugs und finden es gut, dass unsere sächsische Regierung das in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen hat.

Impressum

Herausgegeben von

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung
Schützenhofstraße 36
01129 Dresden
✉ E-Mail: info@slpb.smk.sachsen.de
🌐 Internet: slpb.de

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Sämtliche, auch auszugsweise, Verwertung bleibt vorbehalten.

Dresden, Mai 2023

Druckexemplare sowie eine Online-Version sind abrufbar unter:
www.slpb.de

Redaktion

Thomas Platz, Telefon: 0351 / 85318-21

Fotos

Wenn nicht anders angegeben: SLpB
S. 36: © Pavlo Vakhrushev by stock.adobe.com
S. 76: © vegefox.com by stock.adobe.com

Satz und Gestaltung

CaroGraphics — www.caro.graphics


Verteilerhinweis


Diese Informationsschrift wird von der SLpB im Rahmen ihres Auftrages herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.


Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Schützenhofstraße 36

01129 Dresden

 0351 85318-0

 0351 85318-55

 info@slpb.smk.sachsen.de

 www.slpb.de



Öffnungszeiten der Publikationsausgabe und Bibliothek:

Montag	09:00–11:30 Uhr
Dienstag	09:00–11:30 und 13:00–16:00 Uhr
Mittwoch	13:00–16:00 Uhr
Donnerstag	14:00–18:00 Uhr

LANDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE
BILDUNG



Freistaat
SACHSEN